

# AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## Indische Unabhängigkeit

*Harald Fischer-Tiné*

KOLONIALISMUS ZWISCHEN  
MODERNISIERUNG UND  
TRADITIONALISIERUNG

*Kama Maclean*

AUF DEM WEG ZU  
UNABHÄNGIGKEIT UND  
TEILUNG

*Carmen Brandt*

VOM GOLDENEN ZUM  
GETEILTEN BENGALEN

*Michael Collins*

RELIGION, POLITIK, NATION

*Agnieszka Nitza-Makowska*

DEMOKRATIE MACHT  
DEN UNTERSCHIED

*Christian Wagner*

GROßMACHTAMBITIONEN,  
MITTELMACHTRESSOURCEN

# APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE  
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**



# Indische Unabhängigkeit

## APuZ 30–31/2022

**HARALD FISCHER-TINÉ**

**KOLONIALISMUS ZWISCHEN  
MODERNISIERUNG UND  
TRADITIONALISIERUNG**

Die populäre Gleichsetzung der britischen Kolonialherrschaft in Indien mit einer gesellschaftlichen Modernisierungsagenda und der Verbreitung von Rationalismus führt in die Irre. Dies zeigen die Beispiele Textilindustrie, Eisenbahnbau und Datenerhebung.

**Seite 04–10**

**KAMA MACLEAN**

**AUF DEM WEG ZU UNABHÄNGIGKEIT  
UND TEILUNG**

Auf die Dekolonisierung Britisch-Indiens folgten 1947 die Teilung des Landes und die Gründung von Indien und Pakistan. Warum entwickelte die Religion im Kampf gegen die britische Kolonialherrschaft so ein großes spalterisches Potenzial?

**Seite 12–18**

**CARMEN BRANDT**

**VOM GOLDENEN ZUM GETEILTEN BENGALEN**  
Mit „Bengalen“ werden heute vor allem zwei geopolitische Entitäten identifiziert, der indische Bundesstaat Westbengalen und Bangladesch. Insgesamt sind die Bengalen mit fast 300 Millionen Menschen die größte Ethnie in Südasien und die drittgrößte der Welt.

**Seite 20–27**

**MICHAEL COLLINS**

**RELIGION, POLITIK, NATION**

Hindu-Nationalismus ist kein ausschließlich modernes Phänomen, sondern ein langfristiges historisches Projekt. Er drang von den Rändern in die politische Mitte ein und wirkt sich auf den Zustand von Demokratie und Säkularismus in Indien aus.

**Seite 29–36**

**AGNIESZKA NITZA-MAKOWSKA**

**DEMOKRATIE MACHT DEN UNTERSCHIED**

Indien und Pakistan gingen 1947 aus der Einheit Britisch-Indien hervor. Trotz dieses gemeinsamen Erbes und sozioökonomischer und kultureller Parallelen entwickelte sich in Indien eine Demokratie, in Pakistan nicht. Welche Gründe sind dafür ausschlaggebend?

**Seite 38–44**

**CHRISTIAN WAGNER**

**GROßMACHTAMBITIONEN,  
MITTELMACHTRESSOURCEN**

75 Jahre nach seiner Unabhängigkeit nimmt Indien heute eine größere internationale Rolle als je zuvor ein. In seiner Nachbarschaft hat Indien zwar wegen Chinas Einfluss an Bedeutung verloren, doch es verstärkt dafür sein Engagement im Indo-Pazifik.

**Seite 46–52**

# EDITORIAL

Vor 75 Jahren, am 15. August 1947, war der Kampf um die indische Unabhängigkeit gewonnen und die britische Kolonialherrschaft beendet, die formell fast 90 Jahre lang, informell durch das Agieren der Britischen Ostindien-Kompanie bereits seit dem 18. Jahrhundert Bestand gehabt hatte. Die Unabhängigkeit ging mit einer Teilung Britisch-Indiens in das hinduistisch geprägte Indien und das überwiegend muslimische Pakistan einher, begleitet von Gewalt zwischen Hindus und Muslimen, die viele Todesopfer forderte. 1971 wurde Ost-Pakistan nach einem von Indien unterstützten Sezessionskrieg als Bangladesch unabhängig.

Das Miteinander verschiedener Religionen, Ethnien und sozialen Gruppen war auch vor der britischen Kolonialisierung nicht reibungslos verlaufen, doch trugen die gewaltvolle Herrschaft ebenso wie die Standardisierung von Sprachen, die administrative Erfassung der Religions-, Kasten- und Stammeszugehörigkeit und Eingriffe in die Wirtschaftsstruktur zu Spannungen bei. Das Versprechen der britischen Monarchin Victoria, ab 1876 auch als „Kaiserin von Indien“ titulierte, sich nicht in religiöse Angelegenheiten einzumischen, eröffnete einen Freiraum in diesem Feld, der auch politisch genutzt wurde.

Nach 1947 dominierte die säkular orientierte Kongresspartei das politische System in Indien. Der Hindu-Nationalismus, der sich im 19. Jahrhundert entwickelt hatte und sich auf die Formel Inder = Hindu bringen lässt, spielte politisch zunächst keine große Rolle. Das hat sich spätestens mit den Wahlerfolgen der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Partei 2014 und 2019 geändert. Unter Premierminister Narendra Modi wurden Maßnahmen ergriffen, um Indien als „Hindu-Nation“ zu stärken – zum Nachteil der 160 bis 180 Millionen muslimischen Inderinnen und Inder. International ist Indien zurzeit ein immer gefragter Partner, der vom Westen umworben wird, um Chinas wachsendem Einfluss in der Region etwas entgegenzusetzen.

*Anne Seibring*

# KOLONIALISMUS ZWISCHEN MODERNISIERUNG UND TRADITIONALISIERUNG

## Die britische Herrschaft in Indien

*Harald Fischer-Tiné*

Seit etwa zwei Jahrzehnten toben im Vereinigten Königreich regelrechte *memory wars* um die Bewertung der eigenen imperialen Vergangenheit. Laut einer repräsentativen Umfrage 2020, die der „Guardian“ in Auftrag gegeben hatte, sind ein Drittel der Britinnen und Briten nach wie vor der Meinung, man müsse sich dieser Vergangenheit keinesfalls schämen, sondern könne vielmehr stolz sein auf die historischen Leistungen des ehemaligen britischen Weltreichs.<sup>01</sup> Diese positive Wahrnehmung des Empire wird auch von führenden Politiker\*innen des Landes geteilt. Während der aktuelle britische Premier Boris Johnson wiederholt davor gewarnt hat, die beispiellose imperiale Expansion seines Landes vom späten 17. bis zum frühen 20. Jahrhundert abzuwerten oder zu tabuisieren, provozierte sein Vorgänger David Cameron vor einigen Jahren in diesem Zusammenhang gar einen politischen Eklat. Während eines Staatsbesuchs in Indien weigerte sich Cameron, sich im Namen des Vereinigten Königreichs für ein von den Briten im Jahr 1919 in der nordindischen Stadt Amritsar begangenes Massaker zu entschuldigen.<sup>02</sup>

Beunruhigender noch als die naive Empire-Nostalgie von populistischen Politiker\*innen erscheint die Tatsache, dass Imperialismus und Kolonialismus mittlerweile auch unter Politologen und Fachhistorikerinnen wieder salonfähig geworden sind. 2017 etwa gelang es dem US-amerikanischen Politologen Bruce Gilley, sein Plädoyer für eine Rückkehr zu kolonialer Herrschaftsübernahme des Westens in den *failed states* des Globalen Südens in einer angesehenen Fachzeitschrift zu platzieren.<sup>03</sup> Bereits seit den frühen 2000er Jahren verkaufen Erfolgsautor\*innen wie Niall Ferguson historische Bestseller mit dem Argument, speziell das britische Weltreich sei in erster

Linie eine Modernisierungs- und Entwicklungsinstanz gewesen, von der kolonisierte Länder wie das heutige Indien massiv profitiert hätten. Dank der jahrzehntelangen britischen „Treuhanderschaft“ verfügten die ehemals Kolonisierten nun sowohl über die nötigen Sprachkenntnisse als auch über eine hochentwickelte Infrastruktur und Arbeitsethik, die sie für die Herausforderungen der Globalisierung wappneten.<sup>04</sup> In gewisser Weise erinnert diese „Anglobalization“-Rhetorik an die von den britischen Verwaltungseliten während der Hochblüte ihres Weltreichs häufig benutzten Rechtfertigungsnarrative. So wurde beispielsweise in Indien ab den 1860er Jahren ein Jahresbericht mit dem programmatischen Titel „Moral and Material Progress in India“ veröffentlicht, um die Erfolge der kolonialen Entwicklungsanstrengungen zu dokumentieren.<sup>05</sup>

Inwieweit ist aber die Rede von der britischen Herrschaft auf dem indischen Subkontinent als einer Art Entwicklungsinitiative *avant la lettre* tatsächlich gerechtfertigt? Insbesondere indische Autor\*innen haben auf die neue Unbefangenheit in der Deutung der kolonialen Vergangenheit durch revisionistische Historiker\*innen aus dem Westen mit heftiger Kritik und zum Teil auch mit leicht polemischen Gegendarstellungen reagiert.<sup>06</sup> Im Folgenden nehme ich das 75-jährige Jubiläum der Unabhängigkeit Indiens und Pakistans von 1947 zum Anlass, um die These zu überprüfen, Indien sei ein Paradebeispiel für koloniale „Modernisierungshilfe“. Ich werde dazu exemplarisch drei Aspekte der indischen Geschichte umreißen, die gerade von Apologet\*innen westlicher Imperialismen besonders häufig als vermeintliche Beispiele für die positive Modernisierungsleistung imperialer Herrschaft aufgeführt werden: Wirtschaftsentwicklung und Industrialisierung am

Beispiel von Baumwollproduktion und Textilindustrie, den Aufbau einer modernen Transportinfrastruktur am Beispiel der Eisenbahn sowie die Rationalisierung der Verwaltung durch den Einsatz moderner statistischer Methoden.

## (DE-)INDUSTRIALISIERUNG? BEISPIEL TEXTILINDUSTRIE

Über mehr als zwei Jahrhunderte war die britische Präsenz in Indien gleichsam Privatsache: Nicht der britische Staat, sondern eine Aktiengesellschaft, die Britische Ostindien-Kompanie (OIK), machte sich ab der Mitte des 18. Jahrhunderts an territoriale Eroberungen. Diese brachten ihr spätestens um 1820 die Rolle einer Hegemonialmacht auf dem indischen Subkontinent ein. Erst nach einer Massenerhebung indischer Soldaten und Bäuerinnen, die beinahe zum Ende der britischen Herrschaft geführt hätte,<sup>07</sup> wurde die OIK 1858 aufgelöst, und die britische Krone übernahm die Verantwortung für die gewaltigen Territorien, die sich im Besitz der Handelsgesellschaft befunden hatten.

Lange deutete wenig darauf hin, dass die Präsenz europäischer Handelsgesellschaften eine transformative Wirkung auf Wirtschaft und Politik auf dem indischen Subkontinent entfalten sollte. Die Europäer – neben den Briten waren

bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts auch Portugiesen, Niederländer, Franzosen und Dänen prominent in Indien vertreten –<sup>08</sup> mochten die Seeherrschaft besitzen, doch bis weit ins 18. Jahrhundert hinein hatten sie den großen Landheeren sowohl der indischen Moguldynastie als auch einiger potenter Regionalmächte militärisch wenig entgegensetzen. Zudem waren die europäischen Händler aufgrund der Unkenntnis lokaler Gebräuche und Sprachen für die erfolgreiche Abwicklung ihrer Geschäfte sehr stark auf die Hilfe lokaler Mittelsmänner angewiesen.<sup>09</sup> Bis in die 1740er Jahre, als die OIK ihre übrige europäische Konkurrenz weitgehend aus dem Feld geschlagen hatte, blieb auch das Handelsvolumen verglichen mit dem von indischen Kaufleuten kontrollierten Binnen- und Exporthandel gering. Nachdem die Kompanie 1765 schließlich vom schwächeren Mogulkaiser das Recht zur Steuereintreibung in den von ihr kontrollierten Territorien erworben hatte, profitierten die OIK und ihre häufig auch in individuellen Privatgeschäften tätigen Angestellten massiv von der ungebrochenen Popularität indischer Produkte insbesondere in Europa. Vor allem im Geschäft mit Baumwollstoffen und Textilien dominierten indische Produkte noch ein halbes Jahrhundert nach der Herrschaftsübernahme der Briten in Bengalen, Indiens wirtschaftlichem Zentrum, den Weltmarkt – und zwar sowohl was ihre Quantität als auch ihre Qualität anging.<sup>10</sup>

**01** Vgl. Robert Booth, UK More Nostalgic for Empire Than Other Ex-Colonial Powers, 11.3.2020, [www.theguardian.com/world/2020/mar/11/uk-more-nostalgic-for-empire-than-other-ex-colonial-powers](http://www.theguardian.com/world/2020/mar/11/uk-more-nostalgic-for-empire-than-other-ex-colonial-powers).

**02** Vgl. Nicholas Watt, David Cameron Defends Lack of Apology for British Massacre at Amritsar, 20.2.2013, [www.theguardian.com/politics/2013/feb/20/david-cameron-amritsar-massacre-india](http://www.theguardian.com/politics/2013/feb/20/david-cameron-amritsar-massacre-india).

**03** Gilleys umstrittener Aufsatz „The Case for Colonialism“ wurde inzwischen von der Zeitschrift „Third World Quarterly“ wieder gelöscht. Siehe [www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/01436597.2017.1369037](http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/01436597.2017.1369037). Im Dezember 2019 durfte Gilley dennoch seine eigenwilligen Thesen auf Einladung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag vortragen.

**04** Vgl. Niall Ferguson, *Civilization: The West and the Rest*, London 2011; ders., *Empire. The Rise and Demise of the British World Order and the Lessons for Global Power*, New York 2003. Siehe auch Jörn Leonhard/Ulrike von Hirschhausen, „New Imperialism“ oder „Liberal Empire“? Niall Fergusons Empire-Apologik im Zeichen der „Anglobalization“, in: *Zeithistorische Forschungen* 3/2006, S. 121–128.

**05** Vgl. Michael Mann, „Torchbearers upon the path of progress“. Britain's Ideology of „Material and Moral Progress“ in India: An Introductory Essay, in: ders./Harald Fischer-Tiné (Hrsg.), *Colonialism as Civilizing Mission: Cultural Ideology in British India*, London 2004, S. 1–26.

**06** Vgl. dazu insbesondere den Bestseller des indischen Politikers und *public intellectuals* Shashi Tharoor, *An Era of Darkness: The British Empire in India*, Neu-Delhi 2016. Medial weniger beachtet, aber akademisch seriöser waren die thematisch ähnlich gelagerten Debattenbeiträge von indischen Historikerinnen und Literaturwissenschaftlerinnen. Vgl. etwa Maria Misra, *Lessons of Empire*, in: *SAIS Review* 2/2003, S. 133–151.

**07** Der wahlweise als „Indian Mutiny“ oder „First War of Indian Independence“ bezeichnete Aufstand von 1857 bis 1859 war und bleibt ein zentrales Element sowohl britisch-imperialer als auch indisch-nationalistischer Erinnerungspolitik. Vgl. dazu auch Sebastian Raj Pender, *The 1857 Uprising and the Politics of Commemoration*, Cambridge 2022.

**08** Vgl. dazu ausführlich Om Prakash, *European Commercial Enterprise in Pre-colonial India*, Cambridge 1998.

**09** Vgl. Catherine B. Asher/Cynthia Talbot, *India before Europe*, Cambridge 2006, S. 260–64. Vgl. dazu ausführlich Philip J. Stern, *The Company-State. Corporate Sovereignty and the Early Modern Foundations of the British Empire in India*, Oxford 2012.

**10** Vgl. dazu die Beiträge in Giorgio Riello/Tirthankar Roy (Hrsg.), *How India Clothed the World: The World of South Asian Textiles, 1500–1850*, Leiden 2009.

Der „kriegskapitalistischen“ Logik der OIK folgend begannen die Briten, den indischen Weberinnen und Spinnern klare Vorgaben bezüglich Design und Quantität der gewünschten Ware zu oktroyieren.<sup>11</sup> Zudem konnten sie den Handel nunmehr weitgehend mit dem in Indien generierten Steueraufkommen finanzieren. Die Textilherstellung in Indien, die im späten 18. Jahrhundert mehrere Millionen Menschen beschäftigte, geriet erst in eine massive Krise, als die Industrielle Revolution im Vereinigten Königreich an Fahrt aufnahm und der Weltmarkt zunehmend mit billigen maschinell produzierten Textilien überflutet wurde. In den beiden Jahrzehnten nach 1815 büßte Indien seine Rolle als führende Exportregion für Baumwolltuche und Textilien endgültig ein und entwickelte sich stattdessen immer mehr zum größten Absatzmarkt für industriegefertigte Massenware aus den nordenglischen Textilzentren Lancashire und Cheshire.<sup>12</sup>

Während in anderen Teilen Indiens durchaus Nischen für lokale Textilproduktionen bestehen blieben, wurden in der vormaligen Textilhochburg Bengalen Hunderttausende Spinnerinnen und Weber infolge des durch englische Importware ausgelösten Preisdrucks arbeitslos. Die meisten von ihnen sahen sich im Laufe der über 30 Jahre andauernden Wirtschaftsdepression (etwa 1820–1855) gezwungen, ihren Lebensunterhalt wieder in der Landwirtschaft zu verdienen.<sup>13</sup> Der Historiker David Washbrook spricht in diesem Zusammenhang von einem Prozess der „Verbäuerlichung“ oder *peasantization*.<sup>14</sup> Mit dieser schleichenden De-Indus-

trialisierung<sup>15</sup> ging teilweise auch ein *de-skilling* einher, das heißt, innerhalb von zwei Generationen ging wertvolles handwerkliches Wissen verloren, das über Jahrhunderte entscheidend zu Aufstieg und Blüte der indischen Baumwollindustrie beigetragen hatte.

Entgegen der optimistischen Behauptung von Niall Ferguson, Indien habe während der Herrschaftszeit von Queen Victoria (1837–1901) aufgrund der britischen Modernisierungsimpulse und angeblich erfolgter substanzieller Investitionen in neue Industrien einen unvergleichlichen Boom erlebt,<sup>16</sup> lassen sich in jener Phase also vielmehr Interventionen der imperialen Obrigkeiten beobachten, die ganz im Gegenteil zu einer Schwächung der indischen Wirtschaft und einer immer größeren Abhängigkeit der Kolonie vom imperialen „Mutterland“ führten. Zum einen entwickelte sich unter dem protektionistischen britischen Kolonialregime, das die heimische Textilindustrie vor etwaiger indischer Konkurrenz schützen wollte, bis ins letzte Viertel des 19. Jahrhunderts kein nennenswerter Technologietransfer von Europa nach Indien.<sup>17</sup> Dampfmaschinen und mechanische Webstühle beispielsweise wurden nur zögernd und in relativ kleinen Stückzahlen nach Indien eingeführt. Zum anderen fand auch der nötige Wissenstransfer nicht in nennenswertem Umfang statt. Die wenigen englischsprachigen Universitäten und höheren Bildungseinrichtungen Britisch-Indiens waren ganz auf die Ausbildung der niederen und mittleren Ränge der Kolonialverwaltung ausgerichtet und boten der (verschwindend kleinen) indischen Elite, die es sich leisten konnte, ihre Kinder dort unterrichten zu lassen, zwar den gesamten Kanon der europäischen Geistes- und Staatswissenschaften, aber Naturwissenschaften und Technikdiszipli-

**11** Das Konzept des „Kriegskapitalismus“ wurde von dem Historiker Sven Beckert entworfen, um die rüden Praktiken der spätkolonialistischen Handelsexpansion Europas zu beschreiben. Vgl. Sven Beckert, *King Cotton: Eine Geschichte des globalen Kapitalismus*, München 2014, S. 55–59.

**12** Vgl. Meena Menon/Uzramma, *A Frayed History: The Journey of Indian Cotton*, Neu-Delhi 2017, S. 14–19; Giorgio Riello, *Cotton: The Fabric That Made the Modern World*, Cambridge 2013, S. 221–234.

**13** Vgl. Christopher A. Bayly, *Indian Society and the Making of the British Empire*, Cambridge 1987, S. 106–169. Siehe auch Rosalind O’Hanlon, *Colonialism and Social Identities in Flux: Class, Caste, and Religious Community*, in: Douglas Peers/Nandini Gooptu (Hrsg.), *India and the British Empire*, Oxford 2012, S. 107–113.

**14** Vgl. David A. Washbrook, *Progress and Problems: South Asian Economic and Social History c. 1720–1860*, in: *Modern Asian Studies* 1/1988, S. 80–83.

**15** Unter Historiker\*innen gibt es eine intensive Debatte um das Ausmaß und die Langzeitfolgen dieses Prozesses. Für kontroverse Positionen vgl. u. a. David A. Washbrook, *The Political Economy of Colonial India*, in: Harald Fischer-Tiné/Maria Framke (Hrsg.), *The Routledge Handbook of the History of Colonialism in South Asia*, London 2022, S. 26–32; Tirthankar Roy, *The Economic History of India (1857–1947)*, Neu-Delhi 2011<sup>3</sup>, S. 59–61. Eine vermittelnde Zwischenposition findet sich bei Dietmar Rothermund, *The De-Industrialization of India*, in: ders., *Empires in Indian History and Other Essays*, Neu-Delhi 2013, S. 163–177.

**16** Vgl. Ferguson 2003 (Anm. 4), S. 164.

**17** Vgl. Prasannan Parthasarathi, *Why Europe Grew Rich and Asia Did Not: Global Economic Divergence 1600–1850*, Cambridge 2011, S. 223–263.

nen wurden zum Leidwesen vieler indischer Unternehmer und Reformerrinnen erst sehr spät und nur vereinzelt angeboten.<sup>18</sup>

Wie bereits angedeutet, lässt sich parallel zur Retardierung der industriellen Entwicklung durch das britische Kolonialregime ein Prozess beobachten, der Indien etwa ab dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts in immer stärkerem Maße zum Lieferanten von für den Export bestimmte Agrarprodukten machte. Teilweise unter Zwang wurden Teile der indischen Landbevölkerung von den kolonialen Obrigkeiten dazu gebracht, kommerziell lukrative Nutzfrüchte wie Indigo (beliebt als Färbemittel für die globale Textilindustrie), Mohn (für die Opiumproduktion, mit der ein Teil des britischen Handels mit China finanziert wurde), Zucker oder Jute anzubauen.<sup>19</sup> In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts folgten weitere Plantagenprodukte, insbesondere Tee und Baumwolle.<sup>20</sup> Durch den Kollaps der Baumwollexporte aus den Südstaaten der USA während des Sezessionskrieges (1861–1865) war die Anpflanzung indischer Baumwolle ganz besonders lukrativ geworden, und zahlreiche Bauern in Zentralindien wurden dazu gepresst, den Anbau von für den lokalen Markt bestimmtem Getreide und Hülsenfrüchten zugunsten der weißen *fiBRE of fortune* aufzugeben, damit die Textilproduktion in Europa weiterlaufen konnte. Dieser erzwungene Strukturwandel brachte zwar einen kurzfristigen Wirtschaftsboom für die Anbauregionen und die *cotton capital* Bombay, dieser verpuffte jedoch nach dem Ende des Sezessionskrieges und der Wiederaufnahme der Baumwollexporte aus den ehemaligen konföderierten Staaten rasch.<sup>21</sup> Die negativen Auswirkungen der überstürzten Umstellung der Anbaupraktiken auf die Bedürfnisse des Weltmarktes sollten nur kurze Zeit später deutlich werden, als Süd- und Zentralindien in den 1870er und 1890er Jahren von zwei großen Hungersnöten heimgesucht wurden. In der wichtigsten Baumwollregion Berar beispielsweise fielen Hunderttausende diesen Versorgungskrisen zum Opfer, weil ihre qualitativ mittelmäßige Baumwolle sich in einer Zeit sinkender Preise kaum mehr verkaufen ließ und die vorher betriebene Subsistenzwirtschaft inzwischen weitgehend der kapitalistischen *Cash-Crop*-Monokultur gewichen war.<sup>22</sup>

Da eine Industrialisierung Indiens seitens der britischen Machthaber nicht erwünscht war und der zunehmend kommerzialisierten und globalisierten Landwirtschaft daher eine ganz zentrale Bedeutung dafür zukam, Steuern zu generieren und für wirtschaftliche Rentabilität im Allgemeinen zu sorgen, unternahm die imperiale Regierung alles in ihrer Macht Stehende, um den sozialen Frieden in den ländlichen Gebieten und damit die Stabilität der Agrarproduktion zu garantieren. Zentrales Element ihrer Strategie war die Kooptation ausgesuchter Segmente der lokalen Bevölkerung.<sup>23</sup> Gegen Ende des 19. Jahrhunderts kristallisierte sich daneben immer stärker das Bemühen heraus, vor allem Großgrundbesitzerinnen und Bauern als loyale Partner des Raj, wie die britische Herrschaft in Indien auch bezeichnet wird, zu gewinnen. Vermeintlich zum Schutz der idealisierten bäuerlichen Bevölkerung wurden daher unter anderem neue Gesetze geschaffen, die diese als sogenannte *agricultural communities* festschrieben und den Verkauf von Agrarland an andere gesellschaftliche Gruppierungen praktisch untersagten.<sup>24</sup> Statt die von der imperialen Rechtfertigungsrhetorik versprochene Liberalisierung und Marktflexibilität sowie den „Fortschritt“ nach europäischem Vorbild zu bringen, führte die eigennützige Orientierung des

**18** Vgl. Michael P. Brunner, *Schooling the Subcontinent: State, Space and Society, and the Dynamics of Education in Colonial South Asia*, in: Fischer-Tiné/Framke (Anm. 15), S. 252–265, hier S. 258f.

**19** Vgl. u. a. Dietmar Rothermund, *Indiens wirtschaftliche Entwicklung: Von der Kolonialherrschaft bis zur Gegenwart*, Paderborn 1985, S. 39f.; Ulbe Bosma, *The Sugar Plantation in India and Indonesia: Industrial Production 1770–2010*, Cambridge 2013, S. 44–87; Tara Sethia, *The Rise of the Jute Manufacturing Industry in Colonial India: A Global Perspective*, in: *Journal of World History* 1/1996, S. 71–99.

**20** Zur Entwicklung der seit den 1870er Jahren wirtschaftlich überaus bedeutenden Teeindustrie in Indien vgl. auch Erika Rappaport, *A Thirst for Empire. How Tea Shaped the Modern World*, Princeton 2017, S. 85–119; Andrew B. Liu, *The Birth of a Noble Tea Country: On the Geography of Colonial Capital and the Origins of Indian Tea*, in: *Journal of Historical Sociology* 1/2010, S. 73–10.

**21** Vgl. Sven Beckert, *Emancipation and Empire: Reconstructing in Worldwide Web of Cotton Production in the Age of the American Civil War*, in: *American Historical Review* 5/2004, S. 1405–1438.

**22** Vgl. Beckert (Anm. 11), S. 314.

**23** Vgl. David A. Washbrook, *India 1818–1860: The Two Faces of Colonialism*, in: Andrew Porter (Hrsg.), *The Oxford History of the British Empire*, Bd. V: *The Nineteenth Century*, Oxford 1999, S. 395–399.

**24** Vgl. Misra (Anm. 6), S. 141.

britischen Kolonialregimes daher in vielen Fällen zu einer Zementierung bestehender Hierarchien und einer umfassenden „Traditionalisierung“ der indischen Gesellschaft.<sup>25</sup> Die Interventionen des Kolonialstaates zielten vor allem darauf, regelmäßige Steuereinnahmen sicherzustellen und indische Truppen für die anglo-indische Kolonialarmee zu rekrutieren, und stärkten daher insbesondere konservative soziale Gruppen und ideologische Tendenzen in Indien, die diese Agenda unterstützten.

### MIT VOLLDAMPF IN DIE MODERNE? ROLLE DER EISENBAHN

Spannungen zwischen der von den Fürsprechern des britischen Imperialismus bemühten Fortschrittsrhetorik und den materiellen und sozialen Realitäten des Raj, die weitgehend von kultureller Arroganz und dem Primat herrschaftspragmatischer Interessen bestimmt waren, lassen sich auch in anderen Feldern nachweisen. Die infrastrukturelle Erschließung des indischen Subkontinents durch den Eisenbahnbau bietet dafür ein besonders schlagendes Beispiel. In der viktorianischen Ära war die Eisenbahn nicht nur ein wichtiges Transportmittel, ohne das die Industrialisierung auf den britischen Inseln wohl nicht im gleichen Tempo hätte ablaufen können, sie galt auch als Inbegriff von Mobilität, Modernität und Fortschritt, sodass man sie schon kurz nach ihrer Implementierung auf den Britischen Inseln auch in Britanniens Empire exportieren wollte.<sup>26</sup> In Indien wurde die erste Versuchsstrecke zwischen Bombay und Thane bereits 1853 eröffnet. Ab den 1860er Jahren erfolgte dann der rasante Ausbau des Streckennetzes, der Indiens Eisenbahnnetz bereits kurz vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges zum viertgrößten weltweit machte.<sup>27</sup> Diese

Tatsache wird häufig als ein Beleg für die gewaltige Modernisierungsleistung des britischen Kolonialregimes angeführt.<sup>28</sup> Auch diese Deutung steht in Kontinuität mit zeitgenössischen Interpretationen. Nicht nur eine Reihe kolonialer Verwaltungsbeamter vor Ort, sondern auch prominente politische Kommentatoren in Europa, wie Karl Marx, sahen in der Eisenbahn ein nützliches Werkzeug, um Englands weltgeschichtliche Modernisierungsrolle zu erfüllen.<sup>29</sup>

Die jüngere historische Forschung hat solche Deutungen zunehmend infrage gestellt. Zum einen kann kein Zweifel daran bestehen, dass die einseitigen wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen der Kolonialmacht den Ausbau des Streckennetzes bestimmten und keineswegs der mögliche Nutzen für die indische Bevölkerung. Eisenbahnlinien, die den Transport von landwirtschaftlichen Exportgütern zu den Seehäfen ermöglichten, und solche, die rasche Truppenverschiebungen zwischen Indiens wichtigsten Garnisonsstädten garantierten, genossen zunächst absolute Priorität. Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts fanden die Mobilitätswünsche der lokalen Bevölkerung zumindest gelegentlich Beachtung. Das etwas chaotische Miteinander von staatlichen und privat betriebenen Strecken, die teilweise sogar unterschiedliche Spurbreiten benutzten, zeugte jedoch nicht von langfristiger Infrastrukturplanung und erschwerte die Nutzung durch die indische Bevölkerung zusätzlich.<sup>30</sup>

Wie bei der Textilindustrie verlief der Technologietransfer auch hier äußerst schleppend. Von den knapp 15 000 Lokomotiven, die zwischen 1853 und 1947 auf dem indischen Subkontinent zum Einsatz kamen, wurden weniger als 700 in Indien selbst produziert. Der Rest wurde – zum beträchtlichen Nutzen der britischen Schwerindustrie – aus Großbritannien importiert.<sup>31</sup> Auch in anderer Hinsicht erweist sich das häufig postulierte Korrelat zwischen kolonialem Eisenbahnbau und Modernisierungsagenda als problematisch: Der Historiker Ravi Ahuja hat zurecht darauf hingewiesen, dass die Konstruktion eines

**25** Douglas M. Peers, *State Power and Colonialism*, in: Peers/Gooptu (Anm. 13), S. 41.

**26** Vgl. Marian Aguiar, *Tracking Modernity: India's Railway and the Culture of Mobility*, Minneapolis 2011. Für eine detaillierte kultur- und sozialgeschichtliche Analyse der Rolle der Eisenbahnen in Britisch-Indien siehe auch Aparijita Mukhopadhyay, *Imperial Technology and „Native“ Agency: A Social History of Railways in Colonial India*, Abingdon 2018.

**27** Vgl. John Hurd, *A Huge Railway System, But No Sustained Economic Development. The Company Perspective, 1884–1939: Some Hypotheses*, in: Ian J. Kerr (Hrsg.), *27 Down. New Departures in Indian Railway Studies*, Ranikhet 2007, S. 316.

**28** Vgl. beispielsweise Ferguson 2011 (Anm. 4), S. 225.

**29** Vgl. David Arnold, *Science, Technology and Medicine in British India*, Cambridge 2000, S. 110f.; Karl Marx, *Die zukünftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien*, in: Karl Marx–Friedrich Engels Werke, Bd. 9, Berlin (Ost) 1960, S. 220–226.

**30** Vgl. Ian J. Kerr, *Engines of Change: The Railroads That Built India*, Ranikhet 2007, S. 71–85.

**31** Vgl. Arnold (Anm. 29), S. 111.

beträchtlichen Teils des Streckennetzes unter primitivsten Bedingungen und durch die planmäßige Ausbeutung ungeschulter indischer Arbeiter\*innen, viele von ihnen Frauen und Kinder, realisiert wurde.<sup>32</sup> Besondere Erwähnung verdient dabei der gezielte Einsatz der arbeitslosen Landbevölkerung, die von den großen Versorgungskrisen im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts betroffen war. Weil die verantwortlichen Kolonialbeamten keine falschen Anreize setzen wollten, erhielten die Opfer der Hungersnöte ihre kärgliche Lebensmittelration nur, wenn sie ihre Arbeitskraft für kolonialstaatliche Infrastrukturprojekte zur Verfügung stellten. Ein beachtlicher Teil der Straßen und Eisenbahntrassen, die in den letzten drei Dekaden des 20. Jahrhunderts von den Briten in Indien angelegt wurden, kam daher durch die Ausbeutung der Arbeitskraft der vulnerabelsten Gruppen der indischen Bevölkerung zustande.<sup>33</sup> Diese zentrale Rolle von erzwungener Arbeit legt den Schluss nahe, das vermeintliche Modernisierungsprojekt Eisenbahnbau habe durchaus auch vormoderne – um nicht zu sagen antimoderne – Züge getragen.

Gleichzeitig verhinderte die Angst der Kolonialregierung vor einem Eingriff in die Selbstregulierung des Marktes, dass man das Potenzial der neuen Transporttechnik nutzte, um Getreideüberschüsse aus anderen Provinzen Indiens in die vom Hunger betroffenen Gebiete im Süden zu schaffen, wodurch vermutlich das Leben von Hunderttausenden Menschen hätte gerettet werden können.<sup>34</sup>

#### KNOWING THE COUNTRY: WISSENSCHAFTLICHE DATENERHEBUNG

Apologet\*innen des Empire haben häufig auf die angeblich segensreiche Wirkung der Etablierung eines rationalen Verwaltungsapparates und des Heranführens der lokalen Eliten an demokrati-

sche Gepflogenheiten und die als überlegen empfundene politische Kultur Großbritanniens hingewiesen. Eine radikale Reform von Verwaltung und Politik galt insofern als besonders begrüßenswert, als vorkoloniale Herrschaftsformen in Indien und anderen „orientalischen“ Gesellschaften ab dem späten 18. Jahrhundert im Westen häufig als rückständig, irrational und despotisch porträtiert wurden.<sup>35</sup> Eine erfolgreiche „Hebung“ der kolonisierten Eliten durch das Verbreiten europäischer Werte und Standards galt vielen daher als Kernelement der selbstaufgelegten Zivilisationsmission des Raj. Auch in diesem Fall ist jedoch Skepsis geboten: Eine kritiklose Übernahme des imperialen Fortschrittsnarrativs würde wiederum den Blick auf eine Reihe problematischer Aspekte verstellen, die für Indien mit der Einführung moderner Verwaltungspraktiken und selektiver Elemente der repräsentativen Demokratie verbunden waren.

Schon die Bediensteten der OIK sahen die Verwaltung der riesigen Territorien, die unter ihrer Kontrolle standen, und die Beherrschung einer ethnisch, sprachlich und religiös äußerst heterogenen Bevölkerung als gewaltige Herausforderung an. Dieser suchten sie dadurch zu begegnen, dass sie ihre Wissenslücken bezüglich Land und Leuten schlossen. Seit den 1770er Jahren wurde die Beherrschung des Subkontinents somit auch von einem Prozess permanenter Wissensproduktion begleitet. In Kollaboration mit einheimischen „Experten“ – insbesondere schriftenkundige religiöse Eliten wie beispielsweise hinduistische Brahmanen oder muslimische Gelehrte (*Ulama*) spielten hierbei eine entscheidende Rolle – studierten die neuen Herrscher unter anderem indische Sprachen und Religionen. Noch wichtiger aber war es, unmittelbar verwertbare Wissensbestände zu erschließen, die ihnen einen Einblick in lokale Formen der Jurisdiktion oder bewährte Methoden der Steuererhebung gewährten sowie die kommerzielle Nutzung lokaler Heilkräuter oder Nutzfrüchte erlaubte.<sup>36</sup>

Die Tatsache, dass das Kolonialregime von dem großen indischen Aufstand Mitte der 1850er

**32** Vgl. Ravi Ahuja, „The Bridge-Builders“. Some Notes on Railways, Pilgrimage and the British „Civilizing Mission“ in Colonial India, in: Fischer-Tiné/Mann (Anm. 3), S. 195–216.

**33** Vgl. Stuart Sweeney, Indian Railways and Famines, 1875–1914: Magic Wheels and Empty Stomachs, in: Essays in Economic and Business History Bd. 26/2008, S. 147–158.

**34** Für eine detaillierte Analyse der Rolle des Kolonialstaates beim Management der großen Hungerkrisen im spätkolonialen Indien vgl. auch Mike Davis, Late Victorian Holocausts: El Nino Famines and the Making of the Third World, London 2001.

**35** Vgl. Nicholas Dirks, The Scandal of Empire: India and the Making of Imperial Britain, Cambridge, MA 2006, S. 272–279. Siehe dazu ausführlich Jennifer Pitts, A Turn to Empire. The Rise of Imperial Liberalism in Britain and France, Princeton 2006.

**36** Vgl. dazu Bernard S. Cohn, Colonialism and Its Forms of Knowledge. The British in India, Princeton 1996; Harald Fischer-Tiné, Pidgin-Knowledge: Wissen und Kolonialismus, Zürich–Berlin 2013.

Jahre überrascht worden war, wurde weithin als Beleg dafür gelesen, dass man noch nicht über das nötige Herrschaftswissen verfügte. In den Dekaden nach 1860 wurden daher die Anstrengungen zur wissenschaftlichen Durchdringung und Kategorisierung der beherrschten Territorien in Südasien und ihrer Bewohner\*innen weiter intensiviert und systematisiert. In einer Reihe großangelegter *surveys* versuchte der Kolonialstaat, die Topografie und die geostrategische und kommerzielle Nutzbarkeit Indiens zu erfassen und zu dokumentieren. Gleichzeitig sollte die junge Wissenschaft der Anthropologie Erkenntnisse über die *castes and tribes of India*, also die verschiedenen Hindukasten und die sogenannte Stammesbevölkerung in den abgelegenen Regionen des Subkontinents, liefern.<sup>37</sup> Den wichtigsten Einschnitt stellte jedoch fraglos die Einführung einer im Zehnjahresturnus eingeführten Volkszählung in den 1870er Jahren dar. Bis 1921 wurden im Rahmen dieses Zensus auch detaillierte Fragen nach der Religions- und Kastenzugehörigkeit der Bevölkerung gestellt, von deren Beantwortung man sich wichtige Hinweise für die Optimierung von Verwaltung und größere Gerechtigkeit bei der politischen Repräsentation einzelner Bevölkerungsgruppen versprach.<sup>38</sup> Wie häufig in kolonialen Kontexten wurde die ursprüngliche Intention der Verantwortlichen für dieser Verwaltungsmaßnahme jedoch bald völlig von deren unerwünschten Nebenwirkungen überlagert. Durch den Zwang, sich auf eine einzige religiöse und soziale Identität festzulegen, verschwand die in der Praxis bis dato vorhandene Flexibilität der sozialen und religiösen Ordnung, und die Religionsgemeinschaften und Kasten wurden gleichsam zu rigiden monolithischen Blöcken eingefroren. Die präzise Quantifizierung der jeweiligen Gruppengröße, die nun in den mit Grafiken und statistischen Tabellen angereicherten Zensusberichten allgemein

zugänglich war, leistete der Kultivierung militanter Identitätspolitik Vorschub und beförderte insbesondere die Rivalität zwischen den Angehörigen der beiden größten Religionsgemeinschaften, Hindus und Muslimen. Durch die schrittweise Einführung von Elementen der repräsentativen Demokratie im Rahmen der Verfassungsreformen von 1909, 1921 und 1935 wurde die Frage der jeweiligen Gruppengröße zudem mit dem Zugang zu politischer Macht verknüpft und bereits bestehende interne Konflikte und Spaltungen der indischen Gesellschaft zusätzlich befördert.

Den Briten die Alleinschuld für diese Entwicklungen zuzuweisen, würde allerdings die Handlungsmacht der indischen Bevölkerung in unzulässiger Weise negieren. Schon lange vor der Herrschaftsübernahme der OIK hatten indische Herrscher des Öfteren in kleinerem Maßstab versucht, Volkszählungen durchzuführen und statistische Daten für eine möglichst effektive Steuerveranlagung zu erheben.<sup>39</sup> Somit fanden die kolonialen Verwaltungsreformen nicht in einem Vakuum statt, sondern schlossen an indigene Praktiken an. Es würde auch gewiss zu kurz greifen, in der kolonialen Zähl- und Kategorisierungswut die Hauptursache für die zusammen mit der Entlassung in die Unabhängigkeit erfolgten Teilung des britischen Kolonialreichs in Südasien in die beiden verfeindeten Bruderstaaten Indien und Pakistan zu sehen. Gleichwohl ist unbestritten, dass sie diese Entwicklung zumindest katalysierten. Entscheidender für das zentrale Argument dieses Beitrages ist jedoch, dass auch dieses Beispiel zeigt, wie sehr die populäre Gleichsetzung der britischen Kolonialherrschaft in Indien mit einer gesellschaftlichen Modernisierungsagenda und der Verbreitung von Rationalismus, Säkularismus und Egalitarismus in die Irre führt. Ungeachtet der teilweise wohlmeinenden Intentionen der kolonialen Eliten führte die erhoffte Rationalisierung der Verwaltung zu einer Stärkung und Verhärtung „vormoderner“ Identitäten und leistete damit einmal mehr eher einer politisch fatalen „Traditionalisierung“ als einer Modernisierung Indiens Vorschub.

#### HARALD FISCHER-TINÉ

ist Professor für die Geschichte der modernen Welt an der ETH Zürich mit einem Schwerpunkt auf der Geschichte Indiens im 19. und 20. Jahrhundert in ihren imperialen und globalen Bezügen.

harald.fischertine@gess.ethz.ch

<sup>37</sup> Vgl. exemplarisch Edgar Thurston, *Castes and Tribes of South India*, Madras 1909.

<sup>38</sup> Vgl. R. B. Bhagat, *Census Enumeration, Religious Identity and Communal Polarization in India*, in: *Asian Ethnicity* 4/2013, S. 434–448; Padmanabh Samarendra, *Census in Colonial India and the Birth of Caste*, in: *Economic and Political Weekly* 33/2011, S. 51–58; Michael Haan, *Numbers in Nirvana: How the 1872–1921 Indian Censuses Helped Operationalise „Hinduism“*, in: *Religion* 1/2005, S. 13–30.

<sup>39</sup> Vgl. Sumit Guha, *The Politics of Identity and Enumeration in India c. 1600–1990*, in: *Comparative Studies in Society and History* 1/2003, S. 148–167.

## Südasien im 18. Jahrhundert



# AUF DEM WEG ZU UNABHÄNGIGKEIT UND TEILUNG

## Widerstand gegen die koloniale Herrschaft in Britisch-Indien

*Kama Maclean*

Auf die Dekolonisierung Britisch-Indiens folgten 1947 die Teilung des Landes, die von ethnischer Gewalt begleitet wurde, und die Gründung zweier Staaten, dem mehrheitlich hinduistischen Indien und dem mehrheitlich muslimischen Pakistan. In diesem Beitrag beleuchte ich die historischen, politischen und gesellschaftlichen Kräfte im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die Kolonialherrschaft und gehe der Frage nach, warum die Religion im Kampf um die Befreiung ein so großes Spaltungspotenzial entwickelte.

Das Zusammentreffen verschiedener Faktoren in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg schuf die Bedingungen für eine nationalistische Massenbewegung, die nicht ignoriert werden konnte. Der Indische Nationalkongress (Indian National Congress; INC) hatte im Laufe der Zeit den Druck auf die britische Kolonialregierung immer weiter erhöht. 1885 mit dem Ziel gegründet, den indischen Einfluss in der Politik auszubauen, hatte die Kongresspartei in der Zwischenkriegszeit ein Programm des gewaltlosen Protests, des Boykotts und des zivilen Ungehorsams entwickelt, um politische Reformen durchzusetzen. Ursprünglich wurde dieses Programm auch von der 1906 gegründeten All-indischen Muslimliga unterstützt, doch zu dem Zeitpunkt, zu dem sich die Briten bereit erklärten, bei einer Reihe von Konferenzen in London über politische Reformen zu sprechen, hatten sich zwischen dem INC unter der Führung von Jawaharlal Nehru (1889–1964) und der Muslimliga bereits tiefe politische Gräben aufgetan. Die Muslimliga hatte sich in den 1930er und 1940er Jahren nicht den Aktionen des INC angeschlossen, sondern weiterhin strategische Verbindungen zur Regierung gepflegt. Ihr Anführer Muhammad Ali Jinnah (1876–1948) hatte dank seiner Unterstützung der Briten im Ersten Weltkrieg großes Ansehen erworben und wurde von den Kolonialherren als einzige Stim-

me der Muslime akzeptiert, obwohl es durchaus auch Muslime gab, die sich von der Muslimliga nicht vertreten fühlten.<sup>01</sup>

In der vom INC geführten Massenbewegung schwang stets auch ein radikaler antikolonialer Nationalismus mit, der politische Gewalt als Mittel der Eskalation bei der Dekolonisierung einsetzte. Gewalttätige Aktionen wurden zwar schnell unterbunden, aber dennoch von nationalistischen Organisationen genutzt, um den Briten aufzuzeigen, welche Folgen eine Verweigerung politischer Reformen haben könnte.<sup>02</sup> Daraus entwickelte sich ein Muster, bei dem konstitutionelle Reformen mit repressiver Notstandsgesetzgebung verbunden wurde. Durch die Ausweitung der Notstandsgesetze, die die bürgerlichen Freiheiten außer Kraft setzten, aber gleichzeitig eine stärkere Vertretung der indischen Bevölkerung in der Regierung ermöglichten, legte der spätkoloniale Staat den Grundstein für einen Staat mit weit reichenden Befugnissen.<sup>03</sup> Dass sich derartige Maßnahmen in Indien bis heute gehalten haben, einschließlich der aus dem 19. Jahrhundert stammenden Gesetze gegen Aufwiegelung, ist Teil seines kolonialen Erbes und wird derzeit vom indischen Verfassungsgericht auf seine Rechtmäßigkeit überprüft.

### NATUR DES KOLONIALSTAATS

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, wie die imperialen Ziele und die Kolonialpolitik des britischen Empire den Charakter des indischen Antikolonialismus prägten. Für das britische Weltreich war die Kolonialisierung Südasiens extrem lukrativ. Wirtschaftshistoriker haben das Ausmaß der Abhängigkeit gegenüber den Briten aufgezeigt, in das Indien aufgrund der politischen Ökonomie des Kolonialismus Mitte des 19. Jahrhunderts geriet.<sup>04</sup> Diese

Entwicklung wurde durch die Fortschritte in der Dampfschiffahrt Ende des 19. Jahrhunderts noch verstärkt, durch die der Export indischer Agrarprodukte – Baumwolle, Jute, Tee –, der für die Industrielle Revolution in England essenziell war, immer effizienter wurde. Umgekehrt wurde Indien zu einem wichtigen Absatzmarkt für britische Produkte. Diese finanziellen Motive wurden jedoch von einer liberalen imperialen Ideologie überlagert, die sich einer zivilisatorischen Mission verschrieben hatte, um Indien Prinzipien des Individualismus und des Fortschritts näher zu bringen, die dem Land nach Ansicht der Briten fehlten. Das verstörende Ausmaß der Gewalt, auf das die Briten zurückgriffen, um dieses vermeintlich liberale Projekt umzusetzen, zeugt vom Widerspruch, der dem britischen Imperialismus zugrunde lag.<sup>05</sup>

Bereits vor dem gewaltsamen Aufstand von 1857, in dessen Folge die britische Krone die Herrschaft über die Territorien der Britischen Ostindien-Kompanie übernahm, hatte es in Indien eine lange Geschichte des Widerstands gegeben. Der Aufstand erfolgte als Reaktion auf die Politik der Ostindien-Kompanie, einer Handelsgesellschaft, die zum Schutz und zur Erweiterung ihrer Interessen eine eigene Armee mit indischen Soldaten unterhielt. Im Mai 1857 lehnten sich einige indische Regimenter dieser Armee gegen die britischen Befehlshaber auf. Der sich daraus entwickelnde Aufstand war der größte in einer langen Reihe kleinerer Rebellionen gegen die Kompanie, die seit dem 17. Jahrhundert in Indien aktiv war. Die Brutalität der Aufständischen und das Ausmaß der „großen indischen Meuterei“ überraschten viele Briten. Dass sich die indischen Sepoys gegen ihre britischen Kommandeure erhoben und von verschiedenen Teilen der Bevölkerung unterstützt wurden, war ein Schock

für die Anhänger des Imperialismus, die davon ausgegangen waren, dass die britische Herrschaft in Indien unerschütterlich war.

In der aktuellen Forschung wird das Ausmaß der direkt oder indirekt angewandten Gewalt betont, mit der im gesamten britischen Empire versucht wurde, die Kontrolle zu bewahren.<sup>06</sup> Dieser Trend in der Geschichtswissenschaft löst die Interpretation ab, dass die Briten vor allem liberale Ziele gehabt hätten und das Leben der Kolonisierten durch die Gaben der Moderne in Form von Bildung, Wissenschaft und Vernunft zu verbessern suchten. Um die oft gewalttätigen Reaktionen auf den kolonialen Staat zu verstehen, sollte man sich daher mit der Gewalt beschäftigen, mit der die Briten ihre Dominanz in Südasien durchsetzten, von Institutionen wie dem Militär und der Polizei bis hin zur alltäglichen „weißen Gewalt“ gegen die einheimische Bevölkerung, die für den Kolonialismus so typisch war.<sup>07</sup> Wenn man dieses Geflecht von Gewalt und Macht in Südasien berücksichtigt, kann man die bei der Dekolonisierung von 1947 auftretende ethnische Gewalt besser verstehen.

Aus Sicht der Briten war einer der wichtigsten Faktoren, die zum Aufstand von 1857 führten, der in der indischen Bevölkerung herrschende Eindruck, ihre religiösen Praktiken würden durch die interventionistische Politik der Ostindien-Kompanie und durch die von ihr eingeführten Technologien bedroht. Dazu kam, dass christliche Missionare unterstützt und die Inder im Vergleich zu anderen Untertanen im Empire diskriminiert wurden. Der Stellenwert, den man diesen Anliegen beimaß, zeigt sich in der von Königin Victoria 1858 erlassenen Proklamation, die für diejenigen, die den britischen Imperialismus in die Verantwortung nehmen wollten, eine der Magna Carta vergleichbare Bedeutung erlangte. Das Versprechen der Königin, sich nicht in religiöse Angelegenheiten einzumischen, für eine Gleichbehandlung der Inder als Untertanen im Empire zu sorgen und eine gleichberechtigte Beschäftigung im indischen öffentlichen Dienst zu garantieren, wurde zu einem entscheidenden Dreh- und Angelpunkt der britischen Kolonialregierung in Indien und ihrem leicht antikolonialen Kurs.

**01** Vgl. Ali Usman Qasmi/Megan Robb (Hrsg.), *Muslims Against the Muslim League. Critiques of the Idea of Pakistan*, Cambridge 2017.

**02** Vgl. Kama Maclean, *A Revolutionary History of Interwar India: Violence, Image, Voice and Text*, New York 2015.

**03** Vgl. Durba Ghosh, *Gentlemanly Terrorist. Political Violence and the Colonial State in India, 1919–1947*, Cambridge 2017, S. 18.

**04** Vgl. David Washbrook, *Political Economy of Colonialism in India*, in: Harald Fischer-Tiné/Maria Framke (Hrsg.), *Routledge Handbook of the History of Colonialism in South Asia*, London 2022, S. 23–35, hier S. 29.

**05** Vgl. Antoinette Burton, *The Trouble With Empire: Challenges to Modern British Imperialism*, New York 2015.

**06** Vgl. Caroline Elkins, *Legacy of Violence: A History of the British Empire*, London 2022.

**07** Vgl. Jonathan Saha, *Everyday Violence in British India*, in: *History Compass* 11/2011, S. 844–853.

Mit aus diesem Grund erhielt die Religion ab Ende des späten 19. Jahrhunderts eine größere politische Bedeutung: Sie bot einen Bereich, in dem ein koloniales Eingreifen nicht erlaubt war. Die Einmischung in religiöse Belange konnte von frühen Nationalisten zu Recht als Bruch imperialer Versprechen angeprangert werden: Politische Proteste nahmen ihren Anfang im religiösen Kontext, weil sie dort artikuliert werden konnten.

## RELIGION UND KOLONIALSTAAT

Religiöse Konflikte waren in Südasien nicht neu, doch vor der Expansion des modernen Kolonialstaats waren sie meist lokal begrenzt und von kurzer Dauer: Die Gemeinschaften nutzten den öffentlichen Raum gemeinsam, daher war der Anreiz groß, Lösungen für ein Miteinander zu finden. Die Art und Weise, wie sich religiöse Identitäten unter dem Druck und den Interventionen des Kolonialstaats entwickelten, formten die Politik neu. Die Ausrichtung der Politik an religiösen Kategorien spiegelte zum Teil die Erfahrungen aus Europa wider, wo die Religion eine grundlegende Rolle in staatlichen Angelegenheiten gespielt hatte und man sie daher aus der Politik heraushalten wollte. Die Religionen in Südasien auf den privaten Bereich zu beschränken, war schwierig, weil sich die Sitten und Bräuche von Hindus und Muslimen um öffentliche Einrichtungen wie Tempel oder Moscheen drehten, um Feste und Gebete, und weil sie in kulturelle Ausdrucksformen wie Texte, Sprache und Ernährung eingebettet waren. Die Unterschiede im gemeinschaftlichen Leben von Hindus und Muslimen sollten sich abhängig von den Parametern vertiefen, mit denen die Kolonialherrschaft Aktivismus und Lobbyarbeit gegenüber dem Staat gesetzlich regelte. Von grundlegender Bedeutung war dabei die Vorstellung von der Rolle des Staates beim Umgang mit Minderheiten und ihrem Schutz.

Die Kategorisierung der Religionen in Indien und das Verständnis ihrer Bedeutung wurde durch den Kolonialstaat im Rahmen von vermeintlich wissenschaftlichen Projekten wie ethnografischen Erhebungen und Volkszählungen neu gestaltet.<sup>08</sup> Überwältigt von der Komplexität der indischen Religionen abstrahierten die Verantwortlichen

die zahlreichen Sekten und Identitäten und machten den „Hinduismus“ zu einer übergreifenden Kategorie, um eine Reihe unterschiedlicher religiöser Praktiken zu beschreiben. Im 19. Jahrhundert hätten sich nur wenige Menschen in Indien mit dieser Bezeichnung identifiziert, allerdings konnten sie genau sagen, ob sie Muslime waren oder nicht. Als monotheistische Religion war der Islam für den Kolonialstaat leichter einzuordnen, selbst wenn die Wahrnehmung gelegentlich von Ängsten vor wahhabitischen oder panislamistischen Verschwörungen verzerrt war.<sup>09</sup> Bereits bei der ersten Volkszählung zeigte sich, dass ein erheblicher Anteil der Bevölkerung aus Muslimen bestand, und ab den 1880er Jahren suchte die britische Kolonialregierung in Indien nach Möglichkeiten, Schutzmechanismen für „religiöse Minderheiten“ in die staatliche Struktur einzubauen. Einige Muslime hatten tatsächlich auch am Aufstand von 1857 teilgenommen und neigten nach Meinung des einflussreichen Kolonialbeamten W.W. Hunter ohnehin zum Fanatismus und fühlten sich „verpflichtet“, gegen die Königin zu rebellieren. Diese Tendenzen wollte man aufmerksam beobachten, zudem bemühten sich die Akteure der Kolonialpolitik, liberale und modernisierende Kräfte im indischen Islam zu stärken, um die Loyalität gegenüber der Krone zu fördern. Und so wurden religiöse Identitäten durch den Kolonialstaat politisiert.

## KRITIK AN DER KOLONIALHERRSCHAFT

In den 1860er Jahren schuf der Kolonialstaat ein umfassendes gesetzliches Rahmenwerk, das sein alleiniges Gewaltmonopol festigen und potenzielle gewalttätige Bedrohungen ausschalten sollte. Dazu gehörten Gesetze, die umherziehende Menschen kriminalisierten, ein Gesetz zur Kontrolle des Waffenbesitzes und der Murderous Outrages Act, der dem Staat in der sensiblen Region an der nordwestlichen Grenze weitreichende Befugnisse einräumte, um „fanatische“ Gewalttaten zu ahnden und Urteile ohne eine Möglichkeit zur Revision sofort zu vollstrecken.<sup>10</sup> Diese außerordentliche Macht wurde von Gesetzen gestützt, die nicht nur gewalttätige

<sup>08</sup> Vgl. Brian A Hatcher, *Reordering Religion in Colonial South Asia*, in: Fischer-Tiné/Framke (Anm. 4), S. 62–76.

<sup>09</sup> Vgl. Mark Condos, *The Insecurity State. Punjab and the Making of Colonial Power in British India*, Oxford 2017, S. 146.

<sup>10</sup> Vgl. ebd., S. 142.

ge Proteste kriminalisierten, sondern bereits jede Form der Kritik am Staat. Paragraf 124A des indischen Strafgesetzbuchs verbot explizit die Äußerung von „Unzufriedenheit“, womit indirekt zum Ausdruck gebracht wurde, dass die Kolonisierten ihren Kolonialherren Zuneigung schuldeten.<sup>11</sup> Nach diesem Gesetz war die „Äußerung von Missbilligung“ über die Regierungspolitik nur dann keine Straftat, wenn dahinter das Ziel stand, „ihre Änderung mit rechtmäßigen Mitteln zu erreichen, ohne Hass, Verachtung oder Unzufriedenheit zu wecken oder zu versuchen, sie zu wecken“. Damit waren die Bedingungen festgelegt, unter denen die Regierung bereit war, Kritik entgegenzunehmen: in Form milden Tadel, der von überschwänglichen Loyalitätsbeteuerungen begleitet wurde.

Um Gehör zu finden, mussten indische Nationalisten ihre Beschwerden also vorsichtig formulieren und das koloniale Projekt loben, bevor sie auf die Widersprüche des vermeintlich wohlwollenden imperialen Liberalismus hinwiesen. Damit wurde der Liberalismus zu einer wichtigen Ideologie für indische Nationalisten, die ihn als Argument für eine repräsentative Regierung und gegen rassistische Unterdrückung anführten.<sup>12</sup> Für derartige Eingaben waren umfangreiche Formalitäten und unwiderlegbare Beweise erforderlich, was zu einem, wie der Historiker Christopher Bayly es formulierte, „statistischen Liberalismus“ führte, der eine Bilanz des Empire erstellte.<sup>13</sup> Frühe Kritikpunkte Ende des 19. Jahrhunderts betrafen die koloniale Ökonomie, vor allem die zahlreichen verheerenden Hungersnöte in den 1870er Jahren, bei denen Millionen Menschen starben. Auch die stets wachsenden Ausgaben des Kolonialstaates einschließlich der Kosten für die militärischen Abenteuer jenseits der indischen Grenzen und für die Gehälter der Kolonialbeamten, insbesondere des Vizekönigs, wurden genannt. Der indische Politiker Dadabhai Naoroji (1825–1917) brachte diese Kritik in seinem Buch mit dem passenden Titel „Poverty and unBritish Rule in India“ zum Ausdruck, in dem er unter anderem argumentierte, die Ein-

bindung von mehr Indern in den Regierungsprozess sei nicht nur kostengünstiger, sondern auch effektiver.

## POLITIK DES ORGANISIERTEN ANTIKOLONIALISMUS

1885 kamen Angehörige der neuen indischen Elite in Bombay zusammen und gründeten den INC. Seine Mitglieder waren englisch erzogen worden, viele waren Anwälte und verstanden die Funktionsweise und Grundlagen des Kolonialstaates, waren aber auch frustriert von der Kolonialpolitik, die ohne Rücksprache mit den kolonisierten Eliten erfolgte. Ursprünglich vertrat der INC eine milde, säkulare Kritik am Imperialismus, war in seinen Anfangsjahren ideologisch jedoch nach allen Seiten offen. In den 1890er Jahren bildete sich ein deutlich radikalerer Flügel heraus, vertreten durch Aktivisten wie Bal Gangadhar Tilak (1856–1920). Der Gründer von zwei Zeitungen verfügte im Westen Indiens über erheblichen Einfluss und saß aufgrund seiner Kritik an der Kolonialregierung zweimal in Haft. Die gemäßigte Haltung seiner Mitstreiter im INC ließ ihn fast verzweifeln; immer wieder schrieb er Artikel, die trotz ihrer religiösen Allegorien von den Briten als Aufrufe zu politischen Gewalttaten verstanden wurden.<sup>14</sup> Die Kongressbewegung spaltete sich 1907 aufgrund der Frage, ob es legitim sei, die Briten außerhalb des konstitutionellen Rahmens zu konfrontieren, etwa durch einen Boykott. Viele gemäßigte Nationalisten wie Gopal Krishna Gokhale (1866–1915) richteten ihre Energie in dieser Phase auf die soziale Arbeit, um eine stärkere Gemeinschaft aufzubauen, in der Unterschiede bezüglich Kaste, Religion und Klasse weniger gravierend waren.

Etwa zur selben Zeit begann die Kolonialverwaltung, auf muslimische Eliten zuzugehen, die bei der Regierung aktiv auf den Schutz religiöser Minderheiten drängten. Die 1906 gegründete Muslimliga war eine der wichtigsten Organisationen, die diese Idee vertraten. Die Liga konnte eine proportionale Vertretung der Muslime in den neu gebildeten Imperial Councils von 1909 durchsetzen. Diese Räte waren ein verfassungsrechtliches Zugeständnis an die gemäßigten in-

<sup>11</sup> Vgl. Tanya Agathocleous, *Criticism on Trial: Colonizing Affect in the Late-Victorian Empire*, in: *Victorian Studies* 3/2018, S. 434–460.

<sup>12</sup> Christopher A. Bayly, *Recovering Liberties. Indian Thought in the Age of Liberalism and Empire*, Oxford 2012, S. 344.

<sup>13</sup> Ebd., S. 194 ff.

<sup>14</sup> Vgl. Sukeshi Kamra, *Law and Radical Rhetoric in British India*, in: *South Asia* 3/2016, S. 546–559.

dischen Nationalisten, einschließlich derjenigen innerhalb des Kongresses, die sich seit dem späten 19. Jahrhundert für eine stärkere Einbeziehung von Indern in die Regierungsarbeit stark machten. Mit einer explizit muslimischen Vertretung in der politischen Arena wurde nun der Anspruch des INC, trotz seiner Hindu-Mehrheit unter den Mitgliedern alle Inder zu vertreten, infrage gestellt.

Bei der Verbreitung nationalistischer Ideen in Indien gab es erhebliche Hindernisse. Obwohl sich der Kolonialstaat die Bildung der Bevölkerung auf die Fahnen geschrieben hatte, waren viele Inder Analphabeten (laut Volkszählung von 1921 konnten etwa 7 Prozent der indischen Bevölkerung lesen, 1931 waren es etwa 9 Prozent).<sup>15</sup> Als sich in den 1900er Jahren vom INC geführte Bewegungen organisierten, griffen sie bei der Vermittlung ihrer Ideen aus praktischen Gründen oft auf religiöse Motive zurück. Die religiöse Sprache eignete sich gut für die antikoloniale Agitation, weil häufig der Kampf gegen Ungerechtigkeit betont wurde und sie allgemein verständlich war. Lieder, Parolen, in Massen produzierte Plakate und literarische Texte stützten sich auf die Vorstellung von Indien als Gottheit – Bharat Mata –, die ihre Menschen anflehte, sie von den Ketten der kolonialen Herrschaft zu befreien. Die erste größere antikoloniale Agitationskampagne, die Swadeshi-Bewegung (1905–1908), forderte die indische Bevölkerung auf, britische Produkte zu boykottieren und indische Produkte mehr wertzuschätzen. Hindus fühlten sich angesprochen, doch für Muslime stand die Vorstellung von Indien als Göttin im Widerspruch zum Monotheismus des Islam. Selbst Mahatma Gandhi gab sich als Hindu-Asket. Obwohl er von der Gleichheit aller Religionen sprach, ist es fraglich, ob seine Botschaft von der ländlichen Bevölkerung als säkular verstanden wurde.

Es war also eine Kombination aus Regierungspolitik und der Dialektik des Nationalismus, die Hindus und Muslime in der indischen Bevölkerung auf unterschiedliche politische Wege führte und sie zunehmend in Opposition zueinander brachte. Immer häufiger kam es auf kommunaler Ebene zu Gewalt zwischen Hindus und Muslimen, und als sich in den 1920er Jahren die sozialen Trennlinien weiter vertieften, erhielt diese Gewalt eine zunehmend politische Bedeutung.

<sup>15</sup> Vgl. Census of India 1931, Bd. 1, Neu-Delhi 1933, S. 324.

## INTERNATIONALISMUS DES NATIONALISMUS

Im frühen 20. Jahrhundert spielten auch globale Einflüsse eine Rolle dafür, dass sich ein nationalistisches Denken in Indien herausbildete. Vielen indischen Nationalisten dienten antikoloniale Bewegungen in Irland als Vorbild, von Annie Besant (1847–1933) und Bal Gangadhar Tilak, die sich von der Sprache der Home Rule (Selbstverwaltung) in den 1910er Jahren inspirieren ließen, bis hin zu Revolutionären, die Gewalt als Taktik in Form von Attentaten und Hungerstreiks im Gefängnis übernahmen. Die in Großbritannien oder in anderen Kolonien wie Kanada und Südafrika lebenden Inder, aber auch die indische Bevölkerung in Europa und den USA spielten ebenfalls eine wichtige Rolle und unterstützten antikoloniale Überlegungen und Aktivitäten aus der Ferne. Vor allem zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatten sich viele indische Studenten in London, Berlin und Paris radikalisiert und Literatur verbreitet, die in Indien verboten war.<sup>16</sup> Bei Foren wie den regelmäßig in London stattfindenden Imperial Conferences wurde den britischen Vertretern immer wieder die rassistische Diskriminierung in den selbstverwalteten „White Dominions“ vorgeworfen und die britische Idee eines imperialen Bürgerrechts, das Gleichheit für alle bedeuten sollte, infrage gestellt. Inder durften in den Dominions nicht wählen, waren von bestimmten Branchen ausgeschlossen, und durften ihre Familienmitglieder nicht nachholen, nicht einmal die Ehefrauen.<sup>17</sup> Erst nach dem Ersten Weltkrieg, bei dem Ressourcen und Truppen aus Indien zum Einsatz kamen, konnte auf den Druck Londons hin kleinere Zugeständnisse in einigen, wenn auch nicht allen Dominions ausgehandelt werden, was zeigte, dass der britische Anspruch auf Gleichstellung auf tönernen Füßen stand.

In den Jahren vor und auch während des Ersten Weltkrieges hatte es in Deutschland massive antibritische Propagandakampagnen gegeben; das Deutsche Reich fungierte als wichtiger Verbündeter der antikolonialen Aktivisten und bot

<sup>16</sup> Vgl. Harald Fischer-Tiné, Indian Nationalism and „World Forces“, in: *Journal of Global History* 3/2007, S. 325–344.

<sup>17</sup> Vgl. Kama Maclean, *British India, White Australia. Overseas Indians, Intercolonial Relations and the Empire*, Sydney 2020, S. 235.



Der letzte Vizekönig von Indien, Louis Mountbatten (zweiter von rechts), verhandelt am 2. Juni 1947 mit Jawaharlal Nehru (links) und Muhammad Ali Jinnah (rechts) über die Unabhängigkeit Britisch-Indiens.

© picture alliance/Associated press | Max Desfor

finanzielle und logistische Unterstützung.<sup>18</sup> Eine wichtige Rolle spielten in der Folge auch große politische Ideologien wie Kommunismus und Sozialismus, die den antikolonialen Aktivisten als Inspiration dienten. Die Kommunistische Internationale unterstützte Netzwerke und einzelne Aktivisten durch Organisationen wie die Liga gegen Imperialismus, die jedoch meist kurzlebig waren. Die indische Kolonialregierung versuchte, den Zugang zu kommunistischem Gedankengut zu beschränken, indem sie den Import von Literatur und die Einreise bekannter Kommunisten verbot. Zu diesen Maßnahmen gehörte zu Beginn der 1930er Jahre ein Verfahren gegen indische und ausländische Kommunisten wegen einer angeblichen Verschwörung. Das Verfahren scheiterte, und der Einfluss kommunistischen Denkens blieb in Indien weiterhin präsent.<sup>19</sup> Andere

Gruppen wurden von der panasiatischen Ideologie beeinflusst und träumten mit Blick auf Japan von einem „Neuen Asien“ und der Solidarität unter People of Colour.<sup>20</sup> Der Faschismus in Italien und der Nationalsozialismus in Deutschland lieferten ebenfalls Vorbilder für einzelne Nationalisten, allerdings verhinderten die nativistischen Impulse beider Ideologien die Versuche, Allianzen zu schmieden.<sup>21</sup>

## WEG ZUR UNABHÄNGIGKEIT

Der Zweite Weltkrieg wälzte die politische Landschaft um. Die indischen Regierungen in den Provinzen, die nach den Reformen von 1935 gewählt worden waren und größtenteils aus Mitgliedern des Nationalkongresses bestanden, waren vor dem Kriegseintritt nicht nach ihrer Haltung ge-

**18** Vgl. Daniel Brückenhaus, *Policing Transnational Protest. Liberal Imperialism and the Surveillance of Anticolonialists in Europe, 1905–1945*, New York 2017, Kap. 3.

**19** Vgl. Ali Raza, *Revolutionary Past. Communist Internationalism in Colonial India*, Cambridge 2020.

**20** Vgl. Joseph McQuade, *The New Asia of Rash Behari Bose: India, Japan, and the Limits of the International*, in: *Journal of World History* 4/2017, S. 641–667.

**21** Vgl. Maria Framke, *Shopping Ideologies for Independent India?*, in: *Itinerario* 1/2016, S. 55–81.

fragt worden. Aus Protest traten die Regierungen des INC zurück, während viele andere Parteien, darunter die Muslimliga und nach 1941 auch die Kommunistische Partei Indiens, die Kriegsanstrengungen unterstützten.

Als der INC die Konfrontation mit den Briten suchte, vor allem durch Aktionen zivilen Ungehorsams und später durch die „Quit India“-Bewegung (1942) unter der Führung von Gandhi, kam es zur massenhaften Festnahme von Aktivisten. Im Gegensatz dazu pflegten die Mitglieder der Muslimliga ein weit weniger oppositionelles Verhältnis zum Kolonialstaat. Nach dem Fall Singapurs und Burmas wurde Indien zum zentralen Kriegsschauplatz, und auch wenn nur die Industriegebiete von Kalkutta bombardiert wurden, war die Anspannung in ganz Indien groß. Die britischen Maßnahmen zur Abwehr eines möglichen japanischen Einfalls im Nordosten Indiens, zu denen auch Zerstörungen nach dem Prinzip der verbrannten Erde und die Beschlagnehmung von Booten gehörten, verschärften die bereits bestehende Lebensmittelknappheit und trieben die Preise in die Höhe, wodurch es in Bengalen zu einer Hungersnot kam, bei der Millionen Menschen ums Leben kamen. Fotos von Sterbenden wurden in indischen und internationalen Zeitungen veröffentlicht und säten weitere Zweifel an der Legitimation des britischen Imperialismus.<sup>22</sup> Der letzte Anstoß zur Dekolonisierung kam jedoch von Kräften außerhalb der antikolonialen Bewegung. Zu den wichtigsten Faktoren zählten die Zerstörungen in Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg und der Aufstieg der USA zur neuen Weltmacht, die den Kolonialismus nicht unterstützte.

Noch immer wird darüber debattiert, ob die Teilung Indiens und die Gründung Pakistans unvermeidbar waren oder Folge einer Reihe von Faktoren.<sup>23</sup> 1940 verabschiedete die Muslimliga eine Resolution, in der sie sich für eine verfassungsgemäße Regelung nach dem Krieg einsetzte, bei der die mehrheitlich muslimischen Regionen unabhängige Bundesstaaten Pakistans werden sollten. Die Hungersnot hatte großen Einfluss auf das soziale Gefüge Bengalens, vor allem in Kalkutta, wohin die Armen vom Land auf

der Suche nach Hilfe strömten und dann dort auf der Straße starben. Damit war der Boden bereitet für die dortigen katastrophalen Gewaltausbrüche im August 1946, die als Katalysator für verschiedene Prozesse auf dem Weg zur Teilung fungierten. Dazu gehörten auch die britische Überzeugung, an einem baldigen Abzug festzuhalten, der das Ausmaß der Gewalt sicher noch erhöhte, da keine Truppen bereitstanden, um einzugreifen, und eine gewisse Sympathie für die Argumente Muhammad Ali Jinnahs, dass die Muslime nur in einem unabhängigen Staat Pakistan sicher seien. Das Chaos beim Abzug, das dadurch entstandene Machtvakuum und die willkürlich festgelegten Grenzen sowie die tragische Gewalt, die die Machtübergabe an Indien und Pakistan im Jahr 1947 begleitete, legten den Grundstein für den anhaltenden Konflikt zwischen den beiden neuen Nationalstaaten.

Aus dem Englischen von Heike Schlatterer.

<sup>22</sup> Vgl. Janam Mukherjee, *Hungry Bengal. War, Famine and the End of Empire*, New York 2015.

<sup>23</sup> Vgl. Ian Talbot, *The Rise of Communalism and the Partition*, in: Fischer-Tiné/Framke (Anm. 4), S. 92–104.

#### KAMA MACLEAN

ist Professorin für die Geschichte Südasiens an der Universität Heidelberg.

kama.maclean@sai.uni-heidelberg.de



# VOM GOLDENEN ZUM GETEILTEN BENGALEN

## Eine kurze Geschichte der Bengalen und ihrer Heimatregion

*Carmen Brandt*

„Mein goldenes Bengalen, ich liebe dich“<sup>01</sup> lauten die erste Zeile und der Refrain der Nationalhymne Bangladeschs. Rabindranath Tagore (1861–1941), der Verfasser dieser und auch der indischen Nationalhymne, deren Sprache ebenfalls Bengalisch ist, erlebte jedoch weder die Gründung Bangladeschs noch die Unabhängigkeit Indiens. Seine Heimatregion Bengalen war noch vereint, als er 1941 verstarb. Das Gedicht „Mein goldenes Bengalen“ verfasste Tagore bereits 1905 aus Protest gegen die erste Teilung Bengalens durch die britische Kolonialverwaltung im selben Jahr. Zwar wurde diese Teilung 1912 auch aufgrund gewalttätiger Proteste rückgängig gemacht, doch mit der Dekolonisierung scheint das Schicksal eines geteilten Bengalens besiegelt worden zu sein. Seit dem Ende Britisch-Indiens und der damit einhergehenden Entstehung der Staaten Indien und Pakistan im Jahr 1947 versteht man unter „Bengalen“ in der Regel zwei geopolitische Entitäten: den indischen und mehrheitlich hinduistischen Bundesstaat Westbengalen und dessen Pendant im Osten, das heutige, mehrheitlich muslimische Bangladesch, das als Ostpakistan bis zu dessen Unabhängigkeit im Jahr 1971 ein Teil Pakistans war. Diese beiden Staaten sind jedoch weder kongruent zu der mehrfach veränderten Ausdehnung des vorkolonialen und kolonialen Bengalens noch zu dem geografischen Raum, in dem sich Menschen heute mehrheitlich als Bengalen identifizieren. Mit fast 300 Millionen Menschen sind die Bengalen die größte Ethnie in Süd-asien und die drittgrößte der Welt; bengalische Bevölkerungsmehrheiten gibt es auch im indischen Bundesstaat Tripura und im Süden Assams. Dieser Beitrag widmet sich der Genese dieser Ethnie, den geopolitischen Veränderungen ihrer Heimatregion und wichtigen Entwicklungen, die die Identität der Menschen in dieser Region bis heute prägen.

### BÓNGO – BANGLA – BENGAL

Anders als im Deutschen und Englischen, in denen man diese Region lediglich als „Bengalen“ beziehungsweise „Bengal“ kennt, verwendet man in der heutigen bengalischen Sprache zwei miteinander verwandte Begriffe: *baṅga* (Bóngo) und *bāmlā* (Bangla).<sup>02</sup> Der erste taucht bereits in dem Sanskrit-Epos „Mahābhārata“ auf. Während in diesem von einem Königreich namens *vaṅga* beziehungsweise *baṅga*<sup>03</sup> zu lesen ist, das sich vor unserer Zeitrechnung wohl lediglich über den Südosten des heutigen Bengalens erstreckte, erlangte die zweite Variante unter muslimischer Herrschaft, während des Bestehens des Sultanats von Bengalen (1352–1576), eine breitere Verwendung. Beide Begriffe sind noch heute allgegenwärtig, zum Beispiel in den originalsprachlichen Namen der beiden bengalischen Staaten: *paścim'baṅga* („Westbengalen“) und *bāmlādeś* (Bangladesch; wörtlich „Bengalensland“). Der englische Begriff „Bengal“, von dem sich auch der deutsche ableitet, ist wiederum näher mit *baṅgāl*, der persischen Bezeichnung für diese Region, verwandt.

Englisch löste nach und nach Persisch als Verwaltungssprache ab, nachdem die Britische Ostindien-Kompanie 1757 den letzten unabhängigen Herrscher (Nawab) von Bengalen in der Schlacht bei Plassey besiegt hatte. Neben der Bezeichnung für diesen weiten geografischen Raum wurde auch der Anspruch, diesen in seiner Gesamtheit zu unterwerfen und zu verwalten, übernommen. Obwohl es bereits vor dem Sultanat von Bengalen zwei große einheimische Reiche, die buddhistisch geprägte Pala-Dynastie (ca. 750–1161) und die hinduistisch geprägte Sena-Dynastie (1070–1230), gab, wurden die Grundsteine für

die bengalische Ethnie insbesondere während der muslimischen und britischen Herrschaft gelegt. Ausschlaggebend hierfür waren zum einen die offizielle Verwendung der Bezeichnung „Bengalen“ und die Förderung bengalischer Literatur durch die muslimischen Herrscher des Sultanats, zum anderen die Kategorisierungs- und Standardisierungsprozesse während der britischen Kolonialzeit, die dabei helfen sollten, diese große und bevölkerungsreiche Region zu verwalten.<sup>04</sup>

## STANDARDISIERUNG DER BENGALISCHEN SPRACHE

Das älteste, wenn auch nur schwer datierbare, literarische Zeugnis, das dem Bengalischen zugeordnet wird, ist eine Liedersammlung, die heute unter dem Namen „Caryapāda“ bekannt ist und einer tantrischen Tradition des Buddhismus zugeschrieben wird. Der Umstand, dass das erste Palmblattmanuskript dieser mehrsprachigen Anthologie zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Nepal entdeckt wurde und auch als ältestes Literaturwerk für Assamesisch, Maithili und Oriya beansprucht wird, verdeutlicht, dass das Sprachkontinuum, aus dem das moderne Bengalisch entstanden ist, einen großen geografischen Raum einnahm, der weit über die Grenzen des heutigen Westbengalens und Bangladeschs hinausging. Die Literaturlandschaft dieses Sprachkontinuums war enorm vielfältig. So spielten ab dem 13. Jahrhundert Prestigesprachen wie zum Beispiel Arabisch, Persisch und Sanskrit sowohl für die religiöse als auch für die säkulare Literatur der Eliten eine dominante Rolle, während es mündliche und schriftliche Literaturtraditionen auch in Vorstufen des modernen Bengalisch gab. Insbesondere mit der Etablierung des Sultanats von Bengalen

1352 wurden letztere auch von Seiten der muslimischen Herrscher gezielt gefördert und konnten sich so zu einer Literatursprache entwickeln, die heute als „Mittelbengalisch“ bezeichnet wird. In dieser Sprachform sind zahlreiche, hauptsächlich religiöse Werke überliefert, die heute entweder dem Hinduismus oder dem Islam zugeordnet werden. Auch wenn es für diese ausschließlich lyrische Literatur keine einheitliche Grammatik gab, wurde sie über einen weiten geografischen Raum verstanden.<sup>05</sup>

Das Interesse europäischer Philologen lag oftmals auf den bereits standardisierten Prestigesprachen, insbesondere Persisch und Sanskrit, da man davon ausging, dass sie die „authentischeren“ Aufschlüsse über die Kultur und Religion der einheimischen Bevölkerung lieferten. Doch es wurde schnell deutlich, dass die Mehrheit diese Sprachen nicht beherrschte. Um besser kommunizieren zu können und so die koloniale Herrschaft zu verfestigen oder nachhaltiger in der einheimischen Bevölkerung zu missionieren, erlernten und dokumentierten Wissenschaftler im Dienst der Britischen Ostindien-Kompanie und christliche Missionare aus verschiedenen Ländern die vernakularen, also von den Einheimischen gesprochenen, Sprachen und trugen somit nachhaltig zu deren Standardisierung, insbesondere ihrer Prosaform, bei. Im Falle der bengalischen Sprache verdeutlicht die erste englischsprachige Grammatik, „A Grammar of the Bengal Language“ (1778) von Nathaniel Brassey Halhed (1751–1830), einem Angestellten der Ostindien-Kompanie, diesen Standardisierungsprozess besonders gut.<sup>06</sup>

Der Titel der von Halhed erstellten Grammatik deutet bereits darauf hin, dass es bis dato keine einheitliche Bezeichnung für die bengalische Sprache gab. So bezeichnet Halhed sie als „Bengal language“ und „Bengalese“.<sup>07</sup> Während die englischen und deutschen Namen „Bengali“ und „Bengalisch“ letztendlich von dem Toponym „Bengal“ beziehungsweise „Bengalen“ hergeleitet wurden, benutzt man heute im Bengalischen sogar dasselbe Wort wie für die Region: *bāmlā* (Bangla). Die zahlreichen, zum Teil

**01** Bengalisches Original: *āmār sonār bāmlā, āmi tomāy bhālobāsi*.

**02** Die Angaben in den Klammern stellen eine vereinfachte Transkription dar, die der besseren, wenn auch nicht genauen Aussprache dient; ó wird wie in „oft“ gesprochen und o wie in „Hotel“. Vgl. Carmen Brandt, *Why Dots and Dashes Matter: Writing Bengali in Roman Script*, in: Ulrike Niklas et al. (Hrsg.), „Das alles hier“. Festschrift für Konrad Klaus zum 65. Geburtstag, Heidelberg–Berlin 2021, S. 48f.

**03** Sanskrit wurde in verschiedenen Schriften festgehalten und unterschiedlich ausgesprochen. So liest man in der Nāgarī-Schrift im Westen Südasiens *vaṅga* (Vanga) und in der bengalischen im Osten *baṅga* (Bóngo).

**04** Vgl. Bernard S. Cohn, *Colonialism and Its Forms of Knowledge: The British in India*, Princeton 1996.

**05** Vgl. Thibaut d’Hubert, *Literary History of Bengal, 8th–19th Century AD*, in: *Oxford Research Encyclopedia of Asian History*, Oxford 2018, S. 9, <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190277727.013.39>.

**06** Vgl. Nathaniel Brassey Halhed, *A Grammar of the Bengal Language*, Hoogly 1778.

**07** Ebd., S. xxi, S. 3, S. xv, S. 160.

sehr unterschiedlichen Varietäten des bengalischen Sprachkontinuums wurden somit schlichtweg unter dem Namen der geopolitischen Entität subsumiert. Wiederum in der ersten in Bengalisches verfassten Grammatik aus dem Jahr 1833 bezeichnet der Autor, kein geringerer als Ram Mohan Roy (1772–1833), einer der wichtigsten bengalischen Intellektuellen und Reformers jener Zeit, die von ihm beschriebene Sprache als *gaurīyabhāṣā* („Gaurīya-Sprache“), aber im englischen Nebentitel als „Bengali language“.<sup>08</sup> Somit verwendete er die von den Europäern eingeführte Bezeichnung, aber gleichzeitig auch ein Adjektiv (*gaurīya*), das sich von einer altertümlichen einheimischen Bezeichnung für diese Region (Sanskrit: *gauḍa*; Bengalisch: *gaur*) herleitet. Während *gauḍa* der Name eines Königreiches zwischen dem 4. und 7. Jahrhundert war, das heute von vielen auch aufgrund seiner Ausdehnung als erste bengalische geopolitische Entität wahrgenommen wird, wurde der Begriff später recht frei für eine nur schwer definierbare Region im heutigen Westbengalen verwendet.

Da es vor der intensiven Beschäftigung europäischer Philologen keine Abhandlungen zur bengalischen Sprache und entsprechende Standardisierungsversuche gab, wurde die Grundlage des modernen Bengalisch von denjenigen Sprachvarietäten gebildet, die in der Region gesprochen wurden, in der ab Ende des 18. Jahrhunderts die meisten dieser Abhandlungen und Druckerzeugnisse in bengalischer Sprache entstanden: Kalkutta, die angrenzenden Distrikte und der Distrikt Nadia im heutigen Westbengalen. Diese Region, die dem Machtzentrum des stetig wachsenden britischen Herrschaftsgebietes entsprach, ist jedoch nur ein kleiner geografischer Raum dieses Sprachkontinuums. Und da es in der Natur eines Kontinuums liegt, keine klaren Grenzen zu haben, war es ein komplexes Unterfangen, den bengalischen Sprachraum festzulegen. Dies war auch dem Umstand geschuldet, dass die Grenzen der geopolitischen Entität Bengalen, das heißt der *Bengal Presidency* oder *Bengal Province*, immer wieder verändert wurden. So erstreckte sich die *Bengal Presidency* 1858, in ihrer größten Ausdehnung, über weite Teile des heutigen Nordindiens, Pakistans, den gesamten Osten und Nordosten Südasiens, Myanmar, Singapur und Teile

<sup>08</sup> Vgl. Rām'mohan Rāy, *Gaurīya byākaraṇ* (= Rammohun Roy's Grammar of the Bengali Language), Kalkutta 1833.

Malaysias. Und insbesondere im Falle der mit dem Bengalischen verwandten Sprachen Assamesisch, Oriya und Maithili waren die Sprachgrenzen fließend.

Ob man heute in Bengalisch oder einer benachbarten Sprache unterrichtet wird und seine Lokalsprache entsprechend als Dialekt der einen oder anderen wahrnimmt, ist oftmals lediglich das Ergebnis geopolitischer und Verwaltungstechnischer Entscheidungen. So können sich auch noch heute zum Beispiel ein Assamese und ein Bengale aus derselben Grenzregion ohne Weiteres in ihrer Lokalsprache unterhalten, während sie in ihren Standardsprachen auf Kommunikationsprobleme stoßen. Zwei Bengalen wiederum, die aus entgegengesetzten Grenzgebieten stammen und ihre jeweilige Lokalsprache verwenden, können sich untereinander nicht verständigen. Erst die Verbreitung des standardisierten Bengalisch durch Schulbildung, Verwaltung und Literatur ab dem 19. Jahrhundert ermöglichte es, dass sich die Menschen in diesem weiten geografischen Raum problemlos miteinander verständigen und ein ethnolinguistisches Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln konnten.<sup>09</sup> Da es jedoch auch in den angrenzenden Regionen vergleichbare Standardisierungsprozesse gab, entstanden Konflikte bei Ausdehnungsversuchen des bengalischen Sprachraums. So argumentierten bengalische Wissenschaftler, die sich im Dienst der Briten befanden, dass Assamesisch und Oriya lediglich Dialekte des Bengalischen seien, während Vertreter dieser beiden Sprachen wiederum mit Unterstützung christlicher Missionare, die die Standardisierung des modernen Assamesisch und Oriya angestoßen hatten,<sup>10</sup> diese Klassifizierung längerfristig abwehren konnten.<sup>11</sup>

Bei der Standardisierung der bengalischen Sprache handelte es sich jedoch nicht um einen bewussten Prozess, sondern sie war der auch an-

<sup>09</sup> Zur Identität im vorkolonialen Bengalen vgl. Hans Harder, Überlegungen zur indischen Nationalidentität: Ein Essay, in: Rahul Peter Das/Hanne Schöning (Hrsg.), *Großmacht Indien*, Halle/S. 2004, S. 61–80.

<sup>10</sup> Vgl. z. B. die ersten Grammatiken für Assamesisch und Oriya: N[athan] Brown, *Grammatical Notices of the Asamese Language*, Sibsagor 1848; Amos Sutton, *Introductory Grammar of Oriya Language*, Kalkutta 1831.

<sup>11</sup> Vgl. Rahul Peter Das, *Bengalischer Nationalismus und die Konstruktion einer austroasiatischen Vergangenheit*, in: Michael Bergunder/Rahul Peter Das, „Arier“ und „Draviden“: Konstruktionen der Vergangenheit als Grundlage für Selbst- und Fremdwahrnehmungen Südasiens, Halle/S. 2002, S. 181–205.

dere südasiatische Sprachregionen betreffenden Annahme geschuldet, dass die vorgefundene Heterogenität Ergebnis linguistischer Verunreinigungen sei. So identifizierte Halhed insbesondere Wörter persoarabischen Ursprungs als fremd und berücksichtigte diese nicht in seiner Grammatik.<sup>12</sup> Die Annahme, dass es ein „reines“ Bengalisch gegeben hätte, das direkt aus dem Sanskrit entstanden sei und das es nun zu rekonstruieren galt, führte zu einem sanskritisierten Bengalisch, das die damalige gesprochene Sprache nicht widerspiegelte. Durch Halheds und zahlreiche weitere Abhandlungen, deren Autoren ähnliche Vorstellungen hatten, konnte sich so längerfristig eine standardisierte Form des Bengalischen, basierend auf den Varietäten Kalkuttas und Umgebung und mit Lehnwörtern aus dem Sanskrit, als Bildungs- und Literatursprache durchsetzen. Beschleunigt wurde dieser Prozess durch die Einführung der Druckerpresse in dieser Region Ende des 18. Jahrhunderts, die zudem für eine Standardisierung der Schrift sorgte, die heute offiziell – auch von Seiten der Internationalen Organisation für Normung (ISO) – nur als „bengalische Schrift“ bezeichnet wird, obwohl sie auch für viele weitere Sprachen, zum Beispiel Assamesisch, Chakma, Meitei und Sanskrit, verwendet wurde und wird.<sup>13</sup> Auch hier spielte Halheds Grammatik, für die Bengalisch zum ersten Mal mit beweglichen Lettern gedruckt wurde, eine wegweisende Rolle.

## DICHOTOMISIERUNG RELIGIÖSER IDENTITÄTEN

Die Suche nach einem „authentischen“ Bengalen führte zu einer Negierung insbesondere der als muslimisch identifizierten Elemente, einer Hinwendung zur vormuslimischen Zeit und Wiederherstellungsversuchen einer rein hinduistischen Kultur. Nach über 500 Jahren fast durchgängig muslimischer Herrschaft in Bengalen bildete sich so eine bengalische Hindu-Elite in Kalkutta heraus, deren Mitglieder auch als *bhadralok* („Gentleman“) bezeichnet wurden, an britischen Bildungsinstitutionen studierten, im Dienst der Kolonialmacht standen und aufgrund dieser in-

tellektuellen Impulse neue Vorstellungen ihrer Kultur entwickelten. Diese bis heute für die bengalische, aber auch indische Identität ausschlaggebende Epoche wird deshalb auch „Bengalische Renaissance“ genannt. Und da es in dieser keinen Platz für das muslimische Erbe Bengalens gab, wandte sich die muslimische Elite vermehrt ihrem partikularen Erbe und der Enttäuschung über ihren Machtverlust zu. Während so zum Beispiel Hindu-Bengalen in Kalkutta die Entwicklung der modernen bengalischen Literatur und gesellschaftliche und religiöse Reformen vorantrieben und damit die Grundsteine des bengalischen, aber auch des indischen Nationalismus legten, produzierten Mitglieder der muslimischen Elite für längere Zeit weiterhin vornehmlich Literatur in Persisch und Urdu und konzentrierten sich auf ihre separate religiöse und nicht auf ihre ethnische Identität.

Vorangetrieben wurde die Dichotomisierung der einheimischen Bevölkerung in Hindus und Muslime auch durch die ab 1871 alle zehn Jahre landesweit stattfindenden Volkszählungen. Insbesondere im bengalischen Sprachraum, in dem die meisten religiösen Praktiken der einfachen Bevölkerung weder als eindeutig hinduistisch noch muslimisch identifizierbar waren, zwang die Volkszählung nun alle Menschen, sich exklusiv zu einer Religion zu bekennen.<sup>14</sup> Dies war insofern ein Problem, da der Hinduismus lediglich eine Sammelbezeichnung für eine Vielzahl religiöser Praktiken ist, die erst im 19. Jahrhundert auf Grundlage des Sanskrit-Schrifttums und mit Hilfe einheimischer Eliten von europäischen Orientalisten unter dem Begriff „Hinduismus“ subsumiert wurden.<sup>15</sup> Viele dieser Praktiken waren jedoch an lokale religiöse Bewegungen gebunden und enthielten oftmals Elemente, die entweder einzigartig waren oder heute unterschiedlichen Religionen zugeschrieben werden. Dies betraf insbesondere den Osten Bengalens, wo ab dem 13. Jahrhundert im Zuge der Annexion durch das Delhi-Sultanat und die damit einhergehende Nutzbarmachung dieser Region für die Landwirtschaft Sufis den Islam verbreiteten. Diese charismatischen Mystiker schafften es, eine breite Anhängerschaft zu gewinnen, indem sie

<sup>12</sup> Vgl. Halhed (Anm. 6), S. xx f.

<sup>13</sup> Vgl. Carmen Brandt, *Writing Off Domination: The Chakma and Meitei Script Movements*, in: *South Asian History and Culture* 1/2018, S. 116–140, hier S. 119.

<sup>14</sup> Vgl. Peter Gottschalk, *Religion, Science, and Empire: Classifying Hinduism and Islam in British India*, New York u. a. 2013.

<sup>15</sup> Vgl. Arvind Sharma, *On Hindu, Hindustān, Hinduism and Hindutva*, in: *Numen* 1/2002, S. 1–36.

nicht eine orthodoxe Form des Islam predigten, sondern lokale Formen von Religiosität aufgriffen und mit Inhalten des mystischen Islam füllten und vermischten.<sup>16</sup> Diese inklusive Form des Islam sorgte dafür, dass die Bevölkerung zwar mit Elementen des Islam vertraut war, aber dennoch weiterhin auch Rituale pflegte, die heute dem Hinduismus zugeschrieben werden.<sup>17</sup>

Trotzdem wurden die meisten Menschen in Ostbengalen im Zuge der Volkszählungen als Muslime klassifiziert, die nun nach und nach auch durch die neu entstandenen Bildungseinrichtungen von den muslimischen Eliten lernten, was einen „echten Muslim“ ausmache. Befeuert wurde die Dichotomisierung der Bevölkerung in Hindus und Muslime auch durch die sozioökonomischen Entwicklungen während der Kolonialzeit. Zu dem politischen Machtverlust der muslimischen Elite kam deren sozioökonomischer Abstieg hinzu, der zum Beispiel durch den wirtschaftlichen Aufstieg von Hindu-Eliten in Kalkutta, tiefgreifende Landreformen und die Einführung von Monokulturen verursacht wurde. Längerfristig führten diese Veränderungen nicht nur zu Hungersnöten, sondern auch zu Besitzverhältnissen, bei denen oftmals aus dem Westen Bengalens stammende Hindu-Familien, auch die von Rabindranath Tagore, große Landwirtschaftsflächen in Ostbengalen besaßen, die mehrheitlich von Muslimen bewirtschaftet wurden.

## ERSTE UND ZWEITE TEILUNG BENGALENS

Die erste Teilung Bengalens im Jahr 1905 wurde deshalb zu großen Teilen von muslimischen Eliten Ostbengalens begrüßt, während sie von bengalischen Hindu-Eliten als Versuch der Briten, dem Erstarken der bengalischen Nation und ihrem wachsenden Widerstand gegen die Kolonialmacht entgegenzuwirken, empfunden wurde.<sup>18</sup>

**16** Vgl. Richard Eaton, *The Rise of Islam and the Bengal Frontier, 1204–1760*, Berkeley 1993.

**17** Noch heute werden von Anhängern des mystischen Islam in Bangladesch zum Beispiel Lieder zu Ehren des hinduistischen Gottes Krishna und seiner Geliebten Radha gesungen. Vgl. Hans Harder, *Sufism and Saint Veneration in Contemporary Bangladesh: The Majibhandaris of Chittagong*, London–New York 2011, S. 280.

**18** Vgl. Anil Baran Ray, *Communal Attitudes to British Policy: The Case of the Partition of Bengal 1905*, in: *Social Scientist* 5/1977, S. 34–46.

Gegen die Teilung wurde deshalb nicht nur mit Liedern wie „Mein goldenes Bengalen“, sondern auch gewaltsam protestiert. Die *Bengal Presidency* war jedoch so groß und mit fast 80 Millionen Einwohnern so bevölkerungsreich geworden, dass deren Verwaltung tatsächlich eine enorme Herausforderung darstellte. Selbst zu der neuen Provinz „Bengalen“ im Westen gehörten nach wie vor große Teile des heutigen Bihars, Jharkhands und Orissas, während die neue Provinz „Ostbengalen und Assam“ fast den gesamten Nordosten des heutigen Indiens und Bangladesch umfasste. Erst mit der Wiedervereinigung Bengalens im Jahr 1912 entstand eine geopolitische Entität, die den heutigen Staaten Westbengalen und Bangladesch in ihrer Gesamtheit ähnelte, jedoch nach wie vor nicht einheitlich verwaltet wurde. Mit der Wiedervereinigung Bengalens wurde zudem die Hauptstadt Britisch-Indiens von Kalkutta nach Delhi verlegt, was längerfristig einen Bedeutungsverlust für die gesamte Region darstellte.

In den wenigen Jahren, die Bengalen geteilt war, hatte der politische Antagonismus zwischen muslimischen und Hindu-Eliten im gesamten Land zugenommen. So wurde 1906 in Dhaka, der heutigen Hauptstadt Bangladeschs, die All-indische Muslimliga von muslimischen Vertretern aus ganz Britisch-Indien gegründet. Diese fühlten sich in dem 1885 gegründeten Indischen Nationalkongress (*Indian National Congress*; INC), der ersten von den Briten anerkannten Interessenvertretung einheimischer Politiker, von Hindus dominiert. Drei Jahre später wurden deshalb auch auf Verlangen der Muslimliga 1909 getrennte Wählerschaften für Hindus und Muslime eingeführt. Den vorläufigen Höhepunkt kommunalistischer<sup>19</sup> Politik stellte Ende 1930 eine Rede von Muhammad Iqbal (1877–1938), dem aus dem Pandschab stammenden neugewählten Vorsitzenden der Muslimliga, dar, in der er die Zwei-Nationen-Theorie vorstellte. Diese besagt, dass es sich bei Hindus und Muslimen um zwei unterschiedliche Nationen handele, die nicht nur verschiedene Religionen ausübten, sondern ihre eigenen Bräuche und Traditionen pflegten. Um einer potenziellen Unterdrückung in einem von Hindus

**19** Die Begriffe „Kommunalismus“ und „kommunistisch“ (von „communalism“ und „communal“ im Englischen) bezeichnen im südasiatischen Kontext Phänomene der Identitätspolitik auf Basis vornehmlich religiöser, aber auch ethnischer Zugehörigkeit.

dominierten Indien nicht ausgesetzt zu sein, stehe den Muslimen deshalb ein eigener Staat zu.

Nur zehn Jahre später folgte dieser Theorie die konkrete Forderung Muhammad Ali Jinnahs (1876–1948), im Falle einer Unabhängigkeit von Großbritannien einen Staat für die indischen Muslime zu gründen – Pakistan.<sup>20</sup> Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Vertretern der Muslimliga, des INC und der britischen Kolonialmacht sowie der Mobilisierung einer breiten muslimischen Bevölkerung durch die Muslimliga und daraus resultierenden Ausschreitungen zwischen Hindus und Muslimen wurde dieser Forderung nachgegeben: Die Regionen, die laut Volkszählungen über muslimische Bevölkerungsmehrheiten verfügten – im Westen das heutige Pakistan und im Osten das heutige Bangladesch – bildeten ab dem 15. August 1947 Pakistan und der Rest Indiens. Da es jedoch auch während der britischen Kolonialzeit kein einheitliches Indien gab, sondern viele Regionen nach wie vor Fürstentümer waren, wie zum Beispiel Jammu und Kaschmir im Nordwesten und Koch Bihar und Tripura im Osten, erwies sich die Gründung Indiens und Pakistans als äußerst komplex.<sup>21</sup> Insbesondere die durch die Teilung verursachten Migrationsströme und die immer wieder aufflammenden Gewaltausbrüche mit einer hohen, wenn auch unbekannt Anzahl von Toten stellen bis heute ein generationenübergreifendes Trauma für breite Teile der Bevölkerung aller drei Staaten dar, das nur allmählich überwunden wird.<sup>22</sup>

## GRÜNDUNG BANGLADESCHS

Dass die Bevölkerung Ost- und Westpakistans, die durch Indien und somit 1600 Kilometer getrennt war, keine Nation bildete, wurde nur wenige Jahre später deutlich. Auch wenn Muslime von der „Bengalischen Renaissance“ im 19. Jahrhundert größtenteils ausgeschlossen waren, entwickelten nach der Jahrhundertwende auch muslimische Intellektuelle wie zum Beispiel Kazi

Nazrul Islam (1899–1976) und Rokeya Sakhawat Hussain (1880–1932) eine starke bengalische Identität, produzierten Literatur in bengalischer Sprache, schlossen sich dem Widerstand gegen die Kolonialmacht an und sprachen sich für soziale Reformen aus. So gab es auch in weiten Teilen der gebildeten Bevölkerung in Ostbengalen, als es 1947 ein Teil Pakistans wurde, ein starkes religionsübergreifendes Bewusstsein für die bengalische Sprache, Literatur und Kultur. Anders als in Westpakistan, in dem Urdu als Amt- und Verkehrssprache weitestgehend akzeptiert wurde, kam es deshalb am 21. Februar 1952 auf dem Campus der University of Dhaka zu Protesten gegen Urdu als alleinige Staatssprache, die jedoch blutig niedergeschlagen wurden.<sup>23</sup> Während Urdu die Erstsprache von lediglich 8 Prozent der heutigen pakistanischen Bevölkerung ist, sprechen 98 Prozent der Bangladescher Bengälisch. Der Traum einer gemeinsamen Nation auf Grundlage des Islam wurde so von dem ethnolinguistischen Zusammengehörigkeitsgefühl der Bengalen in Ostpakistan überschattet.

Vertieft wurde der Antagonismus zwischen Ost- und Westpakistan durch die unausgeglichene Machtverhältnisse in Politik, Militär und Wirtschaft. Die Dominanz von westpakistanischen Akteuren in diesen Bereichen und die Vernachlässigung der Infrastruktur in Ostpakistan stießen auf nachhaltigen Unmut bei der bengalischen Elite, deren Rufe nach Autonomie langsam lauter wurden. Ähnlich wie die Muslimliga während der britischen Kolonialzeit die Opferrolle der Muslime nährte und somit Massen mobilisieren konnte, geschah dies nun auf Basis ethnolinguistischer Zugehörigkeit. Sheikh Mujibur Rahman (1920–1975), einstiger Befürworter der Teilung und Zugehörigkeit Ostbengalens zu Pakistan, konnte so mit seiner Partei, der Awami-Liga, im Dezember 1970 bei der ersten Wahl zur Nationalversammlung Pakistans die Mehrheit der Sitze gewinnen. Da somit zum ersten Mal Bengalen die Regierung im gesamten Pakistan hätten stellen müssen, eskalierte der schwelende Konflikt zwischen der politischen Elite Westpakistans und einer mittlerweile breiten Bevölkerung in Ostpakistan. Die bisherigen Machthaber Pakistans, fast ausschließlich aus dem westlichen Teil, erkannten die Wahl nicht an und mobilisierten ab dem 25. März 1971 Streitkräfte in

<sup>20</sup> Vgl. Ayesha Jalal, *The Sole Spokesman: Jinnah, the Muslim League and the Demand for Pakistan*, Cambridge u. a. 1985.

<sup>21</sup> So ist auch der sogenannte Kaschmirkonflikt, der bis heute nicht gelöst ist, eine Folge von Dekolonisierung und Staaten-gründung.

<sup>22</sup> Vgl. z. B. Annu Jalais, *Geographies and Identities: Subaltern Partition Stories along Bengal's Southern Frontier*, in: David N. Gellner (Hrsg.), *Borderland Lives in Northern South Asia: Non-State Perspectives*, Durham 2013, S. 245–265.

<sup>23</sup> Vgl. Anwar Dil/Afia Dil, *Bengali Language Movement and the Creation of Bangladesh*, San Diego–Dhaka 2011.



Wandbild auf dem Campus der University of Dhaka zum Gedenken an die Proteste vom 21. Februar 1952. Auf dem gelben Schild ist zu lesen: „Wir wollen Bengalisches als Staatssprache“.

© Carmen Brandt

Ostpakistan, um die Region unter ihre Kontrolle zu bringen, woraufhin bengalische Politiker am nächsten Tag die Unabhängigkeit Bangladeschs ausriefen. Laut der Regierung Bangladeschs starben in dem darauffolgenden Krieg mehr als drei Millionen Menschen.<sup>24</sup> Erst durch den von Pakistan beförderten Kriegseintritt Indiens konnte dieser am 16. Dezember 1971 beendet werden.<sup>25</sup>

Während nur vier Jahre nach der Gründung des säkularen Bangladeschs, nach einem Militärcoup und der Ermordung Mujibur Rahmans, Islamisten die politische Bühne wieder betreten durften und der Islam 1988 zur Staatsreligion erklärt wurde, lebt auch die Idee einer säkularen bengalischen Nation weiter, und das Ausrufen einer Islamischen Republik, wie es 1956 für Pakis-

**24** Die genauen Zahlen der Opfer dieses Krieges sind unbekannt. Der bangladeschische Staat besteht auf drei Millionen und spricht von einem Genozid an seiner Bevölkerung durch das pakistanische Militär und dessen Kollaborateuren. Pakistan lehnt diese Bezeichnung bis heute ab und verweigert zudem eine offizielle Entschuldigung.

**25** Indien trat offiziell am 3. Dezember 1971 in den Krieg ein, nachdem die pakistanische Luftwaffe indische Stellungen an der Grenze zu Westpakistan bombardiert hatte. Zuvor unterstützte Indien bengalische Freiheitskämpfer mit Waffen und der Ausbildung an diesen und nahm Kriegsflüchtlinge auf.

tan der Fall war, scheint unwahrscheinlich. Dennoch zeigt die stete Abwanderung von Hindus nach Indien, dass es religiöse Minderheiten in diesem Staat schwer haben. Ein Bangladeschi ist eben nicht nur ein Bengale, sondern vor allem ein muslimischer Bengale oder bengalischer Muslim. Dies ist zumindest seit 1975 die stringente Identitätspolitik einer einflussreichen politischen Elite in Bangladesch, auch wenn es immer wieder populäre, insbesondere urbane Bewegungen gegen diese kommunalistische Politik gibt. In Westbengalen konnten sich Hindu-Nationalisten bis heute auf der politischen Bühne nicht durchsetzen, obwohl die „Bengalische Renaissance“ auch als „Hindu-Renaissance“ gilt. Muslime stellten 2021 31 Prozent der Bevölkerung Westbengalens, wo sie mehr Rechte als in den meisten anderen indischen Bundesstaaten haben, zum Beispiel das Recht auf den Verzehr von Kuhfleisch.

#### AUF DER SUCHE NACH DEM GOLDENEN BENGALEN

Es scheint daher ironisch, dass das Lied „Mein goldenes Bengalen“, das aus der Feder Rabin-dranath Tagores, dem letzten Vertreter der „Bengalischen Renaissance“, stammt, heute die Na-

tionalhymne des mehrheitlich muslimischen Bangladeschs ist. Aber die Zeilen, die heute voller Nationalstolz von Bangladesch gesungen werden, beschreiben nichts Anderes als die Schönheit der Natur – der Mangohaine, Reisfelder, Banyanbäume –, die Schönheit des ländlichen Bengalens, in der die urbane Elite zu Beginn des 20. Jahrhunderts das „authentische“ Bengalen suchte, aber dessen Bevölkerung bei den weitreichenden politischen Entscheidungen in den vergangenen 200 Jahren nicht nach ihrer Meinung gefragt wurde. Es ist deshalb unklar, ob sich die fast 300 Millionen Bengalen in den verschiedenen geopolitischen Entitäten jemals als Nation verstanden haben.

Als Rabindranath Tagore 1905 „Mein goldenes Bengalen“ verfasste, träumte er von einem Bengalen, das so offensichtlich nur von einer begrenzten Bevölkerungsgruppe imaginiert wurde. Die Bildung einer bengalischen Nation befand sich zu dieser Zeit in den Anfängen und wurde kurz darauf von kommunalistischer Politik überschattet. Dass sich Menschen in Bengalen jedoch schon vor der ersten Teilung als unterschiedlich wahrnahmen und das nicht nur aufgrund religiöser Zugehörigkeiten, spiegelt sich auch in den Bezeichnungen *bānāl* (Bangal) für Menschen aus Ostbengalen und *ghaṭī* (Ghoti) für Bengalen aus Westbengalen wider. Neben den Lokalsprachen, die sich in Aussprache, Grammatik und Vokabular unterscheiden, assoziiert man mit diesen beiden Bezeichnungen auch spezifisches Essen, Kleidung, religiöse Praktiken und sogar Verhaltensweisen, die den anderen fremd sind. Selbst in Kalkutta gibt es aufgrund dieser Differenzen zwei Fußballvereine, die beide von Hindus gegründet wurden – Mohun Bagan AC 1889 von lokalen Bengalen, sogenannten Ghotis, und East Bengal Club 1920 von Hindus, die aus Ostbengalen nach Kalkutta immigriert waren. Die ethnisch-religiöse Komplexität wird erst recht verdeutlicht durch den 1887 von Muslimen in Kalkutta gegründeten Fußballverein, der seit 1891 als Mohammedan Sporting Club firmiert. Diese drei Vereine zählen nach wie vor zu den bedeutendsten Fußballvereinen Indiens.

Wenn Bengalen heute an ein goldenes Bengalen denken, haben sie ganz unterschiedliche Vorstellungen, auch wenn sich diese unabhängig von geopolitischer und Religionszugehörigkeit überschneiden können. Der Blick ist dabei nur selten in die Zukunft gerichtet, vielmehr schaut man auf vermeintlich glorreichere Zeiten zurück: auf die Blütezeit buddhistischer oder hinduistischer Reiche, den wirtschaftlichen Aufstieg dieser Region unter muslimischer Herrschaft, den damit verbundenen Reichtum, der verschiedene europäische Mächte anlockte und zur Eroberung durch die Briten führte. Mit Stolz wird von Subhash Chandra Bose (1897–1945) berichtet, der laut seiner Bewunderer durch die Kooperation mit Hitler-Deutschland und Japan den Briten so zusetzte, dass sie letztendlich wegen seiner und nicht Gandhis Aktivitäten Indien in die Unabhängigkeit entließen.<sup>26</sup> In Bangladesch ist es der Tod der sogenannten Sprachmartyrer am 21. Februar 1952, der für viele den Auftakt der Unabhängigkeitsbewegung bildete und wegen dem der Internationale Tag der Muttersprache an diesem Tag begangen wird. Besonders in Kalkutta schwelgt man in Erinnerungen, wenn man an das 19. Jahrhundert denkt, als diese Stadt das intellektuelle und kulturelle Zentrum Südasiens war. Und wenn heute ein Bengale, wie zum Beispiel der Wirtschaftsnobelpreisträger von 1998, Amartya Sen, zu Weltruhm gelangt, geht der altbekannte Spruch „Was Bengalen heute denkt, denkt Indien morgen. Was Indien heute denkt, denkt die Welt morgen.“ schon wieder etwas leichter über die Lippen. Nostalgie ist ein wichtiger Bestandteil bengalischer Identität – Nostalgie und Musik, die diese widerspiegelt: so auch die Melodie von „Mein goldenes Bengalen“, die eine Adaption eines Baul-Liedes ist und somit eine religiöse Strömung des ländlichen Bengalens repräsentiert, deren Anhänger sich bis heute wehren, sich eindeutig als Hindus oder Muslime zu klassifizieren.<sup>27</sup>

<sup>26</sup> Vgl. z.B. Jan Kuhlmann, Subhas Chandra Bose und die Indienpolitik der Achsenmächte, Berlin 2012.

<sup>27</sup> Die Bauls werden oftmals als mystische Wandersänger romantisiert. Vgl. Jeanne Openshaw, Seeking Bāuls of Bengal, Cambridge u. a. 2002.

#### CARMEN BRANDT

ist Juniorprofessorin für Gegenwartsbezogene Südasienswissenschaft an der Universität Bonn.  
cbrandt@uni-bonn.de

# Sprachenvielfalt in Indien



# RELIGION, POLITIK, NATION

## Demokratie und Nationalismus in Indien seit der Unabhängigkeit 1947

*Michael Collins*

Als Indien 1947 unabhängig wurde, beurteilten Experten die Aussichten einer demokratischen Entwicklung im neu entstandenen Staat eher pessimistisch. Mitte des 20. Jahrhunderts ging man davon aus, dass eine erfolgreiche Demokratisierung eine solide Mittelschicht, eine lebendige Zivilgesellschaft und eine hohe Alphabetisierungsrate benötigt. Kritiker nahmen zudem an, dass die in der indischen Bevölkerung bestehenden Spaltungen aufgrund von Religion, Kastenzugehörigkeit und Sprache den demokratischen Prozess zusätzlich behindern würden. Doch Indien belehrte die Kritiker eines Besseren, trotzte allen Hindernissen und galt schon bald als leuchtendes Beispiel für Demokratie in der dekolonisierten Welt. Allerdings hat die Erfolgsgeschichte der „größten Demokratie der Welt“ in jüngster Zeit Risse bekommen. Es wächst die Sorge angesichts der Frage, ob das demokratische Gemeinwesen wirklich alle einschließt und welche Auswirkungen der ethnoreligiöse Nationalismus auf die Politik, die staatlichen Institutionen und die multiethnische Gesellschaft hat.

Indien steht heute am Scheideweg. Wissenschaftler, zivilgesellschaftliche Aktivisten und Menschenrechtsorganisationen zeigen sich beunruhigt angesichts der Politik der Mehrheit gegenüber Minderheiten und verweisen auf neue restriktive Gesetze zur Staatsbürgerschaft, die Aushöhlung bürgerlicher Freiheiten, die Unterdrückung unabhängiger Medien, zunehmende Gewalt gegen Minderheiten sowie die Schikanie und Inhaftierung politischer Dissidenten. Als Reaktion auf die veränderte Situation greifen Experten mittlerweile auf eine sprachliche Differenzierung zurück und bevorzugen Formulierungen wie „demokratischer Autoritarismus“, „Wahlautokratie“ und „Ethnokratie“, um den Zustand der Demokratie in Indien zu beschreiben.<sup>01</sup> Der vom US-amerikanischen Au-

ßenministerium 2021 herausgegebene „Report on International Religious Freedom“ löste eine internationale Debatte aus, als er auf die wachsende Intoleranz gegenüber religiösen Minderheiten in Indien hinwies, vor allem gegenüber Muslimen, die etwa 15 Prozent (213 Millionen) der Bevölkerung stellen – womit Indien die zweitgrößte muslimische Bevölkerung der Welt hat. Die Debatte über Indiens Status als säkulare Demokratie ist also sehr aktuell, doch die Ursachen für die derzeitige Krise liegen weit zurück.

Ich betrachte in meinem Beitrag die Verbindungen zwischen Demokratie, Nationalismus und Religion in Indien unter besonderer Berücksichtigung des zeitgenössischen Hindu-Nationalismus, beginnend in der späten Kolonialzeit mit dem Konzept der *Hindutva*, einer politischen Doktrin, die „Hindus“ in zivilisatorischer Hinsicht als „Volk“ neu definierte, das sich über eine gemeinsame Abstammung, Sprache, Kultur und ein gemeinsames heiliges Land definiert. Das Konzept der *Hindutva* – seine Urheber und Anhänger unterscheiden sehr genau zwischen *Hindutva* und Hinduismus – bildet die Grundlage für den ethnoreligiösen Nationalismus in Indien, der das Land zu einer *Hindu Rashtra* (Hindu-Nation) umgestalten will. Im Anschluss daran verfolge ich die Entwicklung bis in die Gegenwart und beschreibe das Wachstum des ethnoreligiösen Nationalismus und seine Ausbreitung von den politischen Rändern bis in die Mitte der Wählerschaft. Die größte hindu-nationalistische Partei in Indien, die Bharatiya Janata Partei (BJP, „Indische Volkspartei“), ist heute die dominierende Kraft im Land und hat bei den beiden vergangenen Wahlen auf nationaler Ebene 2014 und 2019 die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament erreicht. Welche Auswirkungen dieser Aufstieg auf Säkularismus und Demokratie in Indien hat, wird zum Schluss erörtert.

## „WER IST EIN HINDU?“

Ein Großteil dessen, was heute als „indische Überlieferung“ gilt, wurde erst während der Kolonialzeit im Rahmen eines dynamischen Austauschs zwischen britischen Beamten, europäischen Indologen, Hindu-Reformern und der Gesellschaft vor Ort übersetzt, kodifiziert und diskutiert. Nachdem die Briten die Kontrolle über den Subkontinent erlangt hatten, machten sie sich daran, ihre Herrschaft zu festigen und Indien zu „entdecken“. Das geschah durch die duale Praxis der *Übersetzung* und *Erfassung*. Zunächst übersetzten Kolonialbeamte und europäische Indologen mit Unterstützung der Brahmanen aus der obersten Kaste alte Sanskrittexte. Sie betrachteten den Hinduismus dem europäischen Konzept der Religion folgend als einen institutionalisierten Glauben mit einem Klerus und heiligen Texten. Bei diesem frühen Ansatz stellten sie die Sanskrittexte als die maßgeblichen heiligen Schriften des Hinduismus dar und legten den Schwerpunkt auf eine exklusive brahmanische Version, in der sie den dominierenden Strang des Hinduismus sahen.<sup>02</sup> Darüber hinaus führte die Kolonialverwaltung Volkszählungen durch, bei denen die einheimische Bevölkerung aufgrund bestimmter Merkmale erfasst und klassifiziert wurde, die die Kolonialbeamten für die wichtigsten Kriterien hielten: Kaste und Religion. Anfangs waren viele Befragte verwirrt, wenn sie ihre Religion nennen sollten, da der Begriff „Hindu“ noch gar nicht so lange existierte, wie der Geograf Sanjoy Chakravorty erklärt: „In den präkolonialen Sanskrittexten wird kein einziges Mal das Wort ‚Hindu‘ verwendet.“<sup>03</sup> Dennoch diente „Hindu“ als Standardkategorie bei der Erfassung der Bevölkerung und wurde zum Sammelbegriff für eine bemerkenswerte Vielfalt an lokalen Traditionen und Praktiken.

**01** Vgl. The Transformation of Indian Democracy: A Conversation with Pratap Bhanu Mehta, Colloquium at Johns Hopkins School of Advanced International Studies, Washington, D.C., 20.4.2021; Vanessa A. Boese et al. (Hrsg.), *Varieties of Democracy Institute (V-Dem) Report 2022: Autocratization Changing Nature?*, Göteborg 2022; Madhav Khosla/Milan Vaishnav, *The Three Faces of the Indian State*, in: *Journal of Democracy* 1/2021, S. 111–125.

**02** Vgl. Gajendran Ayyathurai, *Indologie, Kasten und Gender: Ein post-brahmanischer Forschungsansatz*, in: *Südasiens* 3/2018, S. 22–24.

**03** Sanjoy Chakravorty, *The Truth About Us: The Politics of Information from Manu to Modi*, Gurugram 2019, S. 77.

Bei der „Entdeckung“ Indiens reduzierte die Kolonialverwaltung die große Mehrheit der Bevölkerung – und ihre Glaubensvorstellungen – auf starre administrative Kategorien, die Kaste und Religion zu dominanten Identitätskriterien bestimmten,<sup>04</sup> obwohl es gar nicht unbedingt darum ging, eine bestimmte Lehre von oben aufzuzwingen. Als Reaktion darauf wurden lokale Gruppen aktiv und stellten die europäische Darstellung des Hinduismus infrage, definierten seine Grundsätze neu oder reformierten diese.<sup>05</sup> Im 19. Jahrhundert entstanden sozio religiöse Reformbewegungen, die eine Ära der Erneuerung des Hinduismus einläuteten. 1875 wurde der Arya Samaj („Gesellschaft der Edlen“) gegründet, um den Bekehrungsversuchen christlicher Missionare entgegenzuwirken, die hinduistische Praktiken und Glaubensvorstellungen herabsetzten. Doch die Führer des Arya Samaj verteidigten den Hinduismus nicht nur gegen die Angriffe der Missionare, sondern versuchten auch, hinduistische Praktiken wie das hierarchische Kastensystem zu reformieren. Eine weitere Motivation der Hindu-Reformer war ihre Angst vor einem demografischen Wandel. In ihren Augen waren Hindus als Gemeinschaft durch die christliche Missionierung derart bedroht, dass sie im Laufe der Zeit zur Minderheit im eigenen Land werden könnten. Entscheidend war jedoch vor allem, dass Reformbewegungen wie der Arya Samaj Sanskrittexte neu interpretierten (oft auf Grundlage der Arbeit europäischer Indologen) und dabei ein „Goldenes Hindu-Zeitalter“ erfanden. Diese revisionistische Geschichtsdeutung, obwohl ursprünglich dazu gedacht, Hindus mit Stolz zu erfüllen und ihrem Glauben eine ähnlich beeindruckende Historie wie anderen Religionen zu geben, fungierte als treibende Kraft für die frühen Schriften der Hindu-Nationalisten.

**04** Vgl. Bernard S. Cohn, *Colonialism and its Forms of Knowledge: The British in India*, Princeton 1996; Nicholas B. Dirks, *Castes of Mind: Colonialism and the Making of Modern India*, Princeton 2001.

**05** Der britische Kolonialismus behielt die europäische Unterscheidung zwischen „öffentlichen“ und „privaten“ Bereichen bei. Während Kolonialbeamte aktiv in Wirtschaft und Politik eingriffen – Bereiche, die sie unter staatliche Aufsicht stellten –, betrachteten sie Religion als Privatangelegenheit, in die man sich nicht einmischen sollte. Dadurch lieferte der Kolonialstaat Anreize, sich unter dem Banner der Religion zu organisieren, weil Gruppen deutlich mehr Möglichkeiten und Flexibilität hatten, wenn sie sich als „religiöse Gemeinschaft“ präsentierten.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts stattete eine neue Generation von Ideologen den Begriff „Hindu“ mit weiteren Bedeutungen aus. Ihnen ging es weniger um die Glaubenslehre, vielmehr definierten sie „Hindus“ als ein Volk, das durch seine gemeinsame Abstammung, seine spirituelle Heimat, Sprache und Geschichte geeint sei.<sup>06</sup> 1923 verfasste Vinayak Damodar Savarkar (1883–1966) die Schrift „Hindutva: Who is a Hindu?“, die zur Grundlage des Hindu-Nationalismus wurde. Um seinen Text als politische Doktrin zu kennzeichnen, verwendete Savarkar den Begriff *Hindutva* („Hindusein“). Der Begriff bringt Religion und nationale Identität so zusammen, dass, wie der Anthropologe Peter Van der Veer argumentiert, „ein Inder ein Hindu ist – eine Gleichung, die wichtige andere indische Religionsgemeinschaften wie Christen und Muslime aus der Nation ausklammert“.<sup>07</sup> Aus dieser Sicht ist Indien eine *Hindu Rashtra* (Hindu-Nation), also „eine Körperschaft durch, für und aus der die Mehrheit bildende Hindu-Gemeinschaft“.<sup>08</sup> Andere, wie etwa Mahadev Sadashivrao Golwalkar (1906–1973), führten diesen aufkeimenden Nationalismus weiter. In „We, or Our Nationhood Defined“ (1939) nannte Golwalkar die Tschechoslowakei als Beispiel für das Scheitern multinationaler Staaten, während er Deutschland als Vorbild für einen Nationalstaat auf ethnischer Grundlage betrachtete. Hindus wurden nicht nur als Volk mit einheitlicher Abstammung betrachtet, sondern auch als Gruppe, deren Existenz durch „das Andere“ bedroht wurde – das in diesem Fall von religiösen Minderheiten im Land und vor allem von Muslimen verkörpert wurde.

Schon bald entstand auf der ideologischen Grundlage der *Hindutva* eine institutionalisierte Bewegung. 1925 gründete Keshav Baliram Hedgewar, ein Gefolgsmann Savarkars, den Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS, „Nationaler Freiwilligen-Bund“), der, obwohl von Brahmanen der obersten Kaste geführt, den Anspruch erhob, alle Hindus einzuschließen. In den sogenannten *shakhas* (Zweigstellen), die heute in ganz Indien verbreitet sind, trafen sich die Mit-

glieder – Jugendliche wie Erwachsene – regelmäßig zu sportlichen Übungen und ideologischen Schulungen, um die körperliche Fitness und mentale Stärke zu erlangen, die als notwendig für die „Verteidigung“ der Hindus erachtet wurden. 1927 entwickelte der RSS Ausbildungsprogramme für *pracharaks*, leitende Funktionäre, die durchs Land reisten, um neue RSS-Zweige zu gründen und dessen lokale Präsenz zu erhöhen. In den Folgejahren erweiterte der RSS seine Struktur um eine umfangreiche Palette an Mitgliedsorganisationen, die die Infrastruktur (und die Führungsebene) der hindu-nationalistischen Bewegung bilden.<sup>09</sup>

## AUF UND AB BEI WAHLEN

Auf dem Weg Richtung Unabhängigkeit trafen in Indien zwei unterschiedliche Konzepte von „Nation“ aufeinander. Das eine war die Vorstellung einer säkularen Nation, die von prominenten Figuren im Nationalkongress befürwortet wurde, darunter Mahatma Gandhi (1869–1948) und Jawaharlal Nehru (1889–1964), der erste indische Premierminister. Allerdings entsprach ihr Modell des Säkularismus nicht dem einer liberalen westlichen Demokratie. Anstelle einer völligen Trennung von Religion und Staat versprach der indische Säkularismus eine Gleichstellung der Glaubensrichtungen, was bedeutete, dass die Regierung keine Religion gegenüber den anderen bevorzugen sollte.<sup>10</sup> Anstatt also die Religion aus der Politik zu verbannen, sollte die Regierung eine „prinzipiengeleitete Distanz“ wahren. Dieses Modell des Säkularismus stand im Widerspruch zum Konzept des ethnoreligiösen Nationalismus, das in den Schriften der frühen *Hindutva*-Ideologen entwickelt worden war und vom RSS unterstützt wurde. Der RSS strebte eine Hindu-Nation an und übte scharfe Kritik an sogenannten Pseudo-Säkularisten, die sich auf Kosten der „einheimischen“ Hindu-Mehrheit für religiöse Minderheiten einsetzten.

Anfangs verzichtete die RSS-Führung auf eine Teilnahme an Wahlen. Stattdessen sollte die Gesellschaft von Grund auf durch Organisation an der Basis und engagierte Arbeit vor Ort verändert werden. Der RSS verfolgt bis heute seine Zie-

**06** Vgl. Christophe Jaffrelot, *Modi's India: Hindu Nationalism and the Rise of Ethnic Democracy*, Princeton 2021.

**07** Peter Van der Veer, *Religious Nationalism: Hindus and Muslims in India*, Berkeley 1994, S. 1.

**08** Milan Vaishnav, *Religious Nationalism and India's Future*, in: ders. (Hrsg.), *The BJP in Power: Indian Democracy and Religious Nationalism*, Washington, D.C. 2019, S. 5–22, hier S. 7.

**09** Vgl. Jaffrelot (Anm. 6), S. 15.

**10** Vgl. Rajeev Bhargava (Hrsg.), *Secularism and its Critics*, Delhi 1998.

le über ein umfangreiches Netzwerk an Verbündeten, zu denen Studierendenorganisationen und Gewerkschaften gehören, Wohlfahrtsverbände für Stammesgemeinschaften und Dalits (die ehemaligen „Unberührbaren“), Gesundheitszentren auf dem Land, Schulen und unzählige andere Organisationen, die die Ideologie des RSS verbreiten und um neue Anhänger werben, oft auch durch die Unterstützung der Ärmsten der Bevölkerung und entsprechende Angebote für sie. Der Vishwa Hindu Parishad (VHP, „Welt-Hindu-Rat“), dessen Führung überwiegend aus pensionierten Beamten besteht, darunter auch ehemalige hochrangige Polizisten, zählt in diesem Netzwerk zu den wichtigsten Akteuren. Er hat die Aufgabe, Hindus im In- und Ausland zu organisieren und ideologisch bei der Stange zu halten.<sup>11</sup> Der RSS und seine Mitgliedsorganisationen sind als Sangh Parivar oder Sangh-Familie bekannt, die heute offiziell 36 Organisationen umfasst, zu der aber inoffiziell noch Dutzende weitere gehören.

Trotz seiner anfänglichen Abneigung gegen Wahlen wurde der RSS durch die Ermordung Gandhis schon bald nach der Unabhängigkeit in die Politik hineingezogen. Der Attentäter, ein gewisser Nathuram Godse, war ein Anhänger Savarkars mit Verbindungen zum RSS. Gandhis Tod versetzte das Land in Aufruhr und veranlasste die Regierung unter dem Indischen Nationalkongress (Indian National Congress; INC, auch Kongresspartei genannt), den RSS, der damals von Gowalkar geführt wurde, zu verbieten und 20 000 RSS-Mitglieder zu verhaften, wodurch zahllose weitere in den Untergrund getrieben wurden.<sup>12</sup> Als das Verbot 16 Monate später wieder aufgehoben wurde, suchte Gowalkar mit seiner Organisation weiter die Öffentlichkeit und war maßgeblich an der Gründung der Bharatiya Jana Sangh (BJS, „Indische Volksvereinigung“) beteiligt, die eine hindu-nationalistische Alternative zur säkularen Politik des INC bot. Offiziell war die BJS eine separate Organisation, wurde jedoch von beim RSS ausgebildeten Kräften geleitet, die seit Langem bestehende persönliche Verbindungen zur Mutterorganisation unterhielten und ähnliche ideologische Überzeugungen vertraten.

Der Erfolg der BJS bei Wahlen fiel zunächst bescheiden aus. Der INC, der von seinem jahr-

zehntelangen Kampf für die Unabhängigkeit profitierte, war ein politisches Schwergewicht, das die indische Politik in der ersten Phase nach der Unabhängigkeit dominierte. Darüber hinaus entsprach der Hindu-Nationalismus der BJS nicht der säkular ausgerichteten Politik jener Zeit, weshalb andere Parteien wohlweislich auf Distanz zur BJS gingen. Folglich änderte die BJS in den späten 1960er Jahren ihr Programm, schlug bei besonders polemischen Themen gemäßigte Töne an und erfand sich im Bemühen um eine höhere Akzeptanz praktisch neu. Kurz darauf veränderte sich die politische Situation erheblich. 1975 verhängte der indische Präsident Fakhruddin Ali Ahmed auf Bitte der Premierministerin und Vorsitzenden des INC Indira Gandhi den Notstand, der bis 1977 anhielt. Dadurch wurden praktisch alle demokratischen Vorgänge ausgesetzt, bürgerliche Freiheiten eingeschränkt und die politische Opposition verboten, und die zentrale Regierung erhielt die Vollmacht, am Parlament vorbei per Dekret zu regieren. Gandhis Flirt mit dem Autoritarismus hatte zur Folge, dass ihre Gegner zwar unterdrückt wurden, sich aber gleichzeitig konsolidieren konnten. 1977 tat sich eine bunte Mischung von Parteien quer über das politische Spektrum hinweg – von Hindu-Nationalisten bis zu Sozialisten – zusammen und bildete die Janata Party („Volkspartei“), die bei der Wahl wenige Monate später den INC entthronen konnte.

Die Janata Party ritt auf einer Welle des Ressentiments gegen den INC zum Sieg, und die BJS schnitt bei den Wahlen besonders gut ab. Doch kaum war das Parteienbündnis an der Macht, zeigten sich erste Risse. Die BJS wurde aufgrund der von ihr wiederbelebten hindu-nationalistischen Grundsätze<sup>13</sup> von ihren Koalitionspartnern ins politische Aus befördert. Der Trend sollte sich in den kommenden Jahren wiederholen: Während die ethnoreligiösen Appelle der BJS bei den Wählern gut ankamen, gefährdete ihr Parteiprogramm die Beziehungen zu anderen Parteien, die jedoch zentral waren, um Macht zu erlangen. Das galt vor allem für die 1980er Jahre, als Koalitionen nach der Schwächung des INC unumgänglich waren und das indische Parteiensystem stark zersplittert war. Dass es der BJS nicht gelang,

<sup>11</sup> Vgl. Van der Veer (Anm. 7), S. 4.

<sup>12</sup> Vgl. Jaffrelot (Anm. 6), S. 18.

<sup>13</sup> Zu diesen Prinzipien gehörten unter anderem ein Schlachtverbot für Kühe, Beschränkungen beim Religionswechsel und eine Überarbeitung der Schulbücher im Fach Geschichte.

eine breitere Akzeptanz bei politischen Partnern zu finden und die hindu-nationalistische Agenda politisch umzusetzen, veranlasste die Führung von RSS und BJS schließlich dazu, ihre Strategie zu überarbeiten und einen neuen Ansatz zu verfolgen, bei dem das Sangh-Parivar-Netzwerk genutzt und die Verantwortung auf verschiedene Verbündete verteilt wurde.

## IM MAINSTREAM ANGEKOMMEN

Die 1980er Jahre markierten eine neue Ära für die ethnoreligiöse Politik in Indien. Nachdem führende BJS-Politiker 1980 die Janata Party verlassen mussten, gründeten sie die BJP. Während die Sangh-Parivar-Partner – vor allem der VHP und der RSS – daran arbeiteten, die Hindu-Gesellschaft von der Basis aus zu organisieren und zu konsolidieren, versuchte sich die BJP in der Politik an einem Balanceakt: Sie bemühte sich, ihre Glaubwürdigkeit gegenüber der Sangh Parivar zu wahren und gleichzeitig ein gemäßigtes Programm zu vertreten, das auch potenziellen Koalitionspartnern zusagte. Die Arbeitsteilung ermöglichte es den Sangh-Parivar-Organisationen, die Wählerschaft entlang konfessioneller Linien zu polarisieren, während die BJP „über den Dingen“ stehen und sich zu konventionellen Themen äußern konnte. Dieser Drahtseilakt veranlasste einige politische Beobachter zu der Annahme, die BJP würde sich zügeln und in die Mitte rücken, um möglichst viele Wählerstimmen zu gewinnen. Anfangs wirkte diese Überlegung durchaus einleuchtend, da die BJP die an der Mitte orientierte Politik ihrer Vorgängerpartei wiederbelebte. Doch als sie in den Wahlen schlecht abschnitt und ihr weichgespültes Programm zu Spannungen innerhalb des RSS führte, weil die RSS-Führer dagegen protestierten, dass die BJP für die Wahlen ihre Grundsätze aufgegeben hatte, geriet die BJP unter Druck. Um sie wieder auf Linie zu bringen, warb der RSS in einigen Fällen sogar um Unterstützung für die Opposition.<sup>14</sup>

Während die BJP darum kämpfte, die demokratischen Anforderungen der Politik mit den Ansprüchen ihrer Sangh-Parivar-Mitglieder unter einen Hut zu bringen, arbeitete der VHP aktiv daran, die Hindus als sozialen Block

zu organisieren. Seit den frühen 1980er Jahren veranstaltete der VHP sogenannte *yathras* (Pilgerfahrten) durch Indien. Diese „religiösen“ Prozessionen über Zehntausende Kilometer banden heilige Stätten im ganzen Land in eine Art spirituelle Geografie ein. Unterwegs fanden Massenkundgebungen mit starken antimuslimischen Untertönen statt. Doch der VHP organisierte nicht nur Hindus in Indien, sondern expandierte auch in der weltweiten Diaspora und konnte vor allem in Nordamerika und Europa eine internationale Mitgliedschaft und finanzielle Unterstützung für sich gewinnen. 1984 gründete der VHP eine militante Jugendorganisation, die überwiegend aus arbeitslosen jungen Männern bestand, die bei seinen Veranstaltungen für Sicherheit sorgen sollten, aber auch als Schlägertrupps auftraten. Dieser neue Zweig erhielt den Namen Bajrang Dal („Brigade des Hanuman“), benannt nach der Hindu-Gotttheit Hanuman aus dem Epos „Ramayana“. Im selben Jahr nahm der VHP die Stadt Ayodhya in seinen Fokus, den angeblichen Geburtsort Rams, des mythischen Hindu-Königs aus dem Epos.

Ayodhya liegt in Uttar Pradesh, dem bevölkerungsreichsten indischen Bundesstaat, dem bei Wahlen auf nationaler Ebene enormes Gewicht zukommt. Anhänger des Hindu-Nationalismus behaupten, dass dort im 16. Jahrhundert ein Ram geweihter Hindu-Tempel stand, der von muslimischen Eroberern zerstört wurde, um eine Moschee zu errichten. Diese Moschee, Babri Masjid, fungiert im hindu-nationalistischen Diskurs als Symbol muslimischer Aggression und als Weckruf für eine politische Konsolidierung zur eigenen Verteidigung. Seit Mitte der 1980er Jahre organisierte die VHP Prozessionen durch weite Teile Indiens, um Spenden für Ziegel zu sammeln, die dann, nachdem sie in einer öffentlichen Zeremonie geweiht wurden, mit dem ausdrücklichen Ziel nach Ayodhya gebracht wurden, an dem umstrittenen Ort einen Hindu-Tempel zu bauen. Der VHP entdeckte Ayodhya in einem günstigen Moment für sich, denn Doordarshan, der öffentlich-rechtliche Fernsehsender Indiens, bereitete in der Zeit gerade die Ausstrahlung der „Ramayana“ als Fernsehspiel vor. Die von der Hindi-Presse als „dharmische Serie“ bezeichnete Sendung war ein Straßenfeger, der bald Zuschauerrekorde brach und in den ersten Monaten wöchentlich

<sup>14</sup> Vgl. Thomas Blom Hansen, *The Saffron Wave: Democracy and Hindu Nationalism in Modern India*, Princeton 1999, S. 158.



Studenten des Hinduismus kommen zur Grundsteinlegung der Garbhagriha (innerstes Heiligtum) für einen Tempel für die hinduistische Gottheit Ram in Ayodhya am 1. Juni 2022.

© picture alliance / Associated Press | Rajesh Kumar Singh

80 Millionen begeisterte Fans vor den Fernseher lockte.<sup>15</sup>

Die BJP ergriff die Gelegenheit und holte die bekannten Hindu-Epen ins Scheinwerferlicht der Politik. Nach dem Vorbild des VHP führte die BJP ebenfalls *yathras* durch, bei denen ihre Politiker in einem Toyota-Van, den man zu einem Götterwagen umgebaut hatte, kreuz und quer durchs Land reisten. Darüber hinaus griff die Partei auch auf das Führungspersonal des VHP zurück und nominierte bekannte Mitglieder als politische Kandidaten. Gleichzeitig verschärfte sie ihre Rhetorik und übernahm gängige xenophobe Klischees, die Muslime als Außenseiter darstellten, die als „fremde Invasoren“ ins Land gekommen wären und von deren Anwesenheit das staatliche Gemeinwesen „gereinigt“ werden müsse.<sup>16</sup> Diese Hyperpolarisierung der Gesellschaft erreichte

1992 einen Höhepunkt, als sich VHP-Anhänger bewaffnet mit Hämmern, Brecheisen und ähnlichen Werkzeugen in Ayodhya versammelten und die Moschee zerstörten. In ganz Indien kam es zu Unruhen, bei denen etwa 2000 Muslime getötet wurden, woraufhin der regierende INC erneut den RSS und den VHP verbot. Unbeeindruckt drängte die BJP weiter auf den Bau eines Tempels in Ayodhya – ein emotionales Thema, das bei ihren Anhängern Anklang fand und sich bei Wahlen auszahlte.

In den folgenden drei nationalen Wahlen gewann die BJP mehr Sitze im Parlament als jede andere Partei, hatte jedoch Schwierigkeiten, eine Koalitionsregierung zu bilden und ihr Programm in Gesetze zu gießen. 1996 gelang es der BJP nicht, ein Koalitionsbündnis nach der Wahl zu schmieden. 1998 schlug sie in ihrem Programm gemäßigte Töne an und strich besonders umstrittenen Punkte – darunter auch die Forderung nach einem Hindu-Tempel in Ayodhya. Dadurch war eine Koalitionsbildung möglich, die jedoch nur von kurzer Dauer war:

<sup>15</sup> Vgl. Arvind Rajagopal, *Politics After Television: Hindu Nationalism and the Reshaping of the Public in India*, Cambridge 2004.

<sup>16</sup> Hansen (Anm. 14), S. 160, S. 166.



Unterstützer der BJP warten am 9. Mai 2019 in Allahabad auf eine Rede des indischen Premierministers Narendra Modi im Rahmen seiner Wahlkampftour zur sechsten Phase der Parlamentswahlen.

© picture alliance / NurPhoto | Ritesh Shukla

Bereits im Folgejahr verließ ein wichtiger Verbündeter die Koalition und brachte sie zu Fall. 1999 konnte die BJP schließlich eine stabile Regierung bilden, doch um den Zusammenhalt der Koalition zu wahren, wurden die Parteiführer angehalten, die hindu-nationalistischen Themen nicht auf die politische Agenda zu setzen. Die ethnoreligiöse Politik der BJP kam zwar bei den Wählern gut an, doch die Partei hatte Mühe, sich im politischen System zu etablieren und ihr Programm mit den Anforderungen einer Koalitionspolitik in Einklang zu bringen. In den folgenden Jahren sank die Zustimmung für die BJP in der nationalen Politik, und sie wurde zu einer festen Größe in der Opposition. Allerdings schnitt sie in einzelnen Staaten immer noch gut ab; zudem konnte sie ihren geografischen Radius erweitern und sich als Partei im politischen Mainstream etablieren. Die Wende für die BJP sollte bei den Parlamentswahlen 2014 eintreten, als sie unter Parteiführer Narendra Modi 31,3 Prozent der Stimmen holte und den INC mit 19,5 Prozent deutlich auf den zweiten Platz verwies.

## AKTUELLE SITUATION

Bisher wurde das Ziel der Hindu-Nationalisten, Indien zu einer *Hindu Rasbtra* umzugestalten, trotz ihrer langjährigen Bemühungen vom Parteiensystem im Zaum gehalten. Obwohl die BJP seit Mitte der 1990er Jahre große Wahlerfolge verzeichnete, war sie immer wieder gezwungen, sich zwischen ihrer ethnonationalistischen Agenda und einer Anpassung ihres Programms an ihre politischen Verbündeten zu entscheiden, weil sie nur mit gemäßigeren Forderungen Koalitionspartner finden und ein stabiles Regierungsbündnis bilden konnte. Abhängig von den politischen Gegebenheiten schwang die Partei wie ein Pendel zwischen den beiden Enden des Spektrums hin und her und konnte zwar in den Bundesstaaten, in denen sie an der Macht war, ihr Programm vorantreiben, wurde jedoch auf nationaler Ebene eingeeht. Dieser Sicherungsmechanismus geriet bei den Wahlen 2014 und erneut 2019 unter Druck, als die BJP zweimal hintereinander die absolute Mehrheit der Sitze im indi-

schen Parlament, der Lok Sabha, errungen hatte. Dadurch erhielt die BJP mehr Spielraum, um ihre seit Langem bestehenden Ziele zu verwirklichen. Indien betrat mit dieser Entwicklung Neuland. Ob sich die BJP als Reaktion auf demokratischen Druck tatsächlich gemäßigt oder einfach nur auf den richtigen Moment gewartet hatte, sollte sich schon bald zeigen.

In der ersten Legislaturperiode (2014–2019) setzte die BJP-Regierung einige langjährige hindu-nationalistische Forderungen um. Sie führte Beschränkungen beim Religionswechsel ein, ließ die Schlachtung von Kühen und den Verzehr von Rindfleisch verbieten und setzte Veränderungen im Bildungssystem um – beispielsweise wurden Schulbücher überarbeitet, um hindu-nationalistische Standpunkte aufzunehmen, akademische Lehrbücher, die nicht mit dieser Haltung übereinstimmten, wurden verboten, und die Einstellungsmodalitäten für den Lehrkörper an staatlichen Universitäten wurden angepasst. In ihrer zweiten Legislaturperiode seit 2019 hat die Regierung in wichtige Verfassungsfragen eingegriffen. 2019 wurde Artikel 370 der indischen Verfassung abgeschafft – der dem überwiegend muslimischen Bundesstaat Jammu und Kaschmir einen Sonderstatus eingeräumt hatte –, die unabhängige Verfassung des Bundesstaats wurde kassiert, und er wurde in zwei separate Unionsterritorien aufgeteilt, die direkt der Zentralregierung unterstehen. Zusätzlich wurde 2019 der Citizenship (Amendment) Act verabschiedet, der eine direkte Verbindung zwischen Staatsbürgerschaft und Religion herstellt und eine vereinfachte Einbürgerung religiös verfolgter Muslime und Juden ausdrücklich ausschließt. Die Reformen haben zu landesweiten Protesten geführt und bestätigen die wachsenden Sorgen in Bezug auf den rechtlichen Status von Muslimen.<sup>17</sup> Häufig werden diese und andere Maßnahmen als Beleg dafür angeführt, dass unter der derzeitigen Regierung demokratische Normen verfallen.

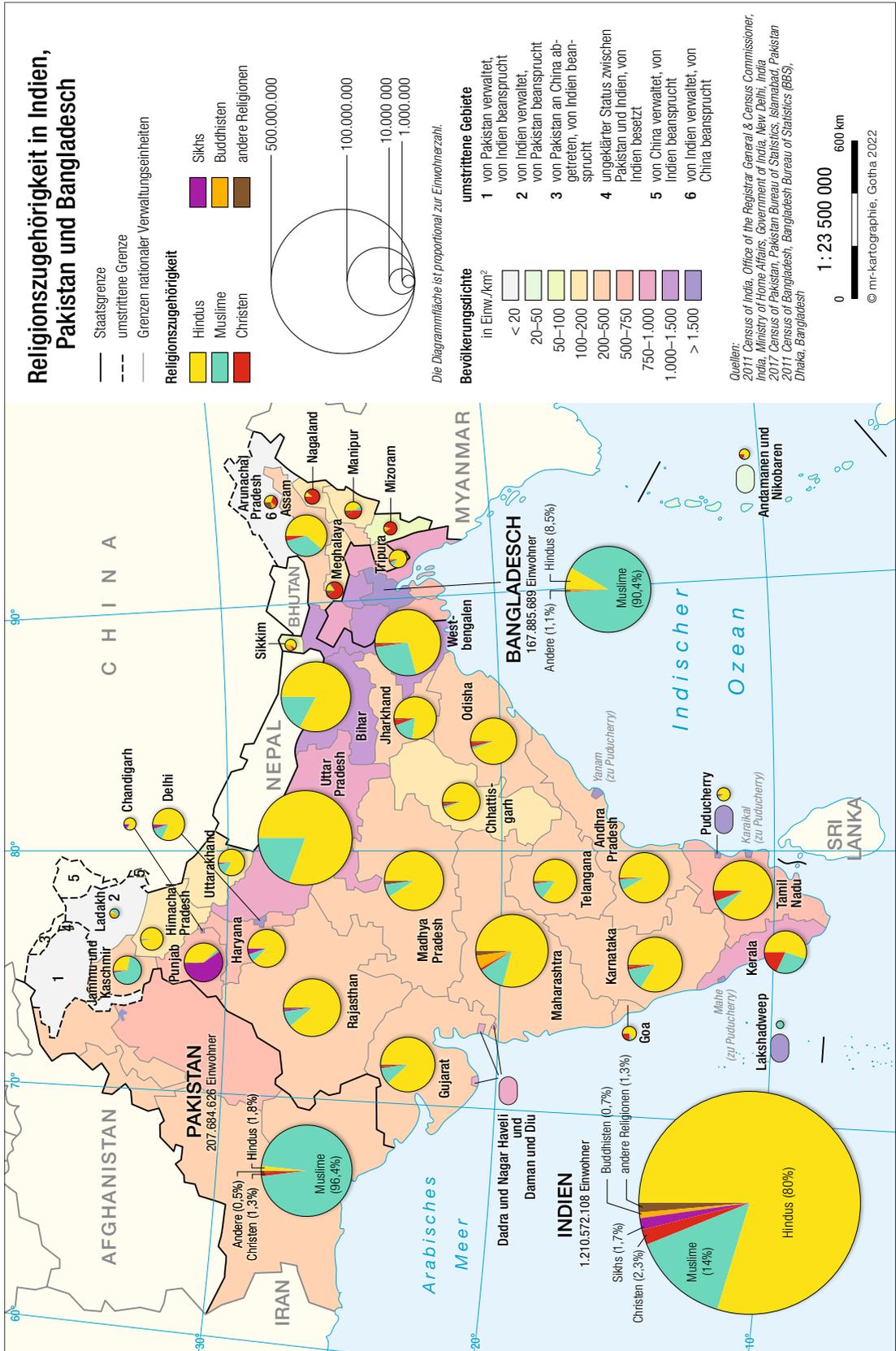
<sup>17</sup> Für eine Analyse des Citizenship (Amendment) Act von 2019 und den Zusammenhang zwischen dem Gesetz und der Einführung eines nationalen Bürgerregisters, das Muslime aus dem indischen Gemeinwesen ausschließen könnte, vgl. Suparna Chaudhry, *India's New Law May Leave Millions of Muslims Out of Citizenship*, 13. 12. 2019, [www.washingtonpost.com/politics/2019/12/13/indias-new-law-may-leave-millions-muslims-without-citizenship](http://www.washingtonpost.com/politics/2019/12/13/indias-new-law-may-leave-millions-muslims-without-citizenship).

Inmitten der Aufmerksamkeit, die man derzeit der aktuellen Politik und ihrer Analyse widmet, sollte man jedoch nicht vergessen, dass Hindu-Nationalismus kein ausschließlich modernes Phänomen, sondern der aktuelle Höhepunkt eines langfristigen historischen Projekts ist, dessen Wurzeln in eine Zeit weit vor der Einführung der Demokratie zurückreichen. In diesem Beitrag wurden einige dieser Wurzeln und die unterschiedlichen Kontexte betrachtet, in denen sie sich herausbildeten, ob in der Frühzeit des Kolonialismus oder bei aktuellen Wahlen. Der Hindu-Nationalismus ist nicht auf eine einzige Partei beschränkt, sondern beruht auf einer jahrhundertealten Tradition und einem weit verzweigten Netz von Mitgliedsorganisationen, die seine Ansichten propagieren und an der Basis fleißig daran arbeiten, seine Anziehungskraft in Gesellschaft und Politik zu steigern. Das heutige Indien stellt die gängige Annahme infrage, dass in einer Demokratie die radikaleren Akteure im Parteiensystem einen Prozess der Mäßigung durchlaufen und Richtung Mitte gelenkt werden, um den idealtypischen „Durchschnittswähler“ anzusprechen. Die Hindu-Nationalisten haben nach ihrem Regierungsantritt ihr Programm nicht erkennbar abgemildert, auch wenn viele politische Beobachter davon ausgingen. Anstatt Richtung Mitte zu rücken, hat die BJP dank jahrzehntelanger Arbeit an der Basis in Kombination mit starken Wahlergebnissen den ethnoreligiösen Nationalismus salonfähig gemacht und so den Schwerpunkt der nationalen Politik – und der öffentlichen Meinung – nach rechts verlagert. Ob diese Veränderungen bestehen bleiben, wird sich bei den nächsten Parlamentswahlen 2024 zeigen. Bislang hat es den Anschein, als ob die BJP und ihre Verbündeten eine wirksame politische Formel entdeckt hätten.

Aus dem Englischen von Heike Schlatterer.

#### MICHAEL COLLINS

ist Post-Doc am Centre for Modern Indian Studies der Georg-August-Universität Göttingen.  
michael.collins@uni-goettingen.de



# DEMOKRATIE MACHT DEN UNTERSCHIED

## Indiens und Pakistans Regimeentwicklung im Vergleich

*Agnieszka Nitza-Makowska*

Bevor Indien und Pakistan 1947 unabhängig wurden, hatten sie als Britisch-Indien eine politische Einheit gebildet. Aus ihrer gemeinsamen Vergangenheit als Kolonie ergaben sich sozioökonomische und kulturelle Parallelen, trotzdem entwickelten sich in den beiden Ländern unterschiedliche politische Systeme. Während Indien nahezu während seines gesamten Bestehens als Demokratie gilt, wird Pakistan unterschiedlich beurteilt und abhängig von der jeweiligen Epoche als autoritäres oder hybrides Regime bezeichnet.

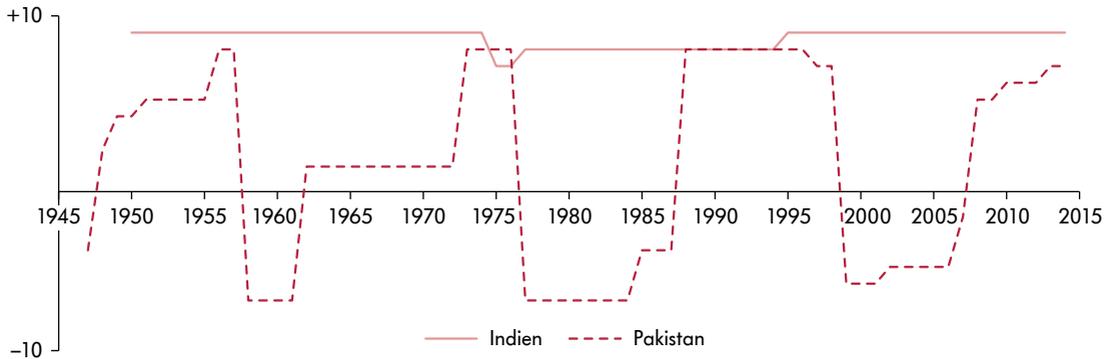
Die sozioökonomischen Merkmale der beiden Länder – darunter auch solche, die im scheinbaren Widerspruch zu einer Demokratie stehen oder zumindest eine Herausforderung sind, wie etwa die hierarchische Struktur der Gesellschaft und die starke öffentliche Präsenz der Religion in beiden Staaten (obwohl Indien offiziell ein säkularer Staat ist) – spielten bei der Entstehung des jeweiligen politischen Systems in Indien und Pakistan eine eher untergeordnete Rolle. Allerdings wurde die weitere Entwicklung in beiden Staaten durch die Art und Weise beeinflusst, wie die politischen Eliten mit diesen Eigenschaften umgingen und den politischen Rahmen an die Gesellschaft anpassten (oder auch nicht), die nach den Prinzipien Kaste, Sprache, Religion und Geschlecht geordnet ist, aber gleichzeitig auch von ihnen gespalten wird. Bereits zu Beginn der Unabhängigkeit gelang es dem Indischen Nationalkongress (Indian National Congress; INC, auch Kongresspartei genannt), der in der indischen Unabhängigkeitsbewegung eine führende Rolle gespielt und sich dann zur Partei entwickelt hatte, den demokratischen institutionellen Rahmen an die einzigartigen kulturellen Bedingungen des Landes anzupassen. Insbesondere führte er ein Programm mit Sonderrechten für ethnische und sozial benachteiligte Gruppen ein und erkannte die gängigsten regionalen Sprachen als offizielle

Sprachen an. Die Muslimliga, das pakistanische Gegenstück zum INC, vernachlässigte dagegen die ethnische Arithmetik des Landes und weigerte sich, die bengalische Sprache als offizielle Sprache anzuerkennen, obwohl eine Mehrheit der Bürger, laut Volkszählung von 1951 55 Prozent, Bengalisch sprach, vor allem im Ostteil des Landes, im heutigen Bangladesch.<sup>01</sup>

Der Erfolg der Demokratie in Indien und ihr Scheitern in Pakistan sind in erster Linie auf die jeweiligen politischen Bedingungen zurückzuführen. Dazu gehören die unterschiedliche Stärke der Unabhängigkeitsbewegungen in beiden Ländern, die Haltung zur Demokratie und der Stellenwert nationaler Sicherheit. Letzterer war (und ist) in Pakistan höher, wodurch vermehrt Mitglieder der Sicherheitsdienste und des Militärs in die Politik gegangen sind und ein Machtungleichgewicht zulasten ziviler Politiker entstanden ist. So werden die Gründe des Machtungleichgewichts zumindest in politischen und akademischen Kreisen sowie in großen Teilen der Gesellschaft Pakistans wahrgenommen. Beobachter von außen erkennen jedoch, dass der Sicherheits- und Militärapparat des Landes zwar indirekt, aber durchaus gezielt den Antagonismus zu Indien schürt, um den Eindruck zu erwecken, das Militär sei für das Überleben Pakistans unverzichtbar. Darüber hinaus begünstigten die sozialen Strukturen die unterschiedliche politische Entwicklung: Während in Pakistan das Militär und die Großgrundbesitzer dominierten, gab es in Indien eine unter britischer Herrschaft entstandene dynamische bürgerliche Kaufmanns- und Händlerschicht.

Um die Frage zu beantworten, warum Indien eine Demokratie geworden ist und Pakistan nicht, betrachte ich zunächst den jeweiligen politischen Weg der beiden Länder seit 1947, um anschließend auf die Auswirkungen der genannten Bedingungen und ihrer Wechselwirkungen auf die politische Entwicklung einzugehen.

Abbildung: Zustand der Demokratie in Indien und Pakistan bis 2014



Die Daten stammen aus Polity IV, einer Vergleichsstudie zum Zustand der Demokratie. Der „Polity Score“ erfasst auf einer 21-Punkte-Skala das Spektrum zwischen autoritären und demokratischen Regimen, von -10 (Erbmonarchie) bis +10 (konsolidierte Demokratie).  
Quelle: Polity IV, [www.systemicpeace.org/polityproject.html](http://www.systemicpeace.org/polityproject.html)

### POLITISCHE WEGE INDIENS UND PAKISTANS SEIT 1947

Der Unterschied zwischen Indien und Pakistan in der Regimeentwicklung war schon in der ersten Phase nach der Unabhängigkeit zu erkennen. Der friedliche Demokratisierungsprozess Indiens wurde nur kurzzeitig von 1975 bis 1977 gestört, als ein Ausnahmezustand verhängt wurde, während Pakistan aufgrund von Militärputschen 1958, 1977 und 1999 eine Erosion der Demokratie erlebte. Die *Abbildung* verdeutlicht diesen Unterschied.

Auch die US-amerikanische Nichtregierungsorganisation Freedom House, die zu Themen im Zusammenhang mit Freiheit und Demokratie forscht, führt Indien seit 1989, als die Organisation zusätzlich zu ihren Jahresberichten eine erste Liste mit Wahldemokratien veröffentlicht hat, als Wahldemokratie auf. Pakistan wiederum wurde nur in zwei Zeitabschnitten als solche identifiziert: von 1989 bis 1998, also vom Ende der Militärdiktatur Muhammad Zia-ul-Haq bis zum Staatsstreich von Pervez Musharraf, und vom ersten demokratischen Übergang 2013 bis 2016. Im folgenden Jahr wurde der damalige Premierminister Nawaz Sharif nach einem vom pakistanischen Militär gesteuerten Korruptionsprozess seines Amtes enthoben, was das demokratische Niveau weiter sinken ließ.

**01** Zu Bengalen und der bengalischen Sprachentwicklung siehe auch den Beitrag von Carmen Brandt in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.)

In seinen Jahresberichten „Freedom in the World“ bewertet Freedom House den Zustand der Demokratie anhand der politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten in einem Staat. Bis 2019 wurde Indien als „freies“ Land geführt. Doch seit 2020 hat die Innenpolitik der regierenden hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Partei (BJP) dazu geführt, dass Freiheiten ausgehöhlt wurden und das demokratische Niveau sinkt, weshalb Indien schließlich auf den Status „teilweise frei“ herabgestuft wurde.<sup>02</sup> Zu dieser Politik zählen ein diskriminierendes Staatsbürgerschaftsgesetz und andere Maßnahmen, die sich gegen die muslimische Bevölkerung Indiens richten, Beschränkungen für die ausländische Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen und eine immer engere Verbindung zwischen Partei und Justiz. Ironischerweise rangiert Indien, das seit seinem Bestehen fast immer als „größte Demokratie der Welt“ und wichtige „Ausnahme“ betrachtet wurde – als Land, in dem die Demokratie trotz gegensätzlicher Tendenzen in der Region gedieh –,<sup>03</sup> nun auf demselben Platz wie Pakistan, dessen politisches System als „pseudoromantische Fassade“ beschrieben wird, „die die Realität der anhaltenden Vormundschaft des Mi-

**02** Vgl. Freedom House, Freedom in the World 2022 – India, <https://freedomhouse.org/country/india/freedom-world/2022>.

**03** Vgl. Subrata K. Mitra, India’s Counterfactual Democracy: Institutional Innovation, Political Capital and the Promise of Resilience, in: Jakub Zajaczkowski/Jivanta Schottli/Manish Thapa (Hrsg.), India in the Contemporary World. Polity, Economy and International Relations, London u. a. 2014, S. 17; Ramachandra Guha, India After Gandhi. The History of the World’s Largest Democracy, London 2008, S. XXI.

litärs überdeckt“.<sup>04</sup> Zwar hatte Pakistan meist den Status „teilweise frei“ inne, rangierte jedoch während der beiden Militärregime unter Zia-ul-Haq (1979–1984) und Musharraf (1999–2007) auf der niedrigsten Stufe „nicht frei“.<sup>05</sup>

Obwohl die vergleichenden Studien bestätigen, dass sich die politische Entwicklung in Indien und Pakistan deutlich unterscheidet, ist angesichts des jüngsten Rückgangs der Demokratie in Indien interessant, dass sie auch drei Zeiträume aufzeigen, in denen der Abstand zwischen den beiden Ländern relativ gering war: In einer ersten Phase der Unabhängigkeit, als Indien und Pakistan gemeinsam die „schöne neue Welt der Volksdemokratien“ erkundeten,<sup>06</sup> einer zweiten Phase, in der die indische Premierministerin Indira Gandhi den bereits erwähnten Ausnahmezustand verkündete, sich damit „anscheinend für die Autokratie entschied, [während] Pakistan unter der Führung Zulfikar Ali Bhuttos den Grundstein für ein neues demokratisches Regime legte“<sup>07</sup> und die bis zu den nationalen Wahlen in Indien und dem Militärputsch 1977 in Pakistan andauerte; schließlich in einer dritten Phase, in der Pakistan 2013 seinen ersten demokratischen Machtwechsel erlebte und Indien „einen rapiden Rückgang bei mehreren Demokratie-Indikatoren [verzeichnete], der mit der Politik der Modi-Regierung einherging, im Verbund mit politischen Strategien, die von extremistischen Hindu-Nationalisten in der Zivilgesellschaft ab 2014 verfolgt wurden“.<sup>08</sup>

## KOLONIALES ERBE

Vor der Unabhängigkeit waren Indien und Pakistan Teil des britischen Kolonialreichs. Allerdings verwaltete London die Gebiete, die später zur Republik Indien gehören sollten, anders als

die, die zu Pakistan wurden: „Mit der Errichtung britischer Handelsposten in Bengalen waren Hindu-Händler, Kaufleute und Buchhalter mindestens ein halbes Jahrhundert lang die einzigen Mittelsleute für den britischen Handel in Indien.“<sup>09</sup> Der Indische Aufstand von 1857, der zur Auflösung der Britischen Ostindien-Kompanie führte, zwang die britische Regierung, sich neue Partner auf dem indischen Subkontinent zu suchen: „Nun benötigte man Großgrundbesitzer, um die Ernte einzufahren (...) tatsächlich installierten [die Briten] die ersten Großgrundbesitzer und begannen dann, sie zu ermächtigen und für ihre Zwecke zu nutzen.“<sup>10</sup> Neben Agrarprodukten diente das Gebiet, das später zu Pakistan wurde, den Briten hauptsächlich dafür, paschtunische und Punjabi-Soldaten zu rekrutieren. Da die britische Kolonialpolitik im Laufe der Zeit bestimmte Bevölkerungsgruppen in den verschiedenen Teilen des Empire bevorzugte und förderte, entwickelte sich auf dem Gebiet des heutigen Indien eine Gesellschaft mit einer soliden urbanen Bevölkerung und einer Schicht von Kaufleuten und Händlern, während Pakistan eine Gesellschaft erbe, die von Grundherren und einem militärischen Establishment dominiert wurde. Der pakistanische Politiker und Anwalt Aitzaz Ahsan hält fest: „In Ermangelung eines einheimischen Bürgertums, dominiert von einer feudalen Elite, die völlig von der kolonialen Bürokratie abhängig war, ohne über strukturierte, programmorientierte Parteien mit einem geschulten Führungspersonal zu verfügen (...) wurde der demokratische Geist in Pakistan von Anfang an kontinuierlich erstickt“.<sup>11</sup>

Über die Auswirkung des kolonialen Erbes auf die politische Entwicklung Indiens und Pakistans besteht allerdings keine Einigkeit. Die Politikwissenschaftlerin Maya Tudor schreibt von einem „unverhältnismäßig hohen Anteil des militärischen Erbes in Pakistan“,<sup>12</sup> stellt aber auch fest, dass das koloniale Vermächtnis in beiden Staaten relativ ähnlich sei und „nicht zu den wichtigsten Faktoren“<sup>13</sup> bei ihrer unterschiedlichen demokratischen Entwicklung zäh-

**04** Aqil Shah, *Pakistan: Voting Under Military Tutelage*, in: *Journal of Democracy* 1/2019, S. 128–142, [www.journalofdemocracy.org/articles/pakistan-voting-under-military-tutelage](http://www.journalofdemocracy.org/articles/pakistan-voting-under-military-tutelage).

**05** Vgl. Freedom House, *Freedom in the World 2022* – Pakistan, <https://freedomhouse.org/country/pakistan/freedom-world/2022>.

**06** Subrata K. Mitra, *How Exceptional is India's Democracy? Path Dependence, Political Capital, and Context in South Asia*, in: *India Review* 4/2013, 227–244, hier S. 229.

**07** Philip Oldenburg, *India, Pakistan and Democracy. Solving the Puzzle of Divergent Paths*, New York 2010, S. 77.

**08** Sten Widmalm, *Is India's Democracy Really in Decline?*, 6. 4. 2019, <https://thewire.in/politics/is-indias-democracy-really-in-decline>.

**09** Aitzaz Ahsan, *Why Pakistan Is Not a Democracy*, in: David Page (Hrsg.), *Divided by Democracy*, Neu-Delhi 2005, S. 75–144, hier S. 82f.

**10** Ebd., S. 84.

**11** Ebd., S. 141.

**12** Maya Tudor, *The Promise of Power. The Origins of Democracy in India and Autocracy in Pakistan*, Cambridge 2013, S. 21.

**13** Ebd., S. 22.

le. Einerseits sollte man angesichts des Machtungleichgewichts zwischen dem zivilen und dem militärischen Establishment in Pakistan und seinen Auswirkungen auf die politische Entwicklung des Landes keinen Faktor ignorieren, der zum Aufstieg des Militärs führte, wenn man das demokratische Versagen plausibel erklären will. Andererseits ist dieses Ungleichgewicht nicht ausschließlich auf das koloniale Erbe zurückzuführen, sondern hat auch noch andere Ursachen, vor allem das Versäumnis der Muslimliga, nach der Unabhängigkeit zeitnah einen soliden demokratischen Rahmen zu schaffen, und die ungünstigen geopolitischen Bedingungen, die durch eine geschickte Außenpolitik hätten abgemildert werden können. Stattdessen wurde der Sicherheits- und Militärapparat zum Garanten für das Überleben des Staates.

### SOZIOKULTURELLE BEDINGUNGEN

In Indien wie in Pakistan finden sich soziokulturelle Bedingungen, die eine demokratische Entwicklung erschweren. Die Gesellschaften beider Länder sind hierarchisch organisiert und entlang der Trennlinien von Kaste, Klasse, Sprache, Religion und Geschlecht tief gespalten. Als besondere Hemmnisse haben sich die soziale Hierarchie und die fehlende Trennung zwischen privatem und öffentlichem Raum im Hinduismus und Islam erwiesen, die nur schwer mit einer Demokratie zu vereinen sind.

Um benachteiligte Gruppen in der indischen Gesellschaft zu stärken, führten die Architekten des Staates ein Programm mit Sonderrechten für ethnische und sozial benachteiligte Gruppen ein, das den Gemeinschaften, die von der Indischen Verfassung als Scheduled Castes („gelistete Kasten“) und Scheduled Tribes („gelistete Stammesgemeinschaften“) eingestuft werden, einen besonderen Status einräumt. Die Kategorie Scheduled Castes (SC) wurde für die Dalits („Unberührbaren“) geschaffen, die etwa 17 Prozent der indischen Bevölkerung stellen. Die Kategorie Scheduled Tribes (ST) bezieht sich auf die Stammesvölker der Adivasi, die in wenig entwickelten Teilen des Landes leben und etwa 8,5 Prozent der indischen Bevölkerung ausmachen.<sup>14</sup> In Hinblick

auf das Wahlsystem sieht das Programm Sitze in der Lok Sabha (Unterhaus des Parlaments), in den Vidhan Sabhas (Parlamente der Bundesstaaten) sowie in den Kommunen und Panchayats (Dorfräte) für diese beiden Gruppen vor, und zwar in einer Anzahl, die sich proportional zum Anteil der SC und ST an der Gesamtbevölkerung in einem bestimmten Bundesstaat verhält. Dank dieser Sonderregelung wuchs in Indien das politische Bewusstsein in Teilen der Gesellschaft, die von tiefgreifender Diskriminierung betroffen sind, und verschaffte der Kaste eine starke politische Bedeutung.

Aufgrund der turbulenten politischen Entwicklung in Pakistan und der Tendenz der Regierungen, das Wahlsystem zu ihren Gunsten zu verändern, wurden dort ähnliche Lösungen nur selten umgesetzt. Die Sonderregelungen für Minderheiten bei Wahlen beschränken sich in Pakistan seit den ersten allgemeinen Wahlen 1970 auf wenige reservierte Sitze für Angehörige religiöser Minderheiten und für Frauen. Derzeit sind in der Nationalversammlung von insgesamt 342 Sitzen 60 Sitze für Frauen und 10 für Nichtmuslime reserviert, im Senat sind von 104 Sitzen 17 Frauen und 4 Nichtmuslimen vorbehalten, und auch in den Provinzversammlungen gibt es reservierte Sitze, deren Anzahl sich je nach Provinz oder Territorium unterscheidet. Diese Quoten haben jedoch nur eine begrenzte Wirkung und konnten die Gruppen, die in Pakistan diskriminiert werden, nicht stärken.

Eine weitere Entscheidung des INC, die die kulturellen Verhältnisse in Indien berücksichtigt, ist die Anerkennung der populärsten regionalen Sprachen. Seit Inkrafttreten der Verfassung ist die Zahl dieser Sprachen von 14 auf 22 gestiegen. Die Anerkennung ermöglicht es auch Indern, die kein Hindi sprechen und die seit Bestehen des Staates stets etwa 60 Prozent der Bevölkerung stellen,<sup>15</sup> am öffentlichen Leben teilzuhaben. Darüber hinaus gibt die Verfassung mit der Anerkennung regionaler Sprachen verschiedenen ethnischen Gruppen eine Stimme.

Die Muslimliga hingegen konzentrierte sich ebenso wie ihre Nachfolger darauf, Urdu zur

<sup>14</sup> Vgl. Census of India 2011, <https://censusindia.gov.in/census.website>.

<sup>15</sup> Die Zahlen beruhen auf den Ergebnissen des nationalen Zensus, der seit 1951 alle zehn Jahre durchgeführt wird. Siehe <https://censusindia.gov.in/census.website/node/378>.

nationalen Sprache zu machen, und lehnte eine ähnliche Lösung wie in Indien ab. Im Februar 1948 weigerte sich der damalige Premierminister Liaquat Ali Khan, anderen Sprachen denselben Status wie Urdu einzuräumen, auch nicht dem am häufigsten gesprochenen Bengali. Maya Tudor führt diese Abwehrhaltung auf die antidemokratische Einstellung der Muslimliga in der Zeit vor und nach der Unabhängigkeit zurück: Die Führung der Muslimliga definierte die Demokratie als ein System, das ausschließlich die Mehrheit begünstige, also die Hindus in Britisch-Indien und die Bengalis aus Ostpakistan im neu geschaffenen Pakistan.<sup>16</sup>

Diese Einstellung gegenüber der Demokratie hatte noch weitreichendere Auswirkungen. Sie hielt die Führung der Muslimliga davon ab, unmittelbar nach der Unabhängigkeit direkte allgemeine Wahlen zu organisieren. Das hatte zur Folge, dass die Wahldemokratie in Pakistan erst gar nicht richtig Fuß fassen konnte. Ohne Manipulation der Wahlen hätten höchstwahrscheinlich die Vertreter der Awami-Liga, der bengalischen Mehrheit, den Sieg davongetragen. Andere ethnische Gruppen schafften es nicht, politische Parteien zu bilden, die ihre Interessen vertraten, mit Ausnahme der Muttahida-Qaumi-Bewegung, die die aus Indien eingewanderten und Urdu-sprechenden Muhajir vertritt. Sie blieb die einzige bedeutende Partei, die Wähler aufgrund ihrer Sprache anspricht.

Pakistan ist offiziell eine islamische Republik, Indien hingegen versteht sich als säkularer Staat, dennoch hat die Religion in beiden Ländern erheblichen Einfluss auf die Politik. Das liegt zum einen daran, dass weder der Islam noch der Hinduismus die Trennung von öffentlichem und privatem Raum anerkennen, zum anderen daran, dass das politische Establishment dazu neigt, die Religion als Instrument zu nutzen, um das individuelle Wahlverhalten zu beeinflussen. Obwohl sich die Präsenz der beiden großen Religionen kaum auf die Gesamtentwicklung der politischen Systeme Indiens oder Pakistans ausgewirkt hat, hat die aktuelle Radikalisierung in Indien und der Aufstieg der BJP dafür gesorgt, dass sich der Staat vom Säkularismus entfernt – ein Grund, warum Indien auf dem Index von Freedom House schlechter eingestuft wurde.

<sup>16</sup> Vgl. Tudor (Anm. 12), S. 61–65.

## POLITISCHE BEDINGUNGEN

Ein wesentliches Merkmal jeder Demokratie sind freie und gleiche Wahlen. Die Kontinuität des Wahlprozesses ist in Indien und Pakistan sehr unterschiedlich und offenbart die demokratische Kluft zwischen beiden Ländern. In den ersten fünf Jahren nach der Unabhängigkeit gelang es den herrschenden Eliten in Indien anders als in Pakistan, die Grundlagen für ein stabiles und funktionierendes Wahlsystem zu legen. Die Indische Verfassung trat 1950 in Kraft, die erste Parlamentswahl begann im Jahr danach. Die erste Verfassung Pakistans wurde neun Jahre nach der Unabhängigkeit verabschiedet, doch die ersten allgemeinen Wahlen, bei denen die Muslimliga gegen die Awami-Liga verlor, fanden erst 1970 statt. In dem Zeitraum, in dem Pakistan sich bemühte, die ersten Wahlen zu organisieren (und in den auch die beiden Militärdiktaturen von 1953/54 und von 1958 fielen), konnten die Menschen in Indien insgesamt vier Mal ihre Stimme bei Parlamentswahlen abgeben. Und jede Lok Sabha, die aus diesen Wahlen hervorging, konnte ihre Legislaturperiode auch vollenden.

Doch trotz der regelmäßigen Wahlen gelang es dem INC mehr oder weniger gezielt, die Macht in Indien zu monopolisieren, indem er ein System schuf, das bis 1967 Bestand hatte und bei dem eine Partei dominierte. Dieses System wird auch „Kongresssystem“ genannt,<sup>17</sup> weil die Kongresspartei die dominante Partei war und die „Wahlen in jener Zeit keinen fairen Wettbewerb boten (...) Man hatte die Wahl zwischen der allgegenwärtigen Kongresspartei und einer regional zersplitterten Opposition; oft kam die Opposition auch aus der Kongresspartei“.<sup>18</sup> In einer längerfristigen Perspektive gilt es aber zu bedenken, dass Indien seit 75 Jahren als Demokratie besteht und der INC, vor allem im Vergleich zur Muslimliga im benachbarten Pakistan, wesentlich dazu beigetragen hat, dass die Demokratie in Indien Fuß fassen konnte.

<sup>17</sup> Rajni Kothari, The Congress „System“ in India, in: *Asian Survey* 12/1964, S. 1161–1173.

<sup>18</sup> Yogendra Yadav, Electoral Politics in the Time of Change, India's Third Electoral System, 1989–99, in: *Economic and Political Weekly* 34–35/1999, S. 2393–2394.



Warteschlangen vor einem Wahllokal in Ahmedabad in der dritten Phase der indischen Parlamentswahlen, 23. April 2019

© picture alliance/Reuters | Amit Dave

Es gibt einige Gründe für die Unterschiede zwischen der Arbeit des INC und der Muslimliga in der ersten Phase nach der Unabhängigkeit. *Erstens* resultierte die unterschiedliche Macht der beiden daraus, dass der INC eine Generation älter als die Muslimliga war und sich schon früher eine breite Unterstützung sichern konnte. *Zweitens* hatte die Muslimliga anfangs einen stark elitären Charakter, so bot die Liga in der ersten Zeit nur reichen Personen eine Mitgliedschaft an. *Drittens* war die Muslimliga gegenüber dem demokratischen Mehrheitsprinzip skeptisch, weil sie befürchtete, die Macht an die Awami-Liga zu verlieren, die die bengalische Mehrheit repräsentierte. Darüber hinaus könnte man argumentieren, dass der INC in Indien schlicht mehr Glück hatte als die Muslimliga in Pakistan. Während Jawaharlal Nehru als Führer der Kongresspartei 17 Jahre lang als Premierminister regierte, starb Muhammad Ali Jinnah, der einzige pakistanische charismatische Anführer, der in jener Zeit eine breite Unterstützung genoss, bereits ein Jahr nach der Unabhängigkeit.

## (UN)GLÜCKLICHE GEOPOLITIK

Das indische Regierungssystem scheint relativ widerstandsfähig gegenüber äußeren Bedrohungen zu sein, die sein eigentliches Funktionieren kaum beeinträchtigen. Wie andere außenpolitische Entwicklungen zeitigten auch die schwierigen Beziehungen zu Pakistan nur geringe Auswirkungen auf die Demokratisierung. Allenfalls lässt sich ein schwacher Einfluss auf das Abschneiden der indischen Parteien bei Wahlen erkennen. So hatten etwa die Beteiligung Indiens an dem Konflikt, der zur Teilung Pakistans und der Entstehung des unabhängigen Bangladesch 1971 führte, oder die erste Ölkrise 1973 einen negativen Einfluss auf das Wahlergebnis des INC in den entsprechenden Wahlen.

Pakistan hingegen fand sich nach der Teilung in einer ungünstigen geopolitischen Situation, umgeben vom starken Indien, mit dem es nur zwei Monate nach der Unabhängigkeit zum Krieg um die Region Kaschmir kam, und Afgha-

nistan, das die Grenzen zwischen beiden Ländern in Form der Durand-Linie<sup>19</sup> nicht anerkennen wollte. In dieser Lage brauchte die Regierung in Islamabad Freunde – und fand sie in China und den USA. Aufgrund der Unterschiede in Bezug auf Status, Macht und Einfluss ging Pakistan mit beiden Ländern eine Art Klientelbeziehung ein, die den externen Druck auf den Staat noch verstärkte.

Die schwierigen bilateralen Beziehungen Pakistans zu Indien und Afghanistan verschärfen das Machtungleichgewicht zwischen dem militärischen Establishment und den demokratisch gewählten Politikern, da das Militär seinen Einfluss in der pakistanischen Innen- und Außenpolitik ausbauen konnte. Doch auch in den Beziehungen zu den USA und China liegen Gründe für eine Schwächung der pakistanischen Demokratie. Maya Tudor argumentiert: „Die amerikanische Unterstützung autoritärer Regime hat die antidemokratischen Kräfte in Pakistan eindeutig gestärkt.“<sup>20</sup> Washington förderte das Militärregime unter Muhammed Ayub Khan (1958–1969) aufgrund seiner Wirtschaftspolitik, Zia-ul-Haq aufgrund seiner Unterstützung des afghanischen Dschihad (damals von der US-Regierung noch begrüßt) und Musharraf nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Derzeit stehen Chinas Vorstöße im Rahmen des Chinesisch-Pakistanischen Wirtschaftskorridors (CPEC), einem Bestandteil der chinesischen „Belt and Road Initiative“, auch bekannt als Seidenstraßen-Initiative, und deren Auswirkungen auf die Demokratie im Mittelpunkt des Interesses. Westliche Experten und Akademiker argwöhnen, Beijing könne den Wirtschaftskorridor zur diplomatischen, strategischen und wirtschaftlichen Einflussnahme nutzen und undemokratische Methoden der Machtausübung und die Zensur kritischer Stim-

men fördern, die sich gegen den CPEC wenden. Zudem könnten Chinas Vorstöße die Position des pakistanischen Militärs und des Sicherheitsapparats, denen bei dem Projekt eine wichtige Rolle zukommt, gegenüber der zivilen Führung stärken.<sup>21</sup>

## SCHLUSS

Während die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan einschließlich des Kaschmirkonflikts in der Fachliteratur und in den Medien sehr häufig diskutiert werden, erhält die Entwicklung der Regime in beiden Ländern und ihr Vergleich weniger Beachtung. In den wenigen Veröffentlichungen zum Thema werden politische, soziokulturelle und externe Bedingungen genannt, die den Übergang zur Demokratie in Indien und Pakistan begünstigten und/oder hemmten. Die Analysen bestätigen unter Berücksichtigung verschiedener Faktoren die dominante Rolle des politischen Umfelds, einschließlich der Unterschiede in den Unabhängigkeitsbewegungen der beiden Länder und in der Haltung zur Demokratie, sowie die Positionen der Staaten zur äußeren Sicherheit. Über die Rolle des kolonialen Vermächtnisses bei der Entwicklung der politischen Systeme und der kulturellen Bedingungen herrscht keine Einigkeit. Faszinierend sind allerdings manche Ähnlichkeiten bei der politischen Entwicklung beider Länder, auch wenn diese noch nicht hinreichend untersucht wurden, vor allem in Hinblick auf die Verringerung demokratischer Qualität in Indien aufgrund der von der BJP orchestrierten Hinwendung zum Hindu-Nationalismus.

Aus dem Englischen von Heike Schlatterer.

**19** Die Durand-Linie ist eine koloniale Grenzziehung aus dem Jahr 1893, benannt nach dem britischen Diplomaten Sir Mortimer Durand, einem Hauptarchitekten des entsprechenden Vertrags zwischen den Briten und dem damaligen Emir von Afghanistan. Vgl. Emran Feroz/Fazelminallah Qazizai, Afghanistan und die Durand-Linie. Der 130 Jahre alte Grenzkonflikt, 14. 4. 2021, [www.deutschlandfunkkultur.de/afghanistan-und-die-durand-linie-der-130-jahre-alte-100.html](http://www.deutschlandfunkkultur.de/afghanistan-und-die-durand-linie-der-130-jahre-alte-100.html) (Anm. d. Red.).

**20** Tudor (Anm. 12), S. 31.

**21** Vgl. Agnieszka Kuszewska/Agnieszka Nitza-Makowska, Multifaceted Aspects of Economic Corridors in the Context of Regional Security: The China–Pakistan Economic Corridor as a Stabilising and Destabilising Factor, in: *Journal of Asian Security and International Affairs* 2/2021, S. 218–248.

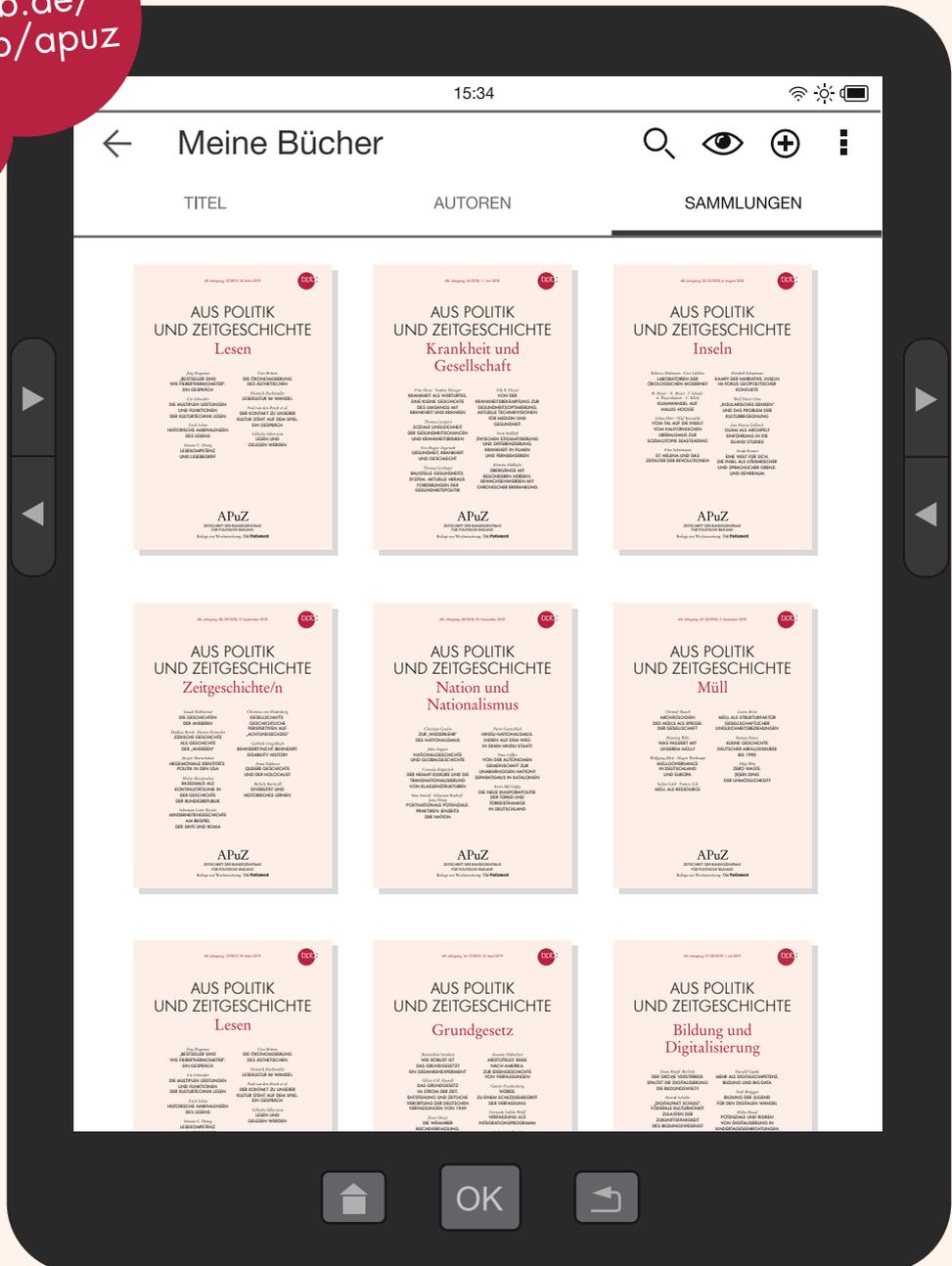
### AGNIESZKA NITZA-MAKOWSKA

ist Assistant Professor für Asien-Studien am Collegium Civitas, Warschau, und hat zum Thema Demokratie in Indien und Pakistan promoviert. [agnieszka.nitza@civitas.edu.pl](mailto:agnieszka.nitza@civitas.edu.pl)

# Unterwegs und überall.

APuZ als E-Book oder PDF herunterladen  
und in über 500 Ausgaben lesen, suchen, markieren ...

bpb.de/  
shop/apuz



# GROßMACHTAMBITIONEN, MITTELMACHTRESSOURCEN

## Indiens Rolle in der Region und in der Welt

*Christian Wagner*

Seit der Unabhängigkeit 1947 suchen Indiens außenpolitische Entscheidungsträger für ihr Land einen angemessenen Platz auf der internationalen Bühne, der ihrem Verständnis der Größe und der historischen Bedeutung ihres Landes entspricht. Eng damit verbunden ist die Idee der Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, die sich wie ein roter Faden durch die indische Außenpolitik in den vergangenen 75 Jahren zieht. Immer wieder tauchen aber auch Diskrepanzen zwischen den internationalen Ambitionen, der wirtschaftlichen Basis, den diplomatischen Kapazitäten und den außenpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten auf. Indien erscheint oft als Land, das einen Großmachtdiskurs mit den Ressourcen einer Mittelmacht führt.<sup>01</sup>

Dennoch hat Indien seit dem Ende des Ost-West-Konflikts einen deutlichen politischen und wirtschaftlichen Aufstieg auf internationaler Ebene erlebt. Galt das Land in den frühen 1990er Jahren zunächst noch als einer der Verlierer der veränderten internationalen Konstellation nach der Auflösung der Sowjetunion, haben bis zu Beginn der 2020er Jahre wenig andere Staaten seitdem derart an Bedeutung gewonnen. Mittlerweile hat das Land mit nahezu allen Staaten der G20-Gruppe strategische Partnerschaftsabkommen, und es gilt aufgrund seiner Größe als zentraler Akteur in Global-Governance-Foren zu Klima, Umwelt, Energie und Handel. Indiens internationaler Aufstieg ist allerdings kein linearer Prozess. So hat das Land in seinem unmittelbaren regionalen Umfeld durch die wachsende Rivalität mit China eher an Einfluss verloren. Die bereits vor der Corona-Pandemie schwächelnde wirtschaftliche Entwicklung bleibt ein Hemmschuh für die internationalen Ambitionen des Landes. Im Folgenden werden die wichtigsten Entwicklungen in den vergangenen Jahrzehnten in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Sicherheit auf internationaler und regionaler Ebene skizziert.

### INTERNATIONALE EBENE: RINGEN UM AUFSTIEG UND ANERKENNUNG

#### Politische Ordnungsvorstellungen

Jawaharlal Nehru, Indiens erster Premierminister und maßgeblicher Architekt der Außenpolitik, formulierte bereits 1946, dass das künftige internationale System von vier Staaten geprägt werden würde: der Sowjetunion, den USA, China und Indien.<sup>02</sup> Obwohl Indien aufgrund seiner eigenen Entwicklungsprobleme international zunächst ein schwacher Akteur war, setzte sich Nehru auf der internationalen Bühne vehement für die Dekolonisierung ein, strebte eine enge Zusammenarbeit mit dem damals noch weitgehend isolierten China an und propagierte eine unabhängige Position der Entwicklungsländer jenseits der Blockkonfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion. Die 1961 gegründete Bewegung der Blockfreien Staaten war ein Erfolg dieser Politik. Premierministerin Indira Gandhi, die Tochter Nehrus, etablierte Indien in den 1970er und 1980er Jahren als einen der Wortführer der Entwicklungsländer in den Vereinten Nationen.

Aber erst das Ende des Ost-West-Konflikts und die damit veränderte internationale Konstellation ermöglichten es Indien, nach 1991 aufzusteigen. Dieser Prozess lässt sich an vielen Punkten aufzeigen. So spielt Indien heute in den geostrategischen Überlegungen vieler Großmächte eine deutlich größere Rolle als vor 1991. Für die USA ist Indien das einzige Land im Indo-Pazifik (zum „Indo-Pazifik“ s. Infokasten auf S. 53 – *Anm. d. Red.*), das mittelfristig ein Gegengewicht zu China bilden kann.<sup>03</sup> Seit den 1990er Jahren haben alle US-amerikanischen Regierungen ihre politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen mit Neu-Delhi massiv ausgebaut. Aufgrund seiner wirtschaftlichen Er-



US-Präsident Joe Biden und Kanadas Premierminister Justin Trudeau begrüßen den indischen Premierminister Narendra Modi beim G7-Outreach-Treffen auf Schloss Elmau am 27. Juni 2022.

© picture alliance / Sven Simon | Frank Hoermann/Sven Simon

folge gilt Indien als einer der zentralen Zukunftsmärkte. So haben auch die Europäische Union und Deutschland ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit Indien seit den 1990er Jahren deutlich intensiviert. Die Roadmap 2025 zwischen Indien und der EU aus dem Jahr 2020 und die deutschen Indo-Pazifik-Leitlinien aus demselben Jahr unterstreichen, dass Indien für beide ein zentraler Partner in der Region ist.<sup>04</sup>

Indien ist im Indo-Pazifik eines der wenigen Länder, das eine Teilnahme an Pekings „Belt and

Road Initiative“, auch bekannt als Seidenstraßen-Initiative, ablehnt. Indien hat sich mit den USA, Japan und Australien zum Quadrilateralen Sicherheitsdialog (Quad) zusammengeschlossen, der ein Gegengewicht zu Chinas expansiven Ambitionen im Indo-Pazifik bilden will.

Trotz der Spannungen und wachsenden Rivalität mit China sieht sich Indien nicht als Teil des „westlichen“ Lagers. Premierminister Narendra Modi hat deutlich gemacht, dass die Indo-Pazifik-Strategie seines Landes inklusiv ist und die Zusam-

**01** Zur allgemeinen Diskussion vgl. unter anderem Bharat Karnad, *Why India Is Not a Great Power (Yet)*, Neu-Delhi–Oxford 2015; Sumit Ganguly/William R. Thompson, *Ascending India and Its State Capacity*, New Haven–London 2017; Rajesh Basrur/Kate Sullivan de Estrada, *Rising India: Status and Power*, London–New York 2017; Alyessa Ayres, *Our Time Has Come: How India Is Making Its Place in the World*, New York 2018; Harsh V. Pant (Hrsg.), *India's Foreign Policy: Theory and Praxis*, Cambridge 2019; Shyam Saran, *How India Sees the World: Kautilya to the 21st Century*, Neu-Delhi 2017; Subrahmanyam Jaishankar, *The India Way: Strategies for an Uncertain World*, Neu-Delhi 2020; Shivshankar Menon, *India and Asian Geopolitics: The Past, Present*, Washington, D.C. 2021.

**02** Vgl. Jawaharlal Nehru, *The Discovery of India*, Kalkutta 1946, S. 535.

**03** Zu Begriff und Konzepten des Indo-Pazifik vgl. Felix Heiduk/Gudrun Wacker, *Vom Asien-Pazifik zum Indo-Pazifik. Bedeutung, Umsetzung und Herausforderung*, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie 9/2020, [www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2020S09\\_indopazifik.pdf](http://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2020S09_indopazifik.pdf).

**04** Vgl. EU-India Strategic Partnership: A Roadmap to 2025, 15.7.2020, [www.europarl.europa.eu/cmsdata/240671/EU-India-roadmap-2025.pdf](http://www.europarl.europa.eu/cmsdata/240671/EU-India-roadmap-2025.pdf); Die Bundesregierung, *Leitlinien zum Indo-Pazifik*, August 2020, [www.auswaertiges-amt.de/blob/2380500/33f978a9d4f511942c241eb4602086c1/200901-indo-pazifik-leitlinien--1--data.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/blob/2380500/33f978a9d4f511942c241eb4602086c1/200901-indo-pazifik-leitlinien--1--data.pdf).

menarbeit mit China einschließt.<sup>05</sup> Beide Staaten arbeiten auch im Rahmen der BRICS-Gruppe (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), im trilateralen Format RIC (Russland, Indien, China) und in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (Shanghai Cooperation Organisation; SCO) zusammen. Seine internationalen Ambitionen untermauert Indien unter anderem auch mit seiner Forderung nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Indien kritisiert, dass das Gremium nicht mehr die veränderten internationalen Kräftekonstellationen repräsentiere, und untermauert seinen Anspruch mit Verweis auf die wirtschaftliche Entwicklung, die demografische Größe und sein internationales Engagement zum Beispiel in Blauhelmeinsätzen.<sup>06</sup>

Zusammen mit Brasilien, Japan und Deutschland setzt sich Indien im Rahmen der Gruppe der vier Staaten (G4) für eine Reform der UN ein. Indien ist Mitglied der G20-Gruppe und unterhält mit nahezu allen anderen daran teilnehmenden Staaten strategische Partnerschaftsabkommen. Selbst wenn diese oft vage bleiben, unterstreichen sie dennoch den Wunsch vieler Staaten nach einer künftig engeren Zusammenarbeit mit Neu-Delhi. Da Indien mit über 1,3 Milliarden Menschen ein Sechstel der Weltbevölkerung repräsentiert, ist das Land in allen globalen Verhandlungsrunden über Klima und Energie ein zentraler Akteur.

Demgegenüber haben traditionelle Formate, wie die weiterhin existierende Blockfreien-Bewegung, seit den 1990er Jahren deutlich an Bedeutung in der indischen Außenpolitik verloren. Indien setzt auf neue multilaterale Formate, um seinen Führungsanspruch im Globalen Süden zu untermauern, wie zum Beispiel die zusammen mit Frankreich gegründete International Solar Alliance (ISA) und die 2019 gegründete Coalition for Disaster Resilient Infrastructure (CDRI).

Im Zuge seiner außenpolitischen Neuausrichtung hat Indien auch einen Imagewandel vollzogen. Galt das Land über Jahrzehnte hinweg als Synonym für Armut und Unterentwicklung, so wird Indien heute viel stärker mit seinen wirtschaftlichen Erfolgen, seiner Software-Industrie und sei-

ner aufstrebenden Mittelklasse assoziiert. Einen wichtigen Beitrag hierzu hat auch die hochqualifizierte indische Diaspora vor allem in den USA geleistet. Seit den 1990er Jahren haben indische Regierungen das Potenzial dieser Gruppen erkannt. Wo es möglich ist, wendet sich Premierminister Modi bei Auslandsreisen an die jeweilige indische Diaspora. Indien setzt seit 1991 deutlich stärker als zuvor auf Soft-Power-Instrumente, um seine außenpolitischen Anliegen zu verfolgen.

### Wirtschaftliche Entwicklung

Angesichts seiner Entwicklungsprobleme entschied sich Indien in den 1950er Jahren für eine gemischte Wirtschaftspolitik (*mixed economy*), die sich am sowjetischen Modell anlehnte und mit staatlicher Kontrolle, Eingriffen und Regulierungen verbunden war. Indien gehörte zwar 1947 zu den Unterzeichnern des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (General Agreement on Tariffs and Trade; GATT), schottete sich jedoch durch seine Politik der Importsubstitution in den folgenden Jahren eher vom Welthandel ab. Indiens Anteil am globalen Waren- und Dienstleistungshandel sank von 2 Prozent zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit auf 0,5 Prozent Mitte der 1980er Jahre.<sup>07</sup> Bis 1991 erzielte Indiens damalige gemischte Wirtschaftspolitik nur ein durchschnittliches Wachstum von etwa 3,5 Prozent. Angesichts eines durchschnittlichen Bevölkerungswachstums von etwa 2 Prozent waren damit keine großen Entwicklungsfortschritte möglich.

Das Jahr 1991 markiert nicht nur das Ende des Ost-West-Konflikts, sondern war auch für die Indische Union eine innen- und außenpolitische Zäsur. Wirtschaftspolitisch verlor Indien mit der Auflösung der Sowjetunion seinen wichtigsten Handelspartner, sodass die Regierung in Neu-Delhi zu weitreichenden Wirtschaftsreformen gezwungen war, um eine Zahlungsbilanzkrise abzuwenden. Die Reformen beendeten die staatlich regulierte Wirtschaftspolitik und leiteten eine Politik ein, die auf Auslandsinvestitionen, Exportförderung und Weltintegration abzielte. Getragen wurde diese Neuorientierung von allen großen Parteien, die seitdem in Neu-Delhi an der Regierung waren.

Seit den Reformen 1991 hat Indien als Handelspartner und Investitionsstandort an Bedeutung gewonnen. In der Dekade zwischen 2000

<sup>05</sup> Vgl. Rahul Roy-Chaudhury, *India's „Inclusive“ Indo-Pacific Policy Seeks to Balance Relations with the US and China*, 6.7.2018, [www.iiss.org/blogs/analysis/2018/07/india-inclusive-indo-pacific-policy-china-relations](http://www.iiss.org/blogs/analysis/2018/07/india-inclusive-indo-pacific-policy-china-relations).

<sup>06</sup> Vgl. *India Deserves UNSC Permanent Membership, Says PM Narendra Modi*, 8.6.2015, <https://economictimes.indiatimes.com/news/politics-and-nation/india-deserves-unscc-permanent-membership-says-pm-narendra-modi/articleshow/47578554.cms>.

<sup>07</sup> Vgl. Arvind Panagariya, *India's Trade Reform*, Washington, D.C. 2004, S. 13.

und 2010 erreichte Indien ein jährliches Wachstum des Bruttosozialprodukts von 8,8 Prozent.<sup>08</sup> Die Regierung von Premierminister Modi stärkte Indien nach 2014 als Investitionsstandort und verbesserte den Platz des Landes im „Ease of Doing Business“-Index der Weltbank deutlich.<sup>09</sup> Indien wurde als Produktionsstandort attraktiver, auch wenn es sich im direkten Standortvergleich von Unternehmen nicht immer gegen Konkurrenten wie zum Beispiel Vietnam durchsetzen konnte. Es wurde deshalb zwar nicht zu einer neuen „Werkbank der Welt“ wie China, erwarb sich aber vor allem durch seinen großen Dienstleistungssektor und den IT-Bereich einen Ruf als „Büro der Weltwirtschaft“.

Indien war 1995 ein Gründungsmitglied der neuen Welthandelsorganisation (World Trade Organization; WTO) und entwickelte sich zusammen mit China und Brasilien zu einem der wichtigsten Gegenspieler der Industriestaaten in internationalen Verhandlungsrunden.<sup>10</sup> Die verbesserte wirtschaftliche Entwicklung führte auch dazu, dass das Land erweiterte Stimm- und Mitspracherechte in Finanzinstitutionen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) erhielt.<sup>11</sup>

2019 verkündete Premierminister Modi das ambitionierte Ziel, Indien bis 2024 zu einer Fünf-Billionen-Dollar-Volkswirtschaft und damit nach den USA und China zur drittgrößten Volkswirtschaft in absoluten Zahlen zu machen. Allerdings müsste Indien hierfür ein jährliches Wirtschaftswachstum von etwa 8 Prozent erreichen.<sup>12</sup>

**08** Vgl. Pragma Srivastava, *India's Economic Growth Story Remarkable since 1990s, Never Mind Quarterly Fluctuations*: World Bank, 14.3.2018, [www.financialexpress.com/economy/indias-economic-growth-story-remarkable-since-1990s-never-mind-quarterly-fluctuations-world-bank/1098628](http://www.financialexpress.com/economy/indias-economic-growth-story-remarkable-since-1990s-never-mind-quarterly-fluctuations-world-bank/1098628).

**09** Vgl. Suhasini Haidar, *Ease of Doing Business Leap Creditable*: World Bank President, 27.10.2019, [www.thehindu.com/news/national/ease-of-business-leap-is-credible-more-reforms-needed-world-bank-president/article29807884.ece](http://www.thehindu.com/news/national/ease-of-business-leap-is-credible-more-reforms-needed-world-bank-president/article29807884.ece).

**10** Vgl. Kristen Hopewell, *Different Paths to Power: The Rise of Brazil, India and China at the World Trade Organization*, in: *Review of International Political Economy* 2/2015, S. 311–338; Amrita Narlikar, *India's Role in Global Governance: A Modification?*, in: *International Affairs* 1/2017, S. 93–111; Karthik Nachiappan, *Does India Negotiate?*, Oxford–Neu-Delhi 2019.

**11** Vgl. Dries Lesage et al., *Rising Powers and IMF Governance Reform*, in: Dries Lesage/Thijs van de Graaf (Hrsg.), *Rising Powers and Multilateral Institutions*, Basingstoke 2015, S. 153–174.

**12** Vgl. 8 % Growth Needed for a \$ 5-trillion Economy: Ex-RBI Governor, 12.7.2019, <https://economictimes.indiatimes.com/news/economy/policy/8-growth-needed-for-a-5-trillion-economy-ex-rbi-governor/articleshow/70193183.cms?from=mdr>.

Die Regierung Modis war zunächst zögerlich, Freihandelsverträge abzuschließen, da diese zu meist das Handelsdefizit Indiens mit den jeweiligen Staaten vergrößert hatten.<sup>13</sup> Die Verhandlungen mit der EU über ein Handelsabkommen waren 2013 nach mehreren Jahren gescheitert. Indien war an den Verhandlungen zur Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) beteiligt. Allerdings zog die indische Regierung ihre Unterstützung für das Vorhaben in allerletzter Minute zurück, da sie fürchtete, dass sich das Handelsdefizit mit China noch weiter vergrößern könnte. Erst ab 2021 unterzeichnete Indien wieder bilaterale Freihandelsabkommen, unter anderem mit Mauritius, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Australien. Geplant sind weitere Vereinbarungen mit Großbritannien und Kanada. Mit der EU wurde im April 2022 ebenfalls vereinbart, neue Handelsgespräche aufzunehmen.

### Sicherheit

Auf internationaler Ebene engagiert sich Indien seit Mitte der 1960er Jahre in UN-Friedensmissionen. Indien zählt seit Jahrzehnten zu den größten Truppenstellern. So waren 2020 mehr als 5400 indische Blauhelmsoldaten in UN-Einsätzen aktiv.<sup>14</sup>

Mit dem ersten Atomtest 1974 untermauerte die damalige Premierministerin Indira Gandhi die technologische Leistungsfähigkeit ihres Landes. Zugleich unterstrich sie damit auch den Anspruch, auf Augenhöhe mit den anderen Atommächten zu agieren, die 1970 im Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) als solche anerkannt worden waren. Der Atomtest brachte für Indien allerdings keinen vergleichbaren Status. Stattdessen gründeten die Industriestaaten die Nuclear Suppliers Group (NSG), die eine Reihe von Sanktionen gegen Indien verhängte. Indien kritisierte den in seinen Augen diskriminierenden Charakter des Vertrags und zählt bis heute zu den wenigen Staaten, die den NVV nicht unterzeichnet haben. Nach den Atomtests 1998 sah sich Indien einer weiteren Reihe von Sanktionen ausgesetzt.

**13** Vgl. N. Madhavan, *Why Trade Deals Are the Next Logical Step*, 19.11.2020, [www.thehindubusinessline.com/opinion/columns/why-trade-deals-are-the-next-logical-step/article33134569.ece](http://www.thehindubusinessline.com/opinion/columns/why-trade-deals-are-the-next-logical-step/article33134569.ece).

**14** Vgl. *Summary of Contribution to UN Peacekeeping by Country, Mission and Post: Police, UN Military Experts on Mission, Staff Officers and Troops*, 31.12.2020, [https://peacekeeping.un.org/sites/default/files/03\\_country\\_and\\_mission\\_33\\_dec2020.pdf](https://peacekeeping.un.org/sites/default/files/03_country_and_mission_33_dec2020.pdf).

Im Zuge der Annäherung zwischen Indien und den USA unterzeichneten beide Staaten 2005 ein Abkommen über die zivile nukleare Zusammenarbeit, durch das Indien zugleich enger an das Nicht-Verbreitungsregime heranrückte. Das Abkommen beendete Indiens jahrzehntelange Isolation in dieser Frage. Der Beitritt Indiens zur NSG scheitert bislang am Veto Chinas, doch erlaubte es das Abkommen, dass Indien weiteren Rüstungskontrollregimen beitrug, zum Beispiel 2016 dem Raketentechnikkontrollregime (Missile Technology Control Regime; MTCR), 2017 dem Wassenaar-Abkommen und 2018 der Australien-Gruppe. Darüber hinaus unterzeichneten bis 2019 14 Staaten Abkommen mit Indien über die zivile nukleare Zusammenarbeit.<sup>15</sup>

Aufgrund der langen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ist die indische Armee bis heute in hohem Maße von russischen Rüstungsgütern abhängig. Diese enge Zusammenarbeit führte auch dazu, dass sich Indien in den UN nicht gegen die Sowjetunion beziehungsweise Russland stellte. Obwohl Indien ein vehementer Verfechter nationaler Souveränität ist, enthielt es sich 2022 bei den UN-Resolutionen gegen Russland nach dessen Angriff auf die Ukraine. Im Zuge der Modernisierung seiner Streitkräfte hat Indien seine Rüstungsexporte in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend diversifiziert, sodass mittlerweile auch die USA und Israel zu den wichtigsten Rüstungsimporteuren zählen.

## REGIONALE EBENE: VON SÜDASIEN ZUM INDO-PAZIFIK

### Politische Ordnungsvorstellungen

Im regionalen Rahmen setzte Nehru zunächst auf eine stärkere Zusammenarbeit in Asien. Gegenüber seinen unmittelbaren Nachbarn in Südasien dominierten allerdings die Sicherheitsinteressen Indiens, zum Beispiel im Kaschmirkonflikt mit Pakistan oder aufgrund des ungeklärten Grenzverlaufs mit China. Die Indira-Doktrin von Premierministerin Indira Gandhi umfasste den Anspruch Indiens, ohne die Einmischung externer Großmächte als Ordnungsmacht in der Region

zu fungieren. Die Idee einer Regionalorganisation ging ursprünglich von Bangladesch aus und war als Gegengewicht gegen die Dominanz Indiens in der Region gedacht. Als 1985 die South Asia Association for Regional Cooperation (SAARC) gegründet wurde, schlossen sich ihr aber auch Indien und Pakistan an. Erst Mitte der 1990er Jahre gingen indische Regierungen dazu über, den Nachbarstaaten bei bilateralen Konflikten größere Zugeständnisse einzuräumen.

Premierminister Modi bekräftigte 2014 mit seiner „Neighbourhood First“-Politik Indiens regionalen Führungsanspruch. Allerdings musste das Land hier eine Reihe von Rückschlägen hinnehmen. Der wichtigste Faktor waren die seit dieser Zeit zunehmenden chinesischen Investitionen im Rahmen der Seidenstraßen-Initiative, mit denen Beijing seinen Einfluss in der Region sukzessive erweiterte. Viele Nachbarn Indiens begrüßten das chinesische Engagement, hatten sie doch bereits in der Vergangenheit immer wieder die „China-Karte“ gespielt, um ein Gegengewicht zu Neu-Delhi zu schaffen. Obwohl China in den vergangenen Jahren in Südasien an Einfluss gewonnen hat, steht es nun vor ähnlichen Problemen wie Indien. So haben Regierungswechsel in südasiatischen Staaten auch zu einer Neubewertung des chinesischen Engagements geführt, unter anderem in Sri Lanka und auf den Malediven. In Reaktion auf Chinas gestiegenes Engagement hat Indien in den vergangenen Jahren seine Zusammenarbeit mit den USA und Japan in Südasien ausgebaut, unter anderem in Nepal und Sri Lanka. Diese Entwicklungen zeigen, dass die Region nicht mehr wie in den 1980er Jahren noch eine „natürliche“ Einflusszone Indiens ist, sondern künftig stärker vom Ringen zwischen Neu-Delhi und Beijing geprägt sein wird.

Zugleich stagnierten die Bemühungen für eine stärkere Zusammenarbeit in Südasien. Neben der Rolle Chinas wurde dies auch durch Indiens Politik der Abkopplung gegenüber Pakistan nach 2016 befördert. In Reaktion auf einen Anschlag pakistanischer Terrorgruppen im indischen Jammu und Kaschmir im September 2016 sagte Indien seine Teilnahme am geplanten Gipfeltreffen der SAARC in Islamabad ab. Nach den Protesten Pakistans gegen Indiens Entscheidung im August 2019, den Bundesstaat Jammu und Kaschmir in zwei Unionsterritorien aufzuteilen, haben sich die bilateralen Beziehungen weiter verschlechtert.

Im Zuge der außenpolitischen Neuorientierung haben indische Regierungen seit den 1990er

<sup>15</sup> Vgl. Pulkit Mohan/Pallav Agarwal, *India's Civil Nuclear Agreements: A New Dimension in India's Global Diplomacy*, Observer Research Foundation, ORF Issue Brief 320/2019, [www.orfonline.org/wp-content/uploads/2019/10/ORF\\_IssueBrief\\_320\\_CivilNukes\\_FinalForUpload.pdf](http://www.orfonline.org/wp-content/uploads/2019/10/ORF_IssueBrief_320_CivilNukes_FinalForUpload.pdf).

Jahren auch ihren regionalen Radius erweitert. Mit der „Look East“-Politik verstärkte Indien ab 1991 seine Beziehungen zu den wirtschaftlich aufstrebenden Staaten der Association of South-east Asian Nations (ASEAN). Nach 2014 propagierte Premierminister Modi eine „Act East“-Politik, mit der er Indiens verstärktes politisches, wirtschaftliches und militärisches Engagement in Asien bekräftigte.

Neue Konzepte wie das „Südliche Asien“ (Southern Asia) oder die „erweiterte Nachbarschaft“ (Extended Neighborhood) unterstrichen Indiens neue regionale Ambitionen, die sich von der Ostküste Afrikas über den Indischen Ozean bis nach Südostasien erstreckten. In diesem Zusammenhang engagierte sich Indien 1997 bei der Gründung neuer Regionalorganisationen wie der Bay of Bengal Initiative for Multi-Sectoral Technical and Economic Cooperation (BIMSTEC) und der Indian Ocean Rim Association (IORA). Im Zuge der wachsenden Rivalität zwischen China und den USA unterstützt Indien jetzt auch die Idee des Indo-Pazifiks, um damit dem Aufstieg Beijings zu begegnen. In diesem Rahmen ist Indien im Quad aktiv und hat auch seine bilateralen Beziehungen vor allem zu Japan und Australien in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut.

#### Wirtschaftliche Zusammenarbeit

In Südasien blieb der intraregionale Handel angesichts der schwierigen Lage zwischen den beiden größten Volkswirtschaften Indien und Pakistan unterentwickelt und beträgt Schätzungen zufolge nur etwa 5 bis 6 Prozent.<sup>16</sup> Infolge der Abkopplung von Pakistan seit 2016 forciert Indien die regionale Zusammenarbeit im Golf von Bengalen im Rahmen von BIMSTEC. Dies fügt sich auch in Modis „Act East“-Politik ein. Auf dem Gipfeltreffen 2022 in Colombo verabschiedeten die Mitglieder von BIMSTEC eine gemeinsame Charta und legten sieben Arbeitsgebiete fest, die von je einem Land in Federführung vorangetrieben werden sollen.<sup>17</sup>

Indiens wirtschaftliche Entwicklung steht ebenfalls vor einer Reihe von Problemen. Bereits

vor der Corona-Pandemie war das Wirtschaftswachstum rückläufig und erreichte nur noch etwa 5 Prozent. Die Zielmarke der Regierung liegt allerdings bei einem Wachstum von rund 7 Prozent, da nur so auch ambitionierte Entwicklungsziele erreicht werden können. Durch die Pandemie erlitt Indien den schwersten wirtschaftlichen Einbruch aller Schwellenländer, das Bruttoinlandsprodukt sank um 7,7 Prozent.<sup>18</sup> Damit wurde auch eine Reihe von Entwicklungserfolgen der vergangenen Jahrzehnte wieder zunichte gemacht.

Die junge Bevölkerungsstruktur des Landes gilt mittelfristig als Standortvorteil im internationalen Wettbewerb, gerade gegenüber Ländern wie China. Den Aussichten auf eine demografische Dividende stehen allerdings Defizite im Bildungsbereich sowie eine hohe Arbeitslosigkeit entgegen, die bereits vor der Corona-Pandemie neue Höchststände erreicht hatte.

Premierminister Modi verkündete während der Corona-Pandemie im Frühsommer 2020 eine neue wirtschaftspolitische Ausrichtung, die auf mehr Eigenständigkeit (Atmanirbhar Bharat Abhiyaan) ausgerichtet sein soll. Modi strebt damit aber keine Neuauflage der Politik der Importsubstitution der 1950/60er Jahre an. Der künftige Schwerpunkt liegt nicht auf Staatsinterventionismus, sondern es sollen jetzt verstärkt privat geführte, nationale Champions im Energie- und Telekommunikationsbereich aufgebaut werden.

#### Sicherheit

Im regionalen Kontext ist Indien seit der Unabhängigkeit mit zwei Territorialkonflikten konfrontiert. Dies ist *erstens* der schwelende Streit mit Pakistan über die Zugehörigkeit von Jammu und Kaschmir, der Ursache von drei (1947/48, 1965, 1999) von vier Kriegen zwischen beiden Staaten war. Der vierte war der Bürgerkrieg in Ostpakistan 1971, auch Bangladesch-Krieg genannt. *Zweitens* ist es der ungeklärte Grenzverlauf mit China. Der Konflikt führte 1962 zu einem kurzen Grenzkrieg, der mit der militärischen Niederlage Indiens endete. Die Annäherung zwischen Indien und China in den 1990er Jahren führte zu einer Reihe von Abkommen, um die Situation in der Grenzregion zu stabilisieren. Dieser Status Quo

<sup>16</sup> Vgl. World Bank, The Potential of Intra-regional Trade for South Asia, 24.5.2016, [www.worldbank.org/en/news/infographic/2016/05/24/the-potential-of-intra-regional-trade-for-south-asia](http://www.worldbank.org/en/news/infographic/2016/05/24/the-potential-of-intra-regional-trade-for-south-asia).

<sup>17</sup> Vgl. Rajiv Bhatia, BIMSTEC After the Colombo Summit, 2.4.2022, [www.thehindu.com/opinion/op-ed/bimstec-after-the-colombo-summit/article65282124.ece](http://www.thehindu.com/opinion/op-ed/bimstec-after-the-colombo-summit/article65282124.ece).

<sup>18</sup> Vgl. Remya Nair, Indian Economy to Contract by 7.7 % in 2020-21, Its Worst Ever Decline, NSO Estimates, 7.1.2021, <https://theprint.in/economy/indian-economy-to-contract-by-7-7-in-2020-21-its-worst-ever-decline-nso-estimates/581447>.

endete im Sommer 2020, als bei einem Zusammenstoß zwischen indischen und chinesischen Truppen in der Region Ladakh/Aksai Chin 20 indische und eine unbekannte Zahl chinesischer Soldaten getötet wurden. Seitdem haben beide Seiten ihre Truppen und militärische Infrastruktur entlang der Grenzlinie weiter verstärkt.

Indien hat seine regionalen Ordnungsansprüche mit politischen und militärischen Mitteln umgesetzt. Die Freundschaftsverträge mit Bhutan (1949), Nepal (1950) und Sikkim (1950) sicherten Indiens Vormachtstellung im Himalaya gegenüber China. Mit militärischen Interventionen wie im Bürgerkrieg in Ostpakistan, in Sri Lanka (1987–1990) und auf den Malediven (1988) versuchte Indien mit wechselndem Erfolg, innenpolitische Krisen in den Nachbarstaaten beizulegen. Der Kampf gegen den grenzüberschreitenden Terrorismus hat auch die militärische Zusammenarbeit zwischen Indien und seinen Nachbarländern, mit Ausnahme Pakistans, verbessert.<sup>19</sup>

Seit den 2000er Jahren versteht sich Indien verstärkt als Sicherheitsanbieter für die Staaten im Indischen Ozean, um damit auch dem wachsenden chinesischen Einfluss in der Region zu begegnen. So hat Indien ein Netz an Radarstationen in Anrainerstaaten des Indischen Ozeans aufgebaut, unter anderem auf Mauritius, den Seychellen und in Sri Lanka. Bangladesch, Myanmar und die Malediven sollen ebenfalls miteinbezogen werden.<sup>20</sup> Ein weiterer Baustein ist, dass Indien seine Kapazitäten beim Katastrophenschutz ausgebaut hat, um bei Naturkatastrophen wie dem Tsunami 2004, dem Erdbeben in Nepal 2015 oder bei humanitären Krisen als Ersthelfer zu fungieren.

**19** Vgl. Christian Wagner, *India as a Regional Security Provider in South Asia*, National University of Singapore/Institute of South Asian Studies, South Asia Scan 8/2020, [www.isas.nus.edu.sg/wp-content/uploads/2021/07/South-Asia-Scan-Vol-8-Full-1.pdf](http://www.isas.nus.edu.sg/wp-content/uploads/2021/07/South-Asia-Scan-Vol-8-Full-1.pdf).

**20** Vgl. Abhijit Singh, *Boosting India with Maritime Domain Awareness*, 7.1.2021, [www.thehindu.com/opinion/lead/boosting-india-with-maritime-domain-awareness/article33514223.ece](http://www.thehindu.com/opinion/lead/boosting-india-with-maritime-domain-awareness/article33514223.ece).

**21** Vgl. Huma Siddiqui, *Boost for Make in India in Defence*, 16.2.2021, [www.financialexpress.com/defence/boost-for-make-in-india-in-defence-india-gets-ready-to-export-military-platforms-to-friendly-nations/2195788](http://www.financialexpress.com/defence/boost-for-make-in-india-in-defence-india-gets-ready-to-export-military-platforms-to-friendly-nations/2195788).

**22** Vgl. Kanti Bajpai/Byron Chong, *India's Foreign Policy Capacity*, in: *Policy Design and Practice* 2/2019, S. 137–162; Henrik Chetan Aspengren/Emil Lidén/Axel Nordenstam, *Circles of EU–India Engagement: How Member States Cooperate with India on Global Issues*, Swedish Institute of International Affairs, UI-Paper 1/2021, S. 17, [www.ui.se/globalassets/ui.se-eng/publications/ui-publications/2021/ui-paper-no.-1-2021.pdf](http://www.ui.se/globalassets/ui.se-eng/publications/ui-publications/2021/ui-paper-no.-1-2021.pdf).

Premierminister Modi propagierte seit 2014 den Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie. Damit will Indien einerseits unabhängiger von Rüstungsimporten werden, andererseits sollen Rüstungsgüter exportiert werden, um damit mittel- bis langfristig Indiens internationalen Einfluss vor allem im Indischen Ozean und in Afrika zu vergrößern.<sup>21</sup>

## AUSBLICK: INDIENS NEUE ROLLE IN DER WELT

75 Jahre nach seiner Unabhängigkeit nimmt Indien heute eine größere internationale Rolle als je zuvor ein. Die wichtigsten Ursachen hierfür sind die wirtschaftlichen Wachstumserfolge des Landes nach 1991 sowie die veränderten internationalen Konstellationen. Die Erfolge Indiens auf internationaler Ebene zeigen sich nicht nur in den verbesserten Beziehungen zu allen Großmächten, sondern auch am neuen Gewicht, das das Land in multilateralen Finanzinstitutionen und in Global-Governance-Foren erhalten hat. In seinem unmittelbaren regionalen Umfeld hat Indien zwar durch den wachsenden Einfluss Chinas an Bedeutung verloren, doch versucht die Regierung in Neu-Delhi dies durch ein verstärktes Engagement im Indo-Pazifik auszugleichen.

In der sich abzeichnenden systemischen Rivalität zwischen den USA und China wird Indien an seiner unabhängigen und eigenständigen Außenpolitik festhalten. Außenpolitische Entscheidungsträger haben ihr Land immer auf Augenhöhe mit China gesehen, selbst wenn die wirtschaftlichen und militärischen Kennzahlen oft noch ein anderes Bild liefern. Die Umsetzung von Indiens internationalen Ambitionen bleibt vor allem von nationalen Faktoren abhängig. Hierzu bedarf es eines größeren Wirtschaftswachstums und einer Reform des diplomatischen Dienstes, der mit weniger als Tausend Diplomaten eher dem von Ländern wie Singapur oder Neuseeland entspricht.<sup>22</sup>

Das 21. Jahrhundert wird oft als asiatisches Jahrhundert charakterisiert, das vor allem von China geprägt wird. Die engere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA und Europa kann dazu beitragen, dass das gegenwärtige Jahrhundert auch von Indien gestaltet wird.

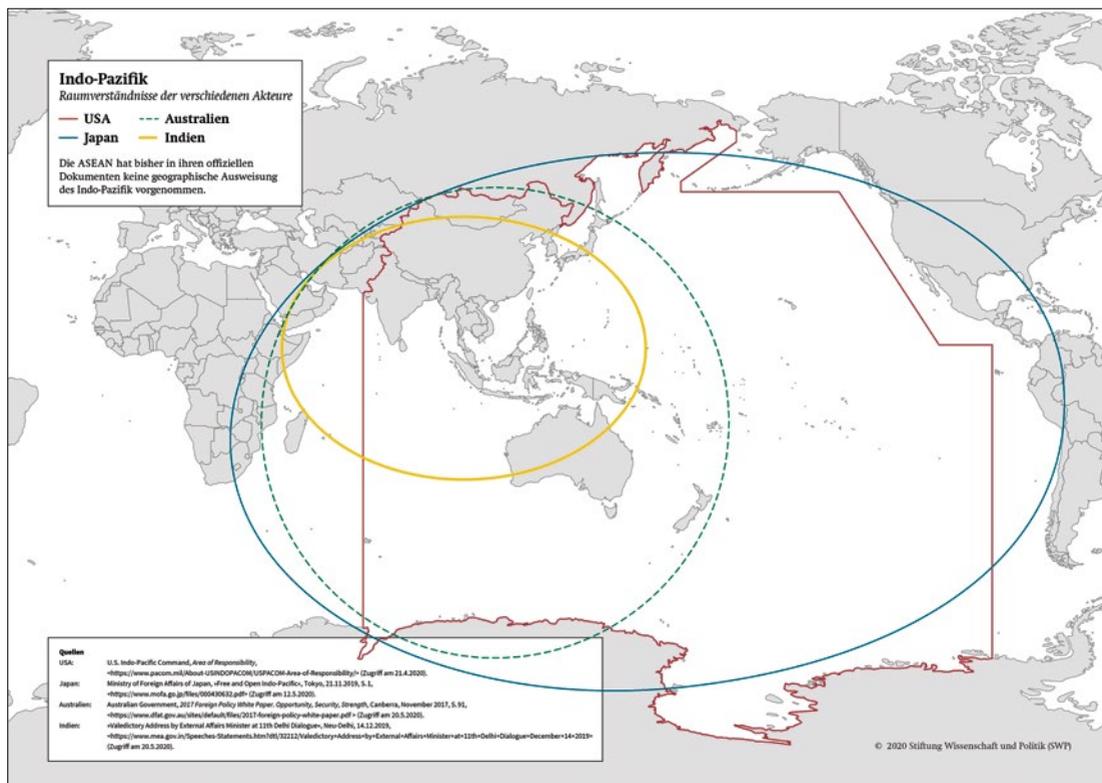
### CHRISTIAN WAGNER

ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe Asien der Stiftung Wissenschaft und Politik.  
[christian.wagner@swp-berlin.org](mailto:christian.wagner@swp-berlin.org)

## VOM ASIEN-PAZIFIK ZUM INDO-PAZIFIK

In Asien sind in den letzten Jahren konkurrierende Ordnungsvorstellungen für die Region entstanden, die multiples Konfliktpotential bergen. Fast 70 Jahre lang war das vielfach als „Pax Americana“ bezeichnete, von den USA dominierte Ordnungssystem im asiatisch-pazifischen Raum nicht in Frage gestellt worden. Dies hat sich in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts gewandelt. Im Kontext des Aufstiegs Chinas zur größten Volkswirtschaft der Welt, der auch in politischer und militärischer Hinsicht die regionale Machtbalance verändert hat, hat Peking eigene ordnungspolitische Ideen und Initiativen lanciert. Dahinter steht der zunehmende Anspruch Pekings, die regionale (und internationale) Ordnung gemäß den eigenen Interessen mit- bzw. umzugestalten. Die chinesische „Belt and Road“-Initiative (BRI) ist unmittelbarer Ausdruck dieses Anspruchs.

Als Reaktion hierauf hat eine Reihe von Staaten in den letzten Jahren unter dem Label „Indo-Pazifik“ Gegenentwürfe entwickelt. Allen voran haben die USA unter Präsident Donald Trump mit dem strategischen Konzept des „Free and Open Indo-Pacific“ (FOIP) versucht, auf die chinesische Herausforderung direkt zu antworten, indem sie den FOIP als Gegenentwurf zu einer sino-zentrischen Neu- bzw. Umordnung der Region präsentiert haben.



Textauszug und Karte aus: Felix Heiduk/Gudrun Wacker, Vom Asien-Pazifik zum Indo-Pazifik. Bedeutung, Umsetzung und Herausforderung, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie 9/2020, <a href="https://doi.org/10.18449/2020S09">https://doi.org/10.18449/2020S09</a>, S. 5, S. 10.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2020

# Der APuZ-Podcast

Monatlich eine neue Folge  
zu einem spannenden Thema



Im Podcast „Aus Politik und Zeitgeschichte“ nehmen wir Sie mit zu unseren Expertinnen und Experten. Wir sind uns sicher, dass Sie und wir nach einer halben Stunde schlauer sind als vorher.

Neue Folgen gibt es einmal im Monat auf [bpb.de/apuz-podcast](https://bpb.de/apuz-podcast) und überall, wo Sie Podcasts hören.

Herausgegeben von der  
Bundeszentrale für politische Bildung  
Adenauerallee 86, 53113 Bonn



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15. Juli 2022

#### REDAKTION

Anne-Sophie Friedel  
Julia Günther  
Sascha Kneip  
Johannes Piepenbrink  
Anne Seibring (verantwortlich für diese Ausgabe)  
apuz@bpb.de  
www.bpb.de/apuz  
www.bpb.de/apuz-podcast  
twitter.com/APuZ\_bpb

APuZ  
Nächste Ausgabe  
32–33/2022, 8. August 2022

## FREIHEIT UND SICHERHEIT

Newsletter abonnieren: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)  
Einzelausgaben bestellen: [www.bpb.de/shop/apuz](http://www.bpb.de/shop/apuz)

#### GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

#### SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

#### DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,  
Mörfelden-Walldorf

#### ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung  
Das **Parlament** ausgeliefert.  
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.  
Im Ausland zzgl. Versandkosten.  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ  
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)